

Die nationalsozialistische Verfolgung der jüdischen Bevölkerung im dörflich-ländlichen Raum Hessens Mitte der 1930er-Jahre

Über neuere Forschungen aus rund anderthalb Jahrzehnten

Von Klaus-Peter Friedrich

Dieser Bericht befasst sich mit der Lage der Forschung zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Zeitlicher Ausgangspunkt ist vor allem das Jahr 2007.¹ Räumlich beschränke ich mich im Wesentlichen auf das Gebiet des heutigen Bundeslands Hessen. Daneben beziehe ich aber auch jene rheinhessischen Kreise am Rande mit ein, die einst dem Volksstaat Hessen angehörten und heute Bestandteil des Landes Rheinland-Pfalz sind.

In erster Linie kommen somit lokalgeschichtliche Darstellungen aus den vergangenen rund anderthalb Jahrzehnten in Betracht. Der analytische Schwerpunkt ruht dabei auf den kleinen Landgemeinden im dörflich-ländlichen Raum, über die Entwicklung in den Dörfern wissen wir bislang nämlich eher wenig.

Anderes gilt für etliche Kleinstädte und besonders Kreisstädte, deren Geschichte von Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft teils bereits vor Jahrzehnten lokalgeschichtlich aufgearbeitet wurde. Geschichtswerkstätten und an anderen Vorgehensweisen orientierte örtliche Initiativen haben sich bis dahin vernachlässigten bzw. überschwiegenen Aspekten der Orts- und Heimatgeschichte zugewandt. In Ortschaften, wo vor 1933 jüdische Deutsche lebten und die Geschehnisse mitbestimmten, begann man häufig, auch auf die lokalen jüdischen Lebenswelten – und auf deren Zerstörung unter dem NS-Regime – mehr oder weniger kritisch zurückzublicken.²

Ehe genauer auf die Entwicklung in den hessischen Landgemeinden einzugehen ist, sollen hier einleitend weiter ausgreifend einige Erläuterungen zur allgemeinen Forschungslage erfolgen und auf den aktuellen Forschungsstand für den ländlichen Raum in Nord-, West- und Süddeutschland eingegangen werden. Dabei ist insbesondere im Auge zu behalten, was Christhard HOFFMANN (*1952) 1997 festgestellt hat: Dass der »Vorwurf

-
- 1 Eine weiterhin lesenswerte Bestandsaufnahme der Forschungsliteratur, in der die besonderen »antisemitischen Ausgrenzungs- und Verfolgungserfahrungen auf dem Lande, sowie die jüdischen Reaktionen darauf« betrachtet werden, bietet vor einem Vierteljahrhundert Christhard HOFFMANN: Verfolgung und Alltagsleben der Landjuden, in: Monika RICHARZ und Reinhard RÜRUP (Hg.): Jüdisches Leben auf dem Lande. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts 56), Tübingen 1997, S. 373–398, Zitat S. 374. Hier werden die wichtigsten bis Mitte der 1990er-Jahre erschienenen Veröffentlichungen vorgestellt, Themen zugeordnet und wichtige Wegmarken nachgezeichnet.
 - 2 Siehe etwa Anna Maria ZIMMER: Juden in Eschwege. Entwicklung und Zerstörung der jüdischen Gemeinde, Eschwege 1993. Weitere Arbeiten nennt Michael WILDT: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz, 1919–1939, Hamburg 2007, S. 376–406.

›rassenschänderischen Treibens‹ [...] wesentlich zur Diskriminierung der Juden auf dem Lande bei[trug]«. ³

Im Jahr 2003 legte Alexandra PRZYREMBEL (*1965) ihre 2001 als Dissertation an der Technischen Universität Berlin entstandene Studie über »Rassenschande« vor, wobei sie diese spezifische Art »antisemitischer Gewalt in den Jahren 1933 bis 1935« zunächst als Einheit betrachtet. ⁴ Demnach seien in diesen »Anprangerungen« öffentliche Rituale zu sehen, wobei die Initiatoren von der SS oder der SA davon ausgingen, dass weder seitens der Ordnungskräfte noch der Bevölkerung dagegen eingeschritten würde. Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft setzten sie somit die Außerachtlassung rechtsstaatlicher Normen voraus. Der Vorwurf der *Rassenschande* war dabei äußerst dehnbar und konnte sich selbst auf einen bloßen »freundschaftlichen Verkehr« beziehen. ⁵ PRZYREMBEL exemplifiziert *Rassenschande*-Anprangerungen an zwei Beispielen aus dem Jahr 1935, zu denen sie Fotoaufnahmen gefunden hatte. Zu der ersten Fotoserie heißt es, Ort und Datum des Spektakels seien »unbekannt«. ⁶

Schauplatz des anderen Spektakels war die märkische Kleinstadt Velten bei Berlin, wobei »eine johlende Gruppe« von nicht in Uniformen gekleideten Männern ⁷ »einen Juden durch das Dorf [sic] [trieb], nachdem ihm die Haare geschnitten worden waren«. Er musste auf Brust und Rücken mit Schnüren an der Anzugjacke notdürftig festgebundene Plakate mit handschriftlicher Aufschrift tragen, auf denen er sich bezichtigte: *Ich bin der Rassenschänder von Velten und Blonde Frauen sind meine Opfer*. ⁸ Im Anschluss an die Fotos gibt PRZYREMBEL zu den Pranger-Umzügen die folgende Erläuterung:

»Neben der Verschriftlichung des ›Vorwurfs‹ der ›Rassenschande‹ und des Hinweises ›Jude‹ – der genaue Wortlaut der Plakate variierte mit der Phantasie ihrer Verfasser – war der prozessionsartige Demonstrationszug über markante Plätze der jeweiligen Stadt sowie die öffentliche Verhaftung der Betroffenen bezeichnend.«

Die öffentlichen Pranger-Umzüge sieht PRZYREMBEL mit fünf verschiedenen Bedeutungsebenen verknüpft: ⁹ Sie verfolgten erstens das Ziel, »›deutsch-jüdische‹ Beziehungen zu ächten und ein gesetzliches Verbot der Ehen und Liebesverhältnisse durchzusetzen«. Sie sollten zweitens das Bild vom männlichen jüdischen »Rassenschänder« und der von ihm (vermeintlich)

3 HOFFMANN: Verfolgung (wie Anm. 1), S. 377 f.

4 Alexandra PRZYREMBEL: »Rassenschande«. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 190), Göttingen 2003, S. 64 f.

5 Ebd., S. 64

6 Siehe dazu unten S. 161 f. die Ausführungen über Gelsenkirchen, 7.8.1935.

7 Sowohl auf den Fotos aus Velten als auch aus Gelsenkirchen sind als Täter Männer in Anzügen zu sehen, die eher feiertäglich gekleidet waren (und sich teils Krawatten bzw. Fliegen umgebunden hatten).

8 PRZYREMBEL: *Rassenschande* (wie Anm. 4), S. 70 u. Abb. 5 u. 6 aus dem Stadtarchiv Nürnberg auf S. 68 sowie Vorderseite des Buchumschlags. Wann und unter welchen Umständen die Fotoaufnahmen entstanden und auf welchen Wegen sie in das Nürnberger Stadtarchiv gelangten, lässt PRZYREMBEL hier offen, was wissenschaftlichen Standards zuwiderläuft. Die Kontextualisierung der beiden Fotos steht also noch aus.

9 Ebd., S. 70 f.

»Verführten« prägen. Diese Form antisemitischer Gewalt zeichnete drittens das Vorführen des oder der Einzelnen im öffentlichen Raum aus, was Hass und Abscheu hervorrufen sollte und einherging mit der Traumatisierung und oft auch körperlichen Verletzung des jüdischen Mannes und seiner Partnerin – durch lauthalses Johlen, durch Schläge und Tritte der Täter aus den Reihen der SA bzw. SS, der NSDAP-Parteigenossen und weiterer Beteiligten. Die Verletzung der persönlichen Intimität wurde außerdem über die anprangernde Zurschaustellung der Opfer durch Fotos, die Nennung von Namen oder ganzen Namenlisten und voyeuristisch gestalteten Zeitungsartikeln einem großen Publikum bekannt gemacht.

»Die Markierung des Einzelnen als ›Jude‹ führte zu einer ›Konkretisierung‹ und ›Verbildlichung‹ der vom Judentum ausgehenden ›Gefahr‹. Der einzelne Jude und die durch ihn ›entehrte‹ Frau wurden hiermit ›vogelfrei‹.«

Die Pranger-Umzüge, die am helllichten Tage vor den Augen ungezählter Passanten stattfanden, waren somit viertens »ein öffentliches Spektakel«, das seine Wirkung nur dadurch entfalten konnte, dass zahllose Zuschauer(innen) in den Ausgrenzungs- und Stigmatisierungsprozess eingebunden wurden. Diese zeigten fünftens eine Freude an Gewaltakten, an »Übergriffen gegenüber Juden« in der deutschen Gesellschaft, die sich schon Jahre vor den Novemberpogromen Bahn brachen.¹⁰

Hier nun spricht sich PRZYREMBEL dafür aus, das Geschehen »im Sommer 1933« und »unmittelbar vor Erlass der Nürnberger Gesetze« zu unterscheiden. Sie nennt Übergriffe uniformierter Nationalsozialisten auf Liebespaare in Nürnberg und Würzburg im Sommer 1933 sowie in Kassel, wo die Gewalt Ende August 1933 sogar »auf mögliche Kuppler – also den weiteren Familien- oder Freundeskreis – ausgedehnt« wurde.¹¹ Nicht näher ausgeführt wird hier, dass das NS-Blatt Hessische Volkswacht über Walter Lieberg aus dem Vorort Bettenhausen berichtet hatte: *Der Jude Walter Lieberg, Lessingstraße 18, der Sohn eines der Mitarbeiter der Metallwerke Lieberg & Co., Bettenhausen, hat ein Verhältnis mit einem Christenmädels Jandy aus der Uhlstraße.* Der hier Angeprangerte und die Konzertsängerin Elisabeth Jandy hielten zusammen mit deren Mutter den Vorhaltungen der Rassisten zunächst stand, ehe sie zur Strafe öffentlich gedemütigt wurden: *Um der Bevölkerung diese sauberen Leuten zu zeigen und ihnen das Verwerfliche ihrer Gesinnung klarzumachen, führten SS-Pioniere den Juden, sein Verhältnis und die Mutter durch die Straßen Kassels.*¹² Die genaueren Umstände dieses kollektiven Gewaltakts sind bis heute unklar, was nicht zuletzt an widersprüchlichen Angaben liegt. Denn in einem Schreiben des Regierungspräsidenten heißt es:

*Der jüdische Mitinhaber der Firma [Metallwerke] Lieberg & Co., Wilhelm Lieberg in Kassel, wurde von der erregten Menschenmenge am 26. August durch die Straßen der Stadt geführt. [...] Um Lieberg vor dem Ausbruch der Volkswut [sic] zu schützen, musste Schutzhaft über ihn verhängt werden, die nach 2 Tagen – am 28.8. – wieder aufgehoben wurde.*¹³

¹⁰ Ebd., S. 71.

¹¹ Ebd., S. 71 f.

¹² Hessische Volkswacht, 30.8.1933: Am Pranger. Siehe auch Dietfrid KRAUSE-VILMAR: Das Konzentrationslager Breitenau. Ein staatliches Schutzhaftlager 1933/34, Marburg 1998, S. 83.

¹³ Siehe <<https://www.kassel-stolper.com/biografien/familie-lieberg>> (abgerufen 11.8.2023).

Aus dem Hamburger Stadtteil Harburg-Wilhelmsburg teilt PRZYREMBEL schließlich mit, dass im Herbst 1933 der Verhaftung des in einem Pranger-Umzug Geächteten dessen Vertreibung gefolgt sei.¹⁴

Seit dem Frühjahr 1935 hätten dann »in verschiedenen deutschen Städten« abermals Pranger-Umzüge stattgefunden.¹⁵ In der Schlesischen Tageszeitung ließ Dr. Friedhelm Kaiser (*1908) seinen Mord-Fantasien freien Lauf: *Wir haben jene Menschen, die manchen deutschen Mann und manche deutsche Familie im buchstäblichen Sinne zugrunde gerichtet haben, nicht ermordet. Wir haben sie leben lassen und sie nur an den Platz verwiesen, der ihnen gebührt.*¹⁶ PRZYREMBEL sieht darin eine unter den nichtjüdischen Landsleuten vorherrschende »latente Gewaltbereitschaft gegenüber den Juden« bestätigt. Die »in den Jahren 1933 bis 1935 stattfindenden ›Prangerumzüge‹ waren auf die Einbindung der Bevölkerung angewiesen«. Und sie hätten beigetragen zu einer »Zuspitzung des Rassismus auf die jüdische ›Frage‹ und die Popularisierung des Begriffes ›Rassenschande‹.«¹⁷

Zur Forschungslage zum Nationalsozialismus auf dem Land in West-, Nord- und Süddeutschland

Hierzu gibt es eine Reihe von älteren Studien aus verschiedenen deutschen Landesteilen. Zdenek ZOFKA (*1947) hat in seiner 1979 veröffentlichten Pionierstudie die »Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande« untersucht.¹⁸ Dabei ging es ihm vor allem um die »Haltung der ländlichen Bevölkerung zum Nationalsozialismus« zwischen 1928 und 1936, und zwar anhand einer »regionalen Fallstudie« aus dem »Bezirk Günzburg/Schwaben«. Für ZOFKA standen die Wählerschaft, die NSDAP-Mitglieder und die Entwicklung der Parteiorganisation im Mittelpunkt.¹⁹ Caroline WAGNER befasste sich in einem 1992 abgeschlossenen Münsteraner Dissertationsvorhaben mit der »NSDAP auf dem Dorf« im Land Lippe mit dem Anspruch einer »Sozialgeschichte der NS-Machtergreifung«.²⁰ Sie

14 PRZYREMBEL: Rassenschande (wie Anm. 8), S. 72.

15 Ebd., S. 73–75 u. 79, schildert hier vor allem die Zustände in Breslau, die von der SA ausgingen, siehe dazu unten, S. 171. Bei den weiteren von PRZYREMBEL genannten Beispielen ist unklar, ob sie dem Jahr 1933 oder 1935 zuzuordnen sind, ihre Beispiele von 1935 erschienenen Presseberichten beziehen sich vor allem auf den Westen Deutschlands und auf Sachsen (S. 77f.).

16 Ebd., S. 79, zit. nach Presseauschnittsammlung im BArch, R 80.34 II/1495, Bl. 186, aus einer Ausgabe der Schlesischen Tageszeitung vom Juli 1935: So sah die Rassenschande aus! Einzelheiten von den ungeheueren Verbrechen der jüdischen Wüstlinge an deutschen Frauen und Mädchen in Breslau.

17 Ebd., S. 80f.

18 Zdenek ZOFKA: Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936 (Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München 108; Miscellanea Bavaria Monacensia 87), München 1979. Siehe auch, geografisch fast benachbart: Elke FRÖHLICH und Martin BROSZAT: Politische und soziale Macht auf dem Lande. Die Durchsetzung der NSDAP im Kreis Memmingen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25, 1977, S. 546–572.

19 So der ursprüngliche Titel von ZOFKAs Münchner Dissertation von 1978.

20 Siehe Caroline WAGNER: Die NSDAP auf dem Dorf. Eine Sozialgeschichte der NS-Machtergreifung in Lippe (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen 22, Geschichtliche Arbeiten zur

vergleicht hier NSDAP-Ortsgruppen in vier Dörfern fast ausschließlich unter dem Aspekt ihrer organisatorischen Entwicklung. Beatrix HERLEMANN (*1942) fand über »Bäuerliche Verhaltensweisen unter dem Nationalsozialismus« heraus, dass auch in den niedersächsischen Gebieten die Nationalsozialisten auf die Verdrängung der Juden aus dem landwirtschaftlichen Sektor abzielten. In Nordwestdeutschland war davon vor allem der Bereich des Viehhandels betroffen,

»denn der war hier traditionsgemäß bis zu 80 % in jüdischer Hand. Und das blieb so [...] bis Mitte der 30er-Jahre. Erste allzu forsche Versuche im Frühjahr 1933, den jüdischen Viehaufkäufern jeden Zutritt zu Viehmärkten und -börsen zu verwehren und ihnen sogar vereinzelt die Handelskonzessionen zu entziehen, waren kläglich fehlgeschlagen. Denn nun wurden die Bauern ihr Vieh nicht los und Fleischermeister und Fleischverarbeitungsfabriken hatten nichts zu schlachten.«²¹

Erst Anfang 1939 war dann das Ziel erreicht: Der »in Nordwestdeutschland einst weitverbreitete traditionsreiche Berufsstand jüdischer Viehhändler war beseitigt«.²²

Für eine Magisterarbeit an der Universität Göttingen hat Daniela MÜNDEL (*1962) das Verhältnis zwischen Bauern und Nationalsozialismus für den norddeutschen Landkreis Celle erforscht. Die NSDAP punktete hier mit probäuerlicher Propaganda, während der Viehhandel eine nur geringe Rolle spielte:²³ Juden hatten an der Wirtschaft des Kreises kaum Anteil.²⁴ In ihrer Hannoveraner Dissertation von 1994 stellte MÜNDEL die »Kreisbauernschaft zwischen nationalsozialistischer Agrarpolitik und bäuerlichen Interessen« im Landkreis Stade in den Mittelpunkt.²⁵ Ein Unterkapitel gilt dem Handel mit jüdischen Viehhändlern in einem Landstrich, wo der jüdische Bevölkerungsanteil »sehr gering« war und bezogen auf den Landkreis Stade Anfang der 1930er-Jahre nur etwa 30 Personen – Viehhändler, Schlachter, Tierärzte – mit ihren Angehörigen umfasste.²⁶ Die Verfasserin stellt fest, dass über 1933 hinaus viele Viehhändler ihren Beruf »mit Unterstützung der ortsansässigen Bauern bis zu ihrer endgültigen Herausdrängung aus dem Handelsgewerbe im Jahre 1938 ausüben« konnten. Von diesen sind dann die meisten »in den

westfälischen Landesforschung. A, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Gruppe 11), Münster 1998. Zur zeitlich vorangegangenen Phase im benachbarten, damals kleinsten Land des Deutschen Reichs siehe auch Johannes KESSLER: Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schaumburg-Lippe 1923–1933, Göttingen 2018. Rezension in: ZfG 68, 2020, S. 780 f.

21 Siehe Beatrix HERLEMANN: Bäuerliche Verhaltensweisen unter dem Nationalsozialismus in niedersächsischen Gebieten, in: NdsJbLG 62, 1990, S. 59–76, hier S. 71.

22 Ebd., S. 74.

23 Daniela MÜNDEL: Bauern und Nationalsozialismus. Der Landkreis Celle im Dritten Reich (Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte 2), Bielefeld 1991, S. 32. Juden treten in dieser Arbeit gar nicht in Erscheinung.

24 Siehe HERLEMANN: Verhaltensweisen (wie Anm. S. 19), S. 72.

25 Daniela MÜNDEL: Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag (Campus Forschung 735), Frankfurt am Main u. a. 1996.

26 Ebd., S. 351.

Konzentrationslagern der Nationalsozialisten ermordet worden«. ²⁷ Unterdessen versuchte die NSDAP

»auf Kreisebene immer wieder durch Hetztiraden, Aufstellung von ›Stürmerkästen‹ und Schildern mit dem Text ›Juden unerwünscht‹ sowie durch die Veröffentlichung von Namen der Bauern, die weiter Geschäfte mit Juden tätigten, die antisemitische Stimmung zu schüren und die Juden auf dem Land weiter auszugrenzen«. ²⁸

Sie kommt zu dem Schluss, dass die »überzeugten Antisemiten« wohl in der Minderheit waren und die »Ausgrenzung der Juden aus dem Viehhandel im Kreis [...] ohne große Unterstützung der bäuerlichen Bevölkerung vor sich« ging; vielmehr waren »Übergriffe seitens der Bevölkerung auf Juden [...] selten und vielfach von Parteigliederungen getragen«. ²⁹

MÜNKELE bezieht sich auch auf eine ernüchternde Feststellung von Beatrix HERLEMANN, dass gerade wegen der geringeren Judenfeindlichkeit im nördlichen Niedersachsen sich die Verfolgten weniger häufig zur Ausreise entschlossen – und dann in den Tod deportiert wurden. Dort, wo der jüdischen Bevölkerung von 1933 an Antisemitismus und Feinseligkeit heftig entgegenschlug – wie in Hessen –, hätten vergleichsweise weitaus mehr Menschen ihr Leben retten können. ³⁰ Der letztlich für manche fatale Versuch, in der Heimat zu bleiben, war laut MÜNKELE somit dem Umstand geschuldet, dass die Verfolgten im Norden ihre Existenzgrundlage bis 1937/38 behielten. ³¹

In ihrer Darstellung über die »Bäuerlichen Verhaltensweisen unterm Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen« schildert HERLEMANN den Ausbau der Viehzucht im Nordwesten, der mit einem Anstieg des Anteils jüdischer Bevölkerung in den Kleinstädten einherging, so 1933 auf rund 7 % in Aurich und auf 4 % in Emden. In Leer, dem wichtigsten Viehhandelsplatz Ostfrieslands, machte sie 4,3 % aus, d. h. unter 12.000 Einwohnern 289 Personen, die zu 90 % vom Viehhandel lebten, zu 10 % als Schlachter oder Kleinhändler. ³² Dabei waren die Beziehungen zwischen Bauern und Händlern weniger angespannt als in Hessen. ³³ Aber wie dort zeigte sich Antisemitismus unter der protestantischen wie auch der katholischen Bevölkerung. ³⁴ Zu den Hochburgen der Judenfeindschaft zählte das zum Kreis Grafschaft Schaumburg im Regierungsbezirk Kassel gehörige Rinteln, wo es ein Lehrerseminar gab. ³⁵

Im März 1933 erließ ein SA-Standartenführer in Ostfriesland »ein Schächtverbot für alle ostfriesischen Viehhöfe, verbunden mit der Anordnung, die Schächtmesser einzuziehen

²⁷ Ebd., S. 353

²⁸ Ebd., S. 358

²⁹ Ebd., S. 360 f.

³⁰ Beatrix HERLEMANN: »Der Bauer klebt am Hergebrachten«. Bäuerliche Verhaltensweisen unterm Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 39; Niedersachsen 1933–1945 4), Hannover 1993, S. 219.

³¹ MÜNKELE: Agrarpolitik (wie Anm. S. 25), S. 361.

³² HERLEMANN: Bauer (wie Anm. 30), S. 173 f.

³³ Ebd., S. 175 f.

³⁴ Ebd., S. 178 f.

³⁵ Ebd., S. 180.

und zu vernichten«. ³⁶ In einem Unterkapitel über »Selbstbehauptung und wehrhaftes Verhalten« macht HERLEMANN deutlich, dass dieses Letztere von der bäuerlichen Bevölkerung bisweilen durch solidarische Gesten unterstützt wurde. ³⁷ In Stade habe Kreisbauernführer Walter Witt Nachfahren des jüdischen Schlachters Isaac Heß aus Oldendorf geschützt, wobei »die Eintragungen des Kirchenbuchs ›unterdrückt‹« wurden. ³⁸

Welche Folgen mussten Bauern gewärtigen, die sich der Brandmarkung als *Judenknechte* ausgesetzt sahen? Dazu stellt HERLEMANN fest, kein Bauer sei »wegen anhaltender jüdischer Geschäftsverbindungen tatsächlich von seinem Hof vertrieben« worden. ³⁹ Und dass »die Bauern [...] weniger antisemitisch eingestellt gewesen [seien], mag für die niedersächsischen Regionen zutreffen«, dagegen gehe man für die »als besonders antisemitisch bekannten ländlichen Gegenden in Hessen [und] Franken« davon aus, dass »proportional mehr Juden sich retten konnten als jüdische Einwohner etwa in den weniger judenfeindlichen Großstädten, da die sehr viel massiveren offenen Anfeindungen sie nicht nur zum Umzug in die Großstädte, sondern auch zur rechtzeitigen Emigration« veranlasst hätten. ⁴⁰ »So gehört es«, wie HERLEMANN resümiert, »zu den Anomalien nationalsozialistischen Wirkens, humanes Verhalten letztendlich, mit Blick auf die Folgen, ins Negative verkehrt zu haben«. ⁴¹

Dies bestätigt der Zeitzeuge Karl Polak (1916–1994) aus Leer, der den NS-Judenmord auf abenteuerliche Weise zu überleben vermochte. Er

»sieht rückblickend eine ambivalente Wirkung der erwiesenen Freundlichkeiten und Bekundungen standfester Solidarität. Gedanken an Auswandern wurden so immer wieder verworfen [...]. Wäre ihnen von allen Seiten militante Ablehnung widerfahren und eine Geschäftsausübung schon bald nach 1933 total unmöglich geworden, so hätte sich die Familie wahrscheinlich um eine rechtzeitige Auswanderung bemüht.« ⁴²

Dabei sei, so HERLEMANN, »bisher kein einziger Fall bekannt geworden, daß auf dem Lande Juden untergetaucht seien und überlebt hätten«, wie es aus den Niederlanden überliefert ist. ⁴³

Ganz zeitgemäßen Fragestellungen verpflichtet ist neuerdings die mikrohistorische Studie von Anette BLASCHKE (*1982) über »Landbevölkerung und ländliche Lebenswelten im Nationalsozialismus«. Sie betrachtet lokale Vorgänge in 24 Dörfern im Landkreis Hameln-Pyrmont und zeigt, wie auf dem Land nationalsozialistische Funktionäre der Agrarpolitik, Landwirte und deren Familien miteinander umgingen. ⁴⁴ Dabei wird am Rand auch die Lage der jüdischen Beteiligten angesprochen. Sie »lebten überwiegend in der nahe gelegenen

³⁶ Ebd., S. 183.

³⁷ Ebd., S. 202–206.

³⁸ Ebd., S. 208.

³⁹ Ebd., S. 215.

⁴⁰ Ebd., S. 219.

⁴¹ Ebd., S. 219f.

⁴² Ebd., S. 203f.

⁴³ Ebd., S. 219, Anm. 160.

⁴⁴ Anette BLASCHKE: Zwischen »Dorfgemeinschaft« und »Volksgemeinschaft«. Landbevölkerung und ländliche Lebenswelten im Nationalsozialismus (Nationalsozialistische »Volksgemeinschaft« 8),

Kleinstadt Hameln« und handelten mit Kunden des Umlands. In den zeitgenössischen Konflikten unter Nichtjuden spielte der denunziatorische Vorwurf des Handels mit ihnen eine erhebliche Rolle, und so hetzte man bald gegen jene, die bei den radikalen Scharfmachern als *Judenknechte* galten. Späterhin entzweite man sich darüber, wer die Grundstücke der vertriebenen, geflohenen und in den Tod deportierten Nachbarn und früheren Handelspartner übernehmen durfte.⁴⁵ Der Arbeitskreis Geschichte der Juden in der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen hat aufgrund von Vorträgen außerdem einen Sammelband über Landjuden in Nordwestdeutschland erarbeitet, der allerdings mit dem Jahr 1925 endet.⁴⁶

Jüdische Deutsche als Nachbarn im ländlichen Raum Mitte der 1930er-Jahre

Das Landjudentum als eine unter dem Nationalsozialismus bedrohte Lebensform geriet in den 1980er-Jahren in den Blick zeitgeschichtlicher Fragestellungen. Falk WIESEMANN (*1944) forschte zur wirtschaftlichen Ausgrenzung jüdischer Viehhändler im Land Bayern.⁴⁷ Sein Überblick ist räumlich weitgehend auf Franken begrenzt. Er geht auf die Mechanismen der ökonomischen Verdrängung ein, die in Julius Streichers Mittelfranken besonders radikal waren, ebenso auf die Rolle der *Viehverwertungsgesellschaften*,⁴⁸ und schildert die Methoden des Hetzblatts *Der Stürmer*, das 1937/38 Listen mit Namen derjenigen veröffentlichte, die mit Juden Handel trieben.⁴⁹ Zahlenangaben veranschaulichen die dominante Stellung jüdischer Viehhändler in den fränkischen und bayerischen Landesteilen, wobei die Vorteile des Viehhandels mit Juden für die Bauern deutlich hervortreten: Sie entschieden sich »für ihren finanziellen Vorteil« und gegen den ideologischen Anspruch.⁵⁰ Wenn ihnen dies vorgehalten wurde, begründeten sie »ihr Verhalten immer wieder damit, daß in ihrer Gegend überhaupt keine nichtjüdischen Händler ansässig seien oder auf dem Markt erschienen«.⁵¹ Nur ganz am Ende wendet sich WIESEMANN den Opfern zu – den Familien, die »dem alltäglichen antisemitischen Terror in ihren Gemeinden ausgesetzt« waren: Sie wurden »beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen«, »Berufsverbote vernichteten ihre wirtschaftliche Existenz und zerstörten die Kontakte mit ihrer sozialen Umwelt«. Zurück blieb eine verarmte Personengruppe am Rand der Dorfgemeinschaft, »deren zunehmende

Paderborn 2018. Rezension in: ZfG 67, 2019, S. 179–181, und in: H-Soz-Kult, 24.1.2019, <www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-26210> (abgerufen 11.8.2023).

45 Siehe BLASCHKE: Dorfgemeinschaft (wie Anm. 44), S. 309, 109, 131 u. 121.

46 Herbert OBENAU (Hg.): Landjuden in Nordwestdeutschland, Hannover 2005. Für den westlich angrenzenden Raum in den Niederlanden wurde eine Studie über seinerzeit typisch jüdische Berufe vorgelegt von Jan KRAAK: *Hak, pak en zak. Traditionele joodse beroepen op het platteland van Noordoost-Nederland*, Assen 2013.

47 Falk WIESEMANN: Juden auf dem Lande. Die wirtschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Viehhändler in Bayern, in: Detlev PEUKERT und Werner REULECKE (Hg.): *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*, Wuppertal 1981, S. 381–396

48 Ebd., S. 383 f. u. 392.

49 Ebd., S. 387.

50 Ebd., S. 388 f.

51 Ebd., S. 392.

soziale Isolierung dann während des Krieges den gewissermaßen geräuschlosen Abtransport in die Vernichtungslager ermöglichte«. ⁵²

Klaus GUTH (*1934) legte mit Eva GROISS-LAU und Ulrike KRZYWINSKI ein Handbuch über jüdische Landgemeinden in Oberfranken vor, das die Entwicklung vom 19. Jahrhundert bis 1942 nachzeichnet und auch auf die Auflösung der jüdischen Landgemeinden eingeht. ⁵³ Drei weitere Bände gingen dann aus der »Forschungsstelle für Erforschung des Landjudentums« an der Universität Bamberg hervor, die nur anderthalb Jahrzehnte bestand. Ihre Mitarbeiter widmeten sich der Archiv- und Feldforschung zum Landjudentum mit Schwerpunkt auf der Dokumentation und Darstellung der Geschichte und Volkskultur des Landjudentums in Franken. ⁵⁴ Die Reihe Landjudentum in Oberfranken endete mit dem von GUTH herausgegebenen Sammelband »Deutsche, Juden, Polen zwischen Aufklärung und Drittem Reich«, der einen von GUTH verfassten Aufsatz über »Erinnerungen an den jüdischen Alltag auf dem Land« enthält. ⁵⁵ Eine mit der Bamberger Forschungsstelle für Erforschung des Landjudentums vergleichbare Einrichtung mit eigener Veröffentlichungsreihe ist seinerzeit anderswo nicht entstanden.

Mit dem Sammelband einer Würzburger Tagung vom Juli 2007 über die Juden in Franken, den Michael BRENNER (*1964) und Daniela F. EISENSTEIN (*1969) herausgegeben haben, sind allerdings zwei Aufsätze zur Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erschienen: ⁵⁶ Edith RAIM (*1965) zeichnet die Verfolgung und Ermordung der fränkischen Juden in der NS-Zeit nach, während Yaakov BORUT (*1956) das jüdische Leben in Franken unter dem Nationalsozialismus schildert. ⁵⁷ Ein Sammelband zum jüdischen Leben in Franken, der einige Jahre zuvor herausgekommen war, ⁵⁸ hatte kaum Bezüge zur Zeitgeschichte aufgewiesen. ⁵⁹

⁵² Ebd., S. 396.

⁵³ Klaus GUTH, Eva GROISS-LAU und Ulrike KRZYWINSKI: Jüdische Landgemeinden in Oberfranken (1800–1942). Ein historisch-topographisches Handbuch (Landjudentum in Oberfranken 1), Bamberg 1988.

⁵⁴ Die Bestände der Ende 2020 aufgelösten Forschungsstelle sind über das Archiv der Universität Bamberg weiterhin benutzbar, siehe <<https://www.uni-bamberg.de/euroethno/forschung/projekte/forschungsstelle-landjudentum>> (abgerufen 11.8.2023).

⁵⁵ Klaus GUTH: Erinnern, Erzählen, Vergessen. Über den Umgang mit Erinnerungen an den jüdischen Alltag auf dem Land während des Dritten Reiches, in: Derselbe (Hg.): Deutsche, Juden, Polen zwischen Aufklärung und Drittem Reich. Erinnerungsorte und Erinnerungsräume (Landjudentum in Oberfranken 4), Petersberg 2005, S. 175–198; zuerst in: Brigitte BÖNISCH-BREDNICH (Hg.): Erinnern und Vergessen. Vorträge des 27. Deutschen Volkskundekongresses Göttingen 1989 (Volkskundliche Kommission für Niedersachsen: Schriftenreihe der Volkskundlichen Kommission für Niedersachsen 6), Göttingen 1991, S. 305–321.

⁵⁶ Michael BRENNER und Daniela F. EISENSTEIN (Hg.): Die Juden in Franken (Studien zur Jüdischen Geschichte und Kultur in Bayern 5), München 2012.

⁵⁷ Edith RAIM: Die Verfolgung und Vernichtung der fränkischen Juden in der NS-Zeit, ebd., S. 199–218; Yaakov BORUT: Jüdisches Leben in Franken während des Nationalsozialismus, S. 219–250.

⁵⁸ Gunnar OCH und Hartmut BOBZIN (Hg.): Jüdisches Leben in Franken (Bibliotheca academica: Reihe Geschichte 1), Würzburg 2002.

⁵⁹ Siehe Trude MAURER: Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden. Beobachtungen zur Alltagsgeschichte Frankens, ebd., S. 157–177; dazu vergleiche DIES.: Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland 1933–1938, in: GWU 54, 2003 3, S. 154–166.

Mit Bezug auf Landgemeinden ganz im Westen Deutschlands hat sich Heinrich DE GROOT (*1927) ausführlich mit der Judenverfolgung – den »antijüdischen Aktivitäten auf dem Land unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft 1933–1945« – im Rheinland und in der Voreifel befasst.⁶⁰ Er untersucht in seiner 2003 an der Universität (Duisburg-)Essen verteidigten Dissertation, welche Rolle Bürgermeister und Gemeindeverwaltungen bei der Judenverfolgung spielten und wer als ihr Träger und ihre Triebkraft in Erscheinung traten. Er fragt zudem danach, inwieweit sich die rheinischen Landgemeinden dabei von anderen Städten und Gemeinden im Reichsgebiet unterschieden.

Es mangle, so DE GROOT, an »Untersuchungen der nationalsozialistischen Aktionen [sic] auf dem Land«. Der Begriff der Landgemeinde ist hier allerdings weit gefasst als ein Ort, der weniger als 20.000 Einwohner aufwies. Es geht somit um Kleinstädte, darunter Euskirchen, Goch, Grevenbroich, Kempen, Kleve, Münstereifel, Neukirchen-Vluyn, außerdem um St. Tönis, heute Tönisvorst, dem 1979 die Stadtrechte verliehen wurden. Der Verfasser bezieht aber Orte wie Uedem am Niederrhein und heute zu Städten gehörende Ortsteile, die früher Dörfer waren, manchmal mit ein, darunter Flammersheim (in Euskirchen) und Hemmerden (in Grevenbroich).

In Kapitel 2 betrachtet DE GROOT »Zusammenleben und Verdrängung«, wobei es zunächst um das »Zusammenleben mit Nachbarn jüdischen Glaubens« geht. Nicht genauer bestimmt lässt er, ob es sich hier um ein eher christlich-jüdisches Zusammenleben oder eines zwischen *Ariern* und *Nichtariern* handelte.⁶¹ Der Verfasser schildert hier Vorfälle von antijüdischer Abneigung, Missgunst – und verharmlost solche Befunde, sie seien »keinesfalls als symptomatisch für die gesamte ländliche Region des Rheinlands« anzusehen, seien also lediglich »Ausnahmen«. Seiner Auffassung nach sei das Verhältnis zwischen Minderheit und Mehrheit, »das Zusammenleben mit Nachbarn jüdischen Glaubens in den überwiegend katholischen Gemeinden der Untersuchungsregion von jeher im allgemeinen friedlich« verlaufen.⁶²

Im folgenden Unterkapitel geht es um »Maßnahmen der Verdrängung 1933–1938«. Sie setzten – auch im Rheinland – sehr früh ein; so erinnere sich die Zeugin Marianne Stern aus Hemmerden bei Grevenbroich an *Hetzkampagnen* und die zeitweilige Schließung des väterlichen Geschäfts durch SA schon am 9. März 1933.⁶³ Einschneidend war der *Boykotttag*, der 1. April 1933, etwa in Münstereifel: *Wer sich nicht einschüchtern ließ und trotzdem bei Juden kaufte, wurde von der SA öffentlich als »Judenknecht« gebrandmarkt*. In den Augen des Zeugen Otto Hertz erschienen die antisemitische Propaganda und der Terror *extrem*.⁶⁴ Stadtverordnete befassten sich nun mit Anträgen, städtischen Bediensteten zu verbieten oder davon abzuraten, bei jüdischen Geschäftsleuten einzukaufen; abgelehnt wurde dies in Kleve, angenommen in

60 Heinrich DE GROOT: Judenverdrängung, Judenverfolgung und Judendeportation auf dem Land unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft 1933–1945 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3 Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 992), Frankfurt a. M. u. a. 2004. Zitat Vorwort, S. 7.

61 DE GROOT verwendet die zeitgenössischen nationalsozialistischen Bezeichnungen *arisch* und *Arier* ohne Anführungszeichen, ebd., S. 72, 83, 85 u. 87.

62 Ebd., S. 73.

63 Ebd., S. 76.

64 Ebd., S. 79.

Goch, während der Bürgermeister in Münstereifel den Stadtbediensteten den Wunsch der örtlichen NSDAP bekanntgab, wonach der Einkauf dort *nicht gerne gesehen* werde.⁶⁵

Schon im April 1933 taten sich SA-Leute in Kleve mit einem Pranger-Umzug hervor: Sie »behängten [...] einen jungen Juden und ein arisches Mädchen mit Schildern, auf denen ihre rassenschänderischen Beziehungen angeprangert wurden, und trieben sie durch die Stadt«. ⁶⁶ Es habe sich um den (jüngeren) Bruder des Bezichtigten gehandelt, da die SA den Freund der jungen Frau nicht angetroffen hatte; anschließend wurde der Inhaftierte noch acht Tage im Klever Gefängnis festgehalten. Der Übergriff der örtlichen SA-Täter richtete sich gegen die Brüder Max Gonsenheimer (1911, Kleve – 1994, Haifa) und Paul Gonsenheimer (*1908), der zwei Jahre später, 1935, in Kleve an einer Krankheit verstarb.

Armin NOLZEN weist auf einen Vorfall im katholischen Paderborn hin, wo »Parteigenossen« mitten in der Nacht einen Juden« und seine Begleiterin, die ausgegangen waren, ergriffen hätten.⁶⁷ Im Bericht der Bielefelder Staatspolizeinstelle vom 4. August 1935 heißt es mit spürbarer Schadenfreude:

Viel belacht wurde in Paderborn der Fall des Juden Grünebaum⁶⁸ jun. Dieser Jude hatte bis gegen ½ 1 Uhr nachts im Kaffee [W]iethaup in Paderborn mit einem arischen Mädchen gesessen. Nachdem er mit dem Mädchen das Lokal verlassen hatte, wurde er von bisher unbekannt gebliebenen Männern in eine Seitenstraße geleitet [sic], [und] dort trotz seines Sträubens sehr intensiv in der sogen. »Kalten Pader«, gebadet. Dem Mädchen zog man auf der Promenade [...] die Kleider bis auf Hemd und Schlüpfer aus und schickte sie so nach Hause. Trotzdem Paderborn als judenfreundlich bekannt ist, ist dieser Vorfall von der Bevölkerung nicht übel aufgenommen worden, zumal er für die Betroffenen selbst weiter keine ernsteren Folgen hatte.⁶⁹

Von einem weiteren westdeutschen Pranger-Umzug berichtet Daniel SCHMIDT aus Gelsenkirchen. Dort kam es zu »eine[r] öffentliche[n] Anprangerung sogenannter »Rassenschande« [...] auf dem Gelsenkirchener Neumarkt«, die einherging mit »einer ungeheuerlichen Demütigung des misshandelten und bloßgestellten Liebespaares«. Solche Aktionen, erklärt SCHMIDT, »bestätigten die als »arisch« definierten Täter und Zuschauer [...] in ihrem

65 Ebd., S. 79 f.

66 Ebd., S. 85, mit Bezug auf Rolf EILERS: Politische Geschichte Kleves im 20. Jahrhundert, in: Hansjoachim HENNING (Hg.): Beiträge zur Geschichte der Stadt Kleve im 20. Jahrhundert (Klever Archiv 12), Kleve 1991, S. 11–146, hier S. 77 f. (das Unterkapitel 3.5 handelt über die »Verfolgung der Juden«, S. 73–83).

67 Armin NOLZEN: »Totaler Antisemitismus«. Die Gewalt der NSDAP gegen die Juden, 1933–1938/39, in: Detlef SCHMIECHEN-ACKERMANN (Hg.): »Volksgemeinschaft«. Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im »Dritten Reich«?, Paderborn 2012, S. 179–198, hier S. 185 (mit falschem Quellennachweis in Anm. 29).

68 Zur Geschichte der Kaufmannsfamilie Grünebaum siehe Margit NAARMANN: Eine »vernünftige« Auswanderung. Geseke, Paderborn, Amerika: Aufstieg, Verfolgung und Emigration der Familie Grünebaum, Paderborn 2002. Demnach hatte Ludwig Grünebaum sich mit der Kassiererin »T.« getroffen, S. 105.

69 Otto Dov KULKA und Eberhard JÄCKEL (Hg.), Mitarbeit: Anne BIRKENHAUER u. a.: Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945 (Schriften des Bundesarchivs 62), Düsseldorf 2004, CD-Rom, Dok. 1021, Stapostelle Regierungsbezirk Minden, Bericht für Juli 1935, Bielefeld, 4.8.1935 (aus: GStA, I. HA Rep. 90 P, Bd. 14,2). Der Tag des Überfalls ist hier nicht angegeben.

Überlegenheitsgefühl«. ⁷⁰ Am 7. August 1935 waren der Möbelhändler Julius Rosenberg ⁷¹ und seine langjährige Partnerin Elisabeth Makowiak von – nichtuniformierten – Nationalsozialisten überfallen und ihnen den ganzen Oberkörper bedeckende, von Hand säuberlich beschriebene Schilder umgehängt worden. Die gereimte Aufschrift verkündete: *Ich blonder Engel / schlief bei diesem / Judenbengel* und *Ich bin ein Rassenschänder*. Es folgte jeweils noch der Vor- und Nachname und die genaue Adressangabe. ⁷² Dem hier ausdrücklich als *Jude J. Rosenberg* Bezeichneten wurde außerdem ein zuvor für den schändlichen Zweck angefertigte Kopfbedeckung – ein Papier-Zylinder mit der Banderole *Rassenschänder* – aufgesetzt. Dies sollte den während des Pranger-Umzugs arg Misshandelten noch mehr ins Lächerliche ziehen. Die Nationalzeitung berichtete tags darauf ausführlich über das Spektakel, zeigte sogar ein Foto, das mit der selbstentlarvenden Bildunterschrift *Judenbengel und Judendirne am Pranger* versehen war. ⁷³

Heinrich DE GROOT hebt die stark überproportionale Vertretung jüdischer Familien »im Vieh- und Landproduktenhandel« des Rheinlands hervor. ⁷⁴ So waren in Münstereifel 1934 jüdische »Viehhändler dauernden Belästigungen ausgesetzt«, u. a. aufgrund der Kontrolle der Märkte durch die SA. ⁷⁵ Anfang 1935 hätten die Gewaltakte wieder zugenommen, was der Verfasser auf Enttäuschungen unter SA-Leuten zurückführt. Abermals kam es etwa in Hemmerden zur öffentlichen Anprangerung derjenigen, »die bei Juden kauften«. Der Friseur bediente 1935 »keine Juden mehr«. ⁷⁶ In Euskirchen stellten Nazis eine *Prangertafel* auf, wo diejenigen notiert wurden, »die bei einem Juden kauften oder mit ihm handelten«. ⁷⁷ Unterdessen veröffentlichte das NS-Blatt Westdeutscher Beobachter Fotos von Kunden, die fotografiert worden waren, und prangerte ihr Verhalten an: *Wer kennt sie? Sie kauften beim Juden!* ⁷⁸ Der Oberpräsident im Rheinland und das Reichsinnenministerium versuchten, gewaltsamen Übertretungen entgegenzuwirken. In Erlassen wandten sie sich gegen Gewaltmaßnahmen und die Anzettelung von *Einzelaktionen* – also nicht von der Reichsregierung oder der Reichsleitung der NSDAP ausdrücklich angeordnete Maßnahmen. Der Kölner Regierungspräsident hatte sich schon im Juni 1935 gegen antijüdische Gewalt einschließlich Boykott ausgesprochen.

⁷⁰ Daniel SCHMIDT: Das Ausstellungsnarrativ »Volksgemeinschaft« in der Dokumentationsstätte »Gelsenkirchen im Nationalsozialismus«, in: Detlef SCHMIECHEN-ACKERMANN, Marlis BUCHHOLZ, Bianca ROITSCH und Christiane SCHRÖDER (Hg.): Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte (Nationalsozialistische »Volksgemeinschaft« – Studien zu Konstruktion, gesellschaftlicher Wirkungsmacht und Erinnerung 7), Paderborn 2018, S. 438–458, hier S. 455.

⁷¹ Juda bzw. Julius Rosenberg (*1895) war 1921 aus Ostgalizien nach Gelsenkirchen gekommen; nachdem die 1939 geplante Ausreise nach Chile gescheitert war, ist er 1940, ins KZ Sachsenhausen verschleppt, umgekommen; siehe <http://www.stolpersteine-gelsenkirchen.de/stolperstein_julius_rosenberg.htm> (abgerufen 11.8.2023).

⁷² Siehe die Fotoaufnahmen und weitere Materialien in: PRZYREMBEL: Rassenschande (wie Anm. 8), vier Fotos als Abb. 1–4 aus dem Stadtarchiv Nürnberg auf S. 66 f., mit der Bemerkung, Ort und Datum des Spektakels seien »unbekannt«; auch in: <www.stolpersteine-gelsenkirchen.de/stolperstein_julius_rosenberg.htm> (abgerufen 11.8.2023).

⁷³ Nationalzeitung, 8.8.1935. Das Blatt war das offizielle Presseorgan des NSDAP-Gaus Westfalen-Nord.

⁷⁴ DE GROOT: Judenverdrängung (wie Anm. 58), S. 82.

⁷⁵ Ebd., S. 84.

⁷⁶ Ebd., S. 86.

⁷⁷ Ebd., S. 87.

⁷⁸ Ebd., S. 87.

Insbesondere im Rheinland sei die Reichsregierung, so DE GROOT, 1936/37 daran interessiert gewesen, antisemitische Ausschreitungen zu unterbinden.⁷⁹

In seiner Schlussbetrachtung⁸⁰ hebt DE GROOT den geringen Erfolg der nationalsozialistische Indoktrinierung unter einer kompakten katholischen Bevölkerung hervor. Die meisten Bürgermeister, die ehemals dem Zentrum angehört hatten, seien nach März 1933 im Amt geblieben und dafür teils in die NSDAP eingetreten. Widersprüchlich ist, was der Verfasser über die Auswirkungen eines solchen Verhaltens mitteilt, wenn er feststellt: Sie hätten »überreichlich Gelegenheit« gehabt, die Nazipolitik abzumildern, doch »[d]iese Gelegenheit wurde [...] nur selten genutzt«. ⁸¹ Er reklamiert für die von ihm betrachteten rheinischen kleinstädtischen Verwaltungen schließlich einen Sonderstatus im Dritten Reich: »Mit ihrem ausgeprägten Rechtsbewusstsein, ihrer zuweilen gezeigten Unerschrockenheit gegenüber der Partei und ihrem mitmenschlichen Verhalten gegenüber der jüdischen Bevölkerung« hätten sich diese Bürgermeister von den übrigen im Reich tätigen – willfährigeren – positiv abgehoben.⁸²

Robert Neisen (*1967) unterstreicht neuerdings den konfessionellen Einfluss in einem Sammelband über »Kommunen im Nationalsozialismus [...] in Südwestdeutschland«. ⁸³ Demnach hatte die NSDAP im südpfälzischen, mehrheitlich katholischen Dorf Hagenbach ungünstige Ausgangsbedingungen, politisch führend war die zentrumsnahe Bayerische Volkspartei. Dies zeige einmal mehr, dass die »NSDAP in überwiegend katholischen [...] Gemeinden vor 1933 in aller Regel ungleich schwerer Fuß fassen konnte als in ihren protestantischen Pendants«. ⁸⁴

Im letzten Jahrzehnt sind für Süddeutschland weitere Beiträge erschienen. Stefanie FISCHER hat die Lebenssituation jüdischer Familien in Mittelfranken zwischen 1919 und 1939 unter wirtschaftlichen Aspekten erforscht. Ihre Studie geht von der Rolle örtlicher Juden im Viehhandel aus.⁸⁵ Gute Viehhändler vermochten es, mit ihren Kunden ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Doch mit dem Aufkommen der NSDAP in Mittelfranken wurden solche Vertrauensbeziehungen durch rassistische Hetze und Attacken gestört. Sie brachen ein, und von 1933 an führten Boykotte und »Existenzvernichtungen« zur Zerstörung der Vertrauensbeziehungen durch Gewalt. Es kam zur Verdrängung jüdischer Viehhändler, zur »Exklusion aus dem öffentlichen Raum«, zum Ausschluss der jüdischen Viehhändler von den Viehmärkten.⁸⁶ Als eine »fränkische Spezialität« erwies sich, so FISCHER, der

79 Ebd., S. 88. Für das übrige Reichsgebiet handelt WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2) diese beiden Jahre im Unterkapitel »Illusion der Schonzeit« ab, S. 291–300.

80 DE GROOT: Judenverdrängung (wie Anm. 58), S. 133–136.

81 Ebd., S. 134 f.

82 Ebd., S. 135.

83 Robert NEISEN, Heinrich MAULHARDT und Konrad KRIMM (Hg.): Kommunen im Nationalsozialismus. Verwaltung, Partei und Eliten in Südwestdeutschland (Oberrheinische Studien 38), Ostfildern 2019.

84 Robert NEISEN: Die Macht der lokalen Verhältnisse: Nationalsozialistische Herrschaft in südwestdeutschen Kommunen. Eine Einführung, ebd., S. 9–16, hier S. 13. Siehe auch den Beitrag von Hans-Jürgen KREMER: Der Fall Hagenbach. Zur Organisation, Praxis und Wirkung nationalsozialistischer Macht im Dorf 1933–36, S. 157–188.

85 Stefanie FISCHER: Ökonomisches Vertrauen und antisemitische Gewalt. Jüdische Viehhändler in Mittelfranken 1919–1939 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 42), Göttingen 2014.

86 Ebd., S. 212 u. 220.

»Ausschluss von Juden aus den Orten«. ⁸⁷ Wer von den nationalsozialistischen Bauern an bestehenden Handelsbeziehungen festhielt, geriet zunehmend unter Druck. Kreisbauernschaften drängten auf die Ausgrenzung jüdischer Viehhändler. ⁸⁸ Die NS-Politik mündete in ein antijüdisches Berufsverbot und die »Arisierung« der Betriebe – und damit in die Beraubung und »Ausplünderung vertrauter Handelspartner«, ⁸⁹ noch ehe 1938 die Ausschreitungen bei den Novemberpogromen zu überstürzter Flucht und zur Auflösung der noch verbliebenen jüdischen Gemeinden führten.

Stefanie FISCHERS Studie beruht auf ihrer 2012 an der Technischen Universität Berlin verteidigten Dissertation. Sie ist in den Hamburger Beiträgen zur Geschichte der deutschen Juden herausgekommen – in der Region verwurzelte Strukturen für die Herausgabe einer solchen Publikation bestanden in Mittelfranken nicht.

Mehrere Wanderausstellungen griffen aber das über lange Jahrzehnte wenig beachtete Leben auf dem Dorf im Nationalsozialismus auf. Die Landesstelle für Museumsbetreuung Baden-Württemberg erarbeitete in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der sieben regionalen ländlichen Freilichtmuseen in Baden-Württemberg die Ausstellung »Dorf unterm Hakenkreuz. Diktatur auf dem Land im deutschen Südwesten 1933 bis 1945«. Begleitet wurde sie von einem Bildband, dem neun Beiträge beigegeben sind. ⁹⁰ Einer davon bezieht sich auf das jüdische Landjudentum. Cornelia HECHT (*1968) vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg zeichnet die gesellschaftliche Ausgrenzung der Juden in Laupheim ⁹¹ von 1933 an nach, wo eine traditionsreiche jüdische Gemeinde bestand. ⁹²

In den 2010er-Jahren gab es in Unterfranken Bemühungen, der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem vom Nationalsozialismus zerstörten Erbe der landjüdischen Bevölkerung einen dauerhaften Rahmen zu verleihen. Im November 2011 kam ein Kooperationsprojekt »Landjudentum in Unterfranken« in Gang, das sich die Erhaltung und öffentliche Darbietung des jüdischen Erbes in diesem Regierungsbezirk zur Aufgabe machte. Konkretes Projekt war die daraus hervorgegangene Wanderausstellung »Mitten unter uns. Landjuden in Unterfranken vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert«. Mit deren Durchführung lief das Kooperationsprojekt im Mai 2015 aus. ⁹³ Indessen hat das Johanna-Stahl-Zentrum in Würzburg weiterhin Bestand. Es wird als Einrichtung für die jüdische Geschichte und Kultur in Unterfranken seit 1987 vom Bezirk Unterfranken und der Stadt Würzburg gemeinsam unterhalten und betrieben.

87 Ebd., S. 217.

88 Ebd., S. 243.

89 Ebd., S. 270 u. 275.

90 Axel BURKARTH und Bernd HOLTWICK (Red.): Dorf unterm Hakenkreuz. Diktatur auf dem Land im deutschen Südwesten 1933 bis 1945. Ein Buch der sieben regionalen ländlichen Freilichtmuseen in Baden-Württemberg, Ulm 2009.

91 Kleinstadt im katholischen Teil Württembergs, die 1938 dem Landkreis Biberach angeschlossen wurde.

92 Cornelia HECHT: »... daß Juden in meinem Geschäft nicht erwünscht sind.« Die gesellschaftliche Ausgrenzung der Juden in Laupheim nach 1933, in: BURKARTH u. HOLTWICK: Dorf (wie Anm. 90), S. 67–82. Siehe auch den von Cornelia HECHT verfassten Katalog einer Ausstellung des Museums zur Geschichte von Christen und Juden im Schloss Großlaupheim: Miteinander – Nebeneinander – Gegeneinander. Ein Museumsbegleiter zur und durch die Ausstellung, Laupheim 2006.

93 Siehe <<http://www.landjudentum-unterfranken.de>> (abgerufen 11.8.2023).

Der zur Ausstellung vorgelegte Band nimmt »900 Jahre Juden in Unterfranken« in den Blick.⁹⁴ Das abschließende 20. Jahrhundert gilt als Epoche »[z]wischen Katastrophe und Rückkehr«.⁹⁵ Die Ausführungen über »Geschichte und Menschen« werden nach den betreffenden unterfränkischen (Land-)Kreisen Aschaffenburg, Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen, Main-Spessart, Miltenberg, Rhön-Grabfeld, Land und Stadt Schweinfurt sowie Land und Stadt Würzburg weiter ausdifferenziert.

Etwa zur gleichen Zeit veranstalteten mehrere Freiland- bzw. Freilichtmuseen der Arbeitsgemeinschaft Süddeutscher Freilichtmuseen eine Wanderausstellung über »Volk, Heimat, Dorf. Ideologie und Wirklichkeit im ländlichen Bayern der 1930er und 1940er-Jahre«. Der daraus hervorgegangene, die Ausstellung begleitende Sammelband beleuchtet das Spannungsfeld zwischen der NS-Ideologie in Bezug auf den ländlichen Raum und der von althergebrachten Werten geprägten Realität vor Ort.⁹⁶ Michael HAPPE (*1961) schildert eingangs die Erfahrungen mit der erwähnten Ausstellung in Baden-Württemberg.⁹⁷ Demnach gab es eine Aufteilung unter den sieben teilnehmenden Museen, die jeweils eine auf ein bestimmtes Thema abgestellte Ausstellung zeigten; darunter befasste sich aber keine mit der jüdischen Bevölkerung oder anderen ausgegrenzten Minderheiten. Etwas anders wurde dies nun in Bayern gehandhabt. Zwei Beiträge beziehen sich ausdrücklich auf die jüdische Landbevölkerung.⁹⁸ Axel TÖLLNER (*1968) blickt mit Schwerpunkt Franken auf »[j]üdisches Leben auf dem Land unter nationalsozialistischer Herrschaft« zurück.⁹⁹ In Mittel- und Oberfranken war schon von 1925 an ein Rückgang der jüdischen Bevölkerung zu verzeichnen; ein Viertel, rund 8.500 Personen, wohnte in Dörfern und Kleinstädten, und im Regierungsbezirk Unterfranken lebten gar mehr als die Hälfte außerhalb städtischer Gemeinden.¹⁰⁰ In den ländlichen Gebieten Frankens

»stieß die antijüdische Politik des nationalsozialistischen Regimes auf Vertrauensbeziehungen zwischen jüdischen und christlichen Geschäftspartnern, die teilweise über Generationen gewachsen waren. Jüdische Händler waren in den ersten Jahren

94 Rotraud RIES (Mitarbeit) und Rebekka DENZ: Mitten unter uns. Landjuden in Unterfranken vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Würzburg 2015, S. 12.

95 Ebd., S. 24.

96 Birgit ANGERER, Renate BÄRNTHOL, Jan BORGMANN, Max BÖHM, Sabine FECHTER u. a.: Volk, Heimat, Dorf. Ideologie und Wirklichkeit im ländlichen Bayern der 1930er und 1940er-Jahre (Schriften süddeutscher Freilichtmuseen 6), Petersberg 2016.

97 Michael HAPPE: Dorf unterm Hakenkreuz. Eine Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft der regionalen ländlichen Freilichtmuseen in Baden-Württemberg 2009, ebd., S. 23–26.

98 Ein weiterer Beitrag geht auf die »Fahrenden« ein: Thomas HUONKER: Die Jenischen. Eine fast unbekannte Minderheit als Opfer nationalsozialistischer Entrechtung, Verfolgung und Gewalt, S. 257–262.

99 Axel TÖLLNER: Jüdisches Leben auf dem Land unter nationalsozialistischer Herrschaft, ebd., S. 231–244.

100 Ebd., S. 233; siehe auch Eckart DIETZFELBINGER: Antisemitismus in Franken im 20. Jahrhundert, in: Andrea M. KLUXEN und Julia HECHT im Auftrag des Bezirks Mittelfranken (Hg.): Antijudaismus und Antisemitismus in Franken. Referate der am 7. Dezember 2007 an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg abgehaltenen Tagung der Reihe »Franconia Judaica«, veranstaltet vom Bezirk Mittelfranken in Kooperation mit der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und dem Jüdischen Museum Franken (Franconia judaica 3), Ansbach 2008, S. 141–155.

der nationalsozialistischen Herrschaft nach wie vor unentbehrlich für die Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit Gebrauchsgütern [und] mit Vieh und Pferden.«¹⁰¹

Als wirkmächtige Mechanismen, »die gewachsenen Geschäftsbeziehungen zu erschüttern«, dienten »gewaltsame Übergriffe und öffentliche Denunziationen«. Dabei trieb der nationalsozialistische Rassenwahn mitunter bizarre Blüten. So wurden im April 1936 »die Verbote von [...] sexuellen Kontakten zwischen Juden und ›Ariern‹ [...] sogar auf die Viehzucht übertragen [...], so als ob sich die vermeintlichen ›jüdische Rasse-Eigenschaften‹ auf das Vieh übertragen [...].«¹⁰² Wie TÖLLNER resümiert, seien »Willkür und körperliche Gewalt gegen die ländliche jüdische Bevölkerung [...] weit verbreitet« gewesen, wobei »Hasspropaganda, Einschüchterung und Gewalt [...] das soziale Gefüge der dörflichen [...] Gemeinschaften« erschütterten und den Abstand zwischen jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung ständig vergrößerten.¹⁰³ Ist hier bis hin zu den Gewalttätigkeiten, die sich »während des ganzen Jahres 1938« ereigneten, von »Übergriffen« die Rede, so erscheint der Begriff Pogrom bei TÖLLNER erstmals im Zusammenhang mit »den Novemberpogromen«.¹⁰⁴ Danach unternahmen örtliche NSDAP-Funktionäre verstärkte Anstrengungen, die verbliebene jüdische Bevölkerung »aus ihrem Ort zu vertreiben«.¹⁰⁵ Dies erwies sich in den Augen der Nationalsozialisten als dringlich, da Eigensinn und Resistenz der katholischen Bauernschaft den angestrebten Veränderungen entgegenstanden.¹⁰⁶

Sebastian SCHOTT (*1966) geht anhand des Lebenswegs des Weidener Viehhändlers Leopold Engelmann (1899–1985) auf die nationalsozialistische Verfolgung jüdischer Viehhändler in der Oberpfalz ein.¹⁰⁷ Er beschreibt, wie am 12. November 1936 in Regensburg 150 Teilnehmer einer Tagung des Viehwirtschaftsverbands Bayern ein »Pogrom gegen jüdische Viehhändler« inszenierten, indem sie »geschlossen zum Schlachthof« marschierten.¹⁰⁸ Sie belagerten das Direktionsgebäude, in das sich die jüdischen Händler bereits zurückgezogen hatten. Man hörte Rufe: *Schlagt sie tot! Hängt sie auf! Gebt sie uns, wir bringen sie nach Nürnberg.* Die Angegriffenen kamen *zum Schutz ihrer Person in Schutzhaft*. Um solche Vorkommnisse künftig auszuschließen, untersagte das Stadtoberhaupt den jüdischen Händlern das Betreten des Schlachthofs.¹⁰⁹

101 TÖLLNER: *Leben*, S. 233.

102 Ebd., S. 233.

103 Ebd., S. 234.

104 Ebd., S. 236.

105 Ebd., S. 238.

106 Siehe etwa die Entwicklung in Gaukönigshofen im Landkreis Würzburg, wo im März 1942, als die Deportationen einsetzten, noch 37 jüdische Menschen lebten, ebd., S. 238, und <https://www.alemannia-judaica.de/gaukoenigshofen_synagoge.htm> (abgerufen 11.8.2023).

107 Sebastian SCHOTT: Ein Jude, 22 Rittergüter und 88 Ochsen. Der Weidener Großviehhändler Leopold Engelmann und der Kampf der Nationalsozialisten gegen jüdische Viehhändler in der Oberpfalz 1933–1939, ebd., S. 245–256.

108 Ebd., S. 248; siehe auch WIESEMANN: *Juden* (wie Anm. 47), S. 383–386.

109 KULKA u. JÄCKEL: *Juden* (wie Anm. 69), Dok. 239, S. 209, Bericht des Regierungspräsidenten Niederbayern und Oberpfalz für November 1936, Regensburg, 8.12.1936, <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Publikationen/Editionen/kulka-jaeckel_ns-stimmungsberichte-auswahl.pdf?__blob=publicationFile> (abgerufen 11.8.2023); siehe auch, ungekürzt, auf der CD-Rom Dok. 2000. Demnach wurde der Schlachthofdirektor als *Judenknecht* beschimpft.

Von der politischen Polizei wurde, so SCHOTT, noch 1937 der Vorwurf erhoben, dass die vom politischen Katholizismus beeinflussten Bauern *jegliches Rassebewußtsein vermissen* ließen.¹¹⁰ Über die bisherigen *Aufklärungsversammlungen* hinaus erhöhten Parteistellen und Fachverbände den ökonomischen Druck auf Widerspenstige und Unbeugsame.¹¹¹ Aus diesem Kalkül heraus denunzierte Der Stürmer im Juni 1938 etliche Kunden Engelmans, deren Namen veröffentlicht wurden.¹¹²

Gezeigt wurde die Ausstellung »Volk, Heimat, Dorf. Ideologie und Wirklichkeit im ländlichen Bayern der 1930er und 1940er-Jahre« unter anderem im Fränkischen Freilandmuseum Fladungen, der nördlichsten Stadt Frankens in der Rhön unmittelbar an der Grenze zu Hessen.

Neue Impulse in den 2000er-Jahren: Hessens Landgemeinden auf dem Weg zur »Volksgemeinschaft«

Frische Impulse erhielt die Orts- und Heimatgeschichte im ländlichen Raum durch Michael WILDTs Studie über die »Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz« zwischen 1919 und 1939,¹¹³ der sich als neuartiger Ansatz zur sog. Täter-Forschung verstand. Es geht WILDT darum, »die scheinbar sicheren Eindeutigkeiten auf[zu]geben, nicht nach »Tätern«, sondern nach Akteuren, Beteiligungen, Teilnahmen und ihren Veränderungen [zu] fragen, also nicht die »Volksgemeinschaft« als gegeben voraus[zu]setzen, sondern den Prozess ihrer Herstellung [zu] untersuchen«.¹¹⁴ Unter den Regionen, die WILDT genauer betrachtet hat, sind einige der damals noch verschiedenen Verwaltungseinheiten zugeordneten hessischen Gebiete; unter den Städten wird (abgesehen von Berlin) Kassel, Verwaltungszentrum eines preußischen Regierungsbezirks, in der Studie am häufigsten genannt. Auch auf die Entwicklung in hessischen Kreisstädten geht WILDT wiederholt ein, insbesondere auf Gelnhausen und Schlüchtern im südöstlichen Hessen und auf Wolfhagen in Nordhessen, daneben auf Alsfeld, Bad Hersfeld und auf Korbach in Waldeck. Außerdem kommen Vorgänge in einer Reihe von Kleinstädten zur Sprache, die 1933 nicht mehr Sitz einer Kreisverwaltung waren, wie Gersfeld und Kirchhain, sowie solche, die wie Felsberg, Gladenbach, Guxhagen, Lohra oder Spangenberg eine geringere überörtliche Bedeutung hatten. Die meisten der von WILDT genannten hessischen Ortschaften lagen im preußischen Regierungsbezirk Kassel, der überwiegend ländlich geprägt war und in dem 1933 rund 13.000 »Glaubensjuden« (1,2 % der Gesamtbevölkerung) ansässig waren.¹¹⁵

Ein zentraler NS-Begriff, dem WILDT auf den Grund gehen will, ist die in Kapitel 6 diskutierte *Rassenschande* als Schnittstelle zeitgenössischer Vorstellungen von »Ehre, Geschlecht

110 SCHOTT: Jude (wie Anm. 107), S. 249.

111 Ebd., S. 248 f.

112 Ebd., S. 250; Der Stürmer 16, 1938, 23, S. 10.

113 Zu den Jahren davor mit regionaler Eingrenzung siehe Jacob BORUT: Gewalttätiger Antisemitismus im Rheinland und in Westfalen während der Weimarer Republik, in: Geschichte im Westen 22, 2007, S. 9–40.

114 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 11. Siehe auch Rolf POHL: Das Konstrukt »Volksgemeinschaft« als Mittel zur Erzeugung von Massenloyalität im Nationalsozialismus, in: SCHMIECHEN-ACKERMANN: Volksgemeinschaft (wie Anm. 67), S. 69–84, bes. S. 75–77.

115 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 158.

und Volksjustiz«. ¹¹⁶ Die Anfeindung von *Rassenschande* wurde erfahrbar als für die Öffentlichkeit und in der Öffentlichkeit inszenierter Pranger-Umzug.

Bei WILDT scheint das Thema *Rassenschande* schon in der Einleitung auf, an deren Beginn sich eine Fotoaufnahme aus Marburg befindet. ¹¹⁷ Sie dokumentiert einen »als politische Aktion« gemeinten »Umzug«, die »öffentliche Erniedrigung [eines] jungen Mannes«, der von SA-Männern mitgeführt wird und ein großes Schild hochhalten muss, auf dem zu lesen ist: *Ich habe ein Christenmädchen geschändet!* Erstmals veröffentlicht wurde diese Aufnahme 1982 in einer Darstellung über die »Geschichte der Juden in Marburg und Umgebung nach 1933«, als deren Herausgeber das Presseamt der Stadt Marburg auftrat. ¹¹⁸ Zwei Jahrzehnte später wurde es in einen Bildband mit »Fotodokumenten des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz« aufgenommen. ¹¹⁹ 2012 diente es als Umschlagillustration der englischen Fassung von Michael WILDTs Studie. ¹²⁰ Der Umschlag der deutschen Originalfassung zeigt von der SA-Inszenierung übrigens nur einen kleinen Ausschnitt aus der Mitte des Fotos, auf dem das Schild und dessen Träger nicht zu sehen sind, sondern drei Frauen mit kleinen Kindern und zwei Männer, von denen einer, in SA-Uniform gekleidet, dem Spielmannszug angehört, der den Umzug anführt. Sie stehen für die Passanten, Zuschauer, Miterlebenden und Mitwirkenden, die das Geschehen gemeinsam mit anderen – auf jeweils unterschiedliche Art und Weise – erfahren haben. In den vergangenen zehn Jahren ist das Foto in weiteren Publikationen erschienen. ¹²¹

Seitdem ist es gelungen, Genaueres über die Marburger SA-Inszenierung herauszufinden: ihren Zeitpunkt, ihren Anlass und einen Teil der auf dem Foto Abgebildeten. ¹²² Zurückzuführen war dies auf ein Forschungsprojekt über eine Militärformation, die in der Garnison Marburg untergebracht war: das 11. Jägerbataillon. Hierbei stellte sich

¹¹⁶ Ebd., S. 219–266.

¹¹⁷ Ebd., S. 8. Die Aufnahme wird heute im Stadtarchiv Marburg aufbewahrt (Best. S 3/4, Nr. 156).

¹¹⁸ Günther REHME und Konstantin HAASE: ... Mit Rumpf und Stumpf ausrotten ... Zur Geschichte der Juden in Marburg und Umgebung nach 1933 (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 6), Marburg 1982, S. 16.

¹¹⁹ Klaus HESSE, Philipp SPRINGER und Reinhard RÜRUP: Vor aller Augen. Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz, Essen 2002, S. 82.

¹²⁰ Michael WILDT: *Hitler's Volksgemeinschaft and the Dynamics of Racial Exclusion. Violence against Jews in Provincial Germany, 1919–1939*, New York 2012.

¹²¹ Siehe das Themenheft »Gewalt – Politik« von Werkstatt Geschichte 35 (2003) mit Beiträgen von Michael WILDT: Gewaltpolitik. Volksgemeinschaft und Judenverfolgung in der deutschen Provinz 1932 bis 1935, S. 23–43, und Klaus HESSE: Sichtbarer Terror – öffentliche Gewalt gegen deutsche Juden 1933–1936 im Spiegel fotografischer Quellen, S. 44–56; Alon CONFINO: *A World without Jews. The Nazi Imagination from Persecution to Genocide*, New Haven 2014, S. 82; Gerhard PAUL: Bilder einer Diktatur. Zur Visual History des »Dritten Reiches«, Göttingen 2020, S. 56 im Kapitel 3: »Am Pranger«. »Volksgemeinschaft« als Exklusionsperformance, S. 56–67; zuletzt illustrierte das Foto den Umschlag eines Sammelbands zur Marburger Lokalgeschichte von Martin GÖLLNITZ und Sabine MECKING (Hg.): *Skandal!? Stadtgeschichten aus Marburg im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2022, auch S. 8, und eine Gesamtdarstellung über den Nationalsozialismus von Gerhard PAUL und Michael WILDT: *Nationalsozialismus. Aufstieg – Macht – Niedergang – Nachgeschichte*, Bonn 2022, S. 242 f.

¹²² Klaus-Peter FRIEDRICH: Zur Volksgemeinschaft durch antisemitische Gewalt »von unten«. Die hessischen Pranger-Umzüge in Frankenberg, Marburg und Wetter im August 1933, in: *ZfG* 71, 2023, S. 29–53, das Foto hier S. 38.

heraus, dass in den Kasernen der Universitätsstadt militärisch Ausgebildete nicht nur an Kriegsverbrechen im August 1914 in Belgien und an Schüssen auf Demonstrierende im oberschlesischen Königshütte im Januar 1919 beteiligt waren. Die »Marburger Jäger« blieben in der Universitätsstadt überaus geschätzt, und ihre Nachgeschichte reicht, obwohl die Formation nach Ende des Ersten Weltkriegs aufgelöst wurde, bis an die Gegenwart heran.

Fast anderthalb Jahrzehnte, nachdem diese Einheit verschwunden war, machte sich die SA die militärische Tradition der »Marburger Jäger« zu Eigen und nannte sich Standarte Jäger 11.¹²³ Diese war für die aufsehenerregende Inszenierung am 26. August 1933 in Marburg verantwortlich. Sie oblag dem Bereich Presse und Schulung der SA-Standarte Jäger 11, der dem erst 20-jährigen Pfarrerssohn und Jura-Studenten Gerhard Todenhöfer unterstand.¹²⁴ Als ihr Opfer hatten sich die tatendurstigen SA-Studenten den Mediziner Jakob Spier¹²⁵ (1908–1977) und dessen Freundin¹²⁶ ausgesucht. Weitere Fotos dieses Umzugs zeigen, wie Spier auf dem Umzug mit dem großen Schild eine steile Gasse zur Oberstadt hinaufgeht, wie er, von SA-Uniformierten umstellt, mit dem Schild am Markt steht, und wie er, mit dem in Bewegung befindlichen Zug, das Schild von zahlreichen Menschen umgeben durch die Marburger Bahnhofstraße trägt.¹²⁷ vorneweg Jungen, die teils in HJ-Uniformen gekleidet sind, dann der SA-Spielmannszug.¹²⁸

Das Spektakel der Marburger SA ist aber nur das mittlere Glied einer Aufeinanderfolge von drei Umzügen, die in der zweiten Augushälfte 1933 auch in Frankenberg und Wetter organisiert wurden und bei denen es vordergründig darum ging, Liebesbeziehungen zwischen jüdischen Deutschen und nichtjüdischen Frauen zu unterbinden.¹²⁹

123 Siehe Klaus-Peter FRIEDRICH: Zur Geschichte der »Marburger Jäger« zwischen 1914 und 1945, in: DERS. u. a.: Zur Geschichte der »Marburger Jäger« (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 101), Marburg 2014, S. 57–150, bes. 134 f.; das Foto vom Umzug S. 141. Siehe auch DERS.: Ein Marburger Foto und seine Geschichte: Jakob Spier wurde am 26. August 1933 durch die Straßen unserer Stadt getrieben, in: Oberhessische Presse, 26. 8. 2014, S. 5.

124 Zu Todenhöfers politischer Betätigung in Marburg siehe Klaus-Peter FRIEDRICH: Wie der Marburger Jura-Professor Alfred Manigk 1933/34 um sein Lehramt gebracht wurde. Über völkischen Fanatismus an der Philipps-Universität, in: HessJbLG 71, 2021, S. 99–148, bes. S. 108, 113, 116–119, 124, 133–141 u. 146 f.

125 Zu seinem Lebensweg siehe FRIEDRICH: Zur Geschichte der »Marburger Jäger« zwischen 1914 und 1945 (wie Anm. 123), S. 140–145; DERS.: Zur Auswanderung gezwungen: Jakob Spier aus Marburg, in: DERS. (Hg.): Von der Ausgrenzung zur Deportation in Marburg und im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Neue Beiträge zur Verfolgung und Ermordung von Juden und Sinti im Nationalsozialismus. Ein Gedenkbuch, Marburg 2017, S. 331–336 u. 519–522.

126 Letztere wurde nicht mitgeführt, weil sie sich ihrer Mitnahme durch die SA dadurch entzog, dass sie in Ohnmacht gefallen war; siehe FRIEDRICH: Volksgemeinschaft (wie Anm. 122), S. 39.

127 Siehe FRIEDRICH: Auswanderung (wie Anm. 125), S. 332 f. Die Geschichtswerkstatt Marburg erhielt die Fotos 2014 aus dem Nachlass von Paul Böhler (1905–1974), einem Optiker mit Geschäft in der Wettergasse, übergeben wurden sie vom Sohn Franz Paul Böhler. Sie sind auch zu sehen auf der DVD: Universitätsstadt Marburg 1925–1955 von art & weise GbR, Marburg.

128 Diese Aufnahme auch in FRIEDRICH: Volksgemeinschaft (wie Anm. 122), S. 39. Hieraus und aus weiteren Anhaltspunkten lässt sich schließen, dass die SA-Täter dem Paar östlich der Lahn auflauerten, Spier dort ergriffen, dann mit sich schleppten und ihren Pranger-Umzug am Bahnhof beendeten.

129 Siehe FRIEDRICH: Volksgemeinschaft (wie Anm. 122), S. 29–31, 33.

Die lokale Presse spielte 1933 hier und anderswo eine wichtige Rolle, den Antisemitismus nationalsozialistischer Aktivisten zu kanalisieren. In Marburg machte sie darüber auf einer Sonderbeilage Mitteilung, die Aktivitäten der SA vorbehalten war.¹³⁰ Aus Treysa berichtete die Ziegenhainer Zeitung, dass eingestandenermaßen schon eine bloße Absicht der *Rassenschande* – bzw. Unterstellung einer solchen Absicht – als Anschuldigung genügte und die rasche Anprangerung nach sich ziehen konnte. Betroffen war der Viehhändler Moritz Moses (*1876, Kassel). Am Nachmittag des 5. September erregte

ein großer Auflauf die Aufmerksamkeit unserer Bevölkerung. Der verheiratete jüdische Handelsmann Moritz Moses wurde unter Führung von SA-Männern durch die Straßen der Stadt geleitet [sic] und mußte ein Schild tragen, auf dem zu lesen war: »Ich wollte ein Christenmädchen schänden.« Die Ehefrau des Genannten¹³¹ schloß sich aus freien Stücken ihrem Manne an und machte den Umzug an der Seite ihres Mannes durch die Stadt mit. Wie wir weiter hören, wurde Moritz Moses heute früh in Schutzhaft genommen und zu seiner eigenen Sicherheit nach Ziegenhain verbracht.¹³²

Michael WILDT bezieht sich im Unterkapitel »Verfolgung von ›Rassenschande‹ nach der Machtübernahme«¹³³ ein weiteres Mal auf das Marburger Geschehen,¹³⁴ wobei noch ein rassistischer Übergriff gegen einen 29-jährigen jüdischen Weinhändler in Würzburg sowie gegen ein christlich-jüdisches Liebespaar in Nürnberg, jeweils verübt durch SS »im Sommer 1933«, erwähnt wird.¹³⁵ Er geht sodann auf Vorfälle ein, die sich im Dezember 1934 »im westfälischen Oberbieber«¹³⁶ und einige Monate zuvor in Schlüchtern abgespielt hatten, als Nationalsozialisten den Fabrikanten Leo Stern (1867–1937) »zu einem Marsch durch die Stadt« mitnahmen – unter dem Vorwurf, er habe ein Verhältnis mit einer Nichtjüdin. Dem Misshandelten wurden ein Rücken- und ein Brustschild umgehängt, auf dem sich die (ziemlich lange) Aufschrift befunden habe: *Dieser Saujude hat in Fulda im Hessischen Hof ein christliches Mädchen [sic] geschändet.*¹³⁷ Im nordhessischen Kreis Wolfhagen kam es im November 1934 wiederum zu einem Pranger-Umzug, als »ein Mädchen [sic] wegen einer angeblichen Beziehung zu einem jüdischen Mann auf Veranlassung des Ortsgruppenleiters mit einem Schild um den Hals durch die Straßen« von Volkmarsen »geführt« wurde.¹³⁸

130 Am Pranger, in: Oberhessische Zeitung vom 28.8.1933, S. 4 (SA-Beilage »Der braune Kämpfer«).

131 Clothilde Moses geb. Höxter (*1880, Gemünden/Wohra).

132 a., Am Pranger, in: Ziegenhainer Zeitung, 6.9.1933. Hierauf ist unten zurückzukommen, s. S. 186 u. 193.

133 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 223–232.

134 Hier ist aber fälschlich von einem »in der Einleitung geschilderten Umzug im August 1933 in Kassel [!]« die Rede, S. 225.

135 Ebd., S. 225 f. Siehe dazu ausführlicher PRZYREMBEL: Rassenschande, S. 82–84. Der Vorfall bei Nürnberg wird hier »randalierende[n] SA- und SS-Gruppen« zur Last gelegt.

136 Gemeint ist der heute zu Neuwied gehörende Ortsteil Oberbieber in Rheinland-Pfalz. Siehe Dorothea Elisabeth DEETERS: Sie lebten mit uns. Zur Geschichte der Wied-Neuwiedischen Landjuden, für die Zeit von 1817–1942, dargestellt an Dorf und Synagogenbezirk Oberbieber, Neuwied-Oberbieber 1983, S. 37 f., <https://www.alemannia-judaica.de/images/Images%20451/Oberbieber%20deeters_buch.pdf> (abgerufen 11.8.2023).

137 Näher geschildert in WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 165 f.

138 Ebd., S. 166, und Thomas KLEIN (Hg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933–1936 mit ergänzenden Materialien, Teil: 1. A+B und 2. C, Köln 1986, S. 196.

Somit war bei den hessischen Nazis im römisch-katholischen Fulda wie auch im protestantischen Marburg inklusiv von einem *christlichen* Mädchen die Rede, ohne zwischen der tatsächlich vorliegenden (evangelischen, reformierten, katholischen oder sonstigen) Konfession zu unterscheiden. An diesem Beispiel wird auch deutlich, dass für die nationalsozialistischen Täter der christlich-jüdische Gegensatz weiterhin über allem stand.¹³⁹ Wäre dies nicht der Fall gewesen, hätten sie in der Aufschrift ihr Mitgefühl mit einem verführten »arischen Mädchen« oder auch »deutschen Mädchen« geäußert. Alon CONFINOS pauschaler Einschätzung, »Christian, German, and Aryan terms blended to represent the national community«,¹⁴⁰ schließe ich mich also ausdrücklich nicht an, soweit es die im Sommer 1933 noch vorherrschenden Auffassungen angeht, wenngleich sich ein an die Rassenideologie angelehnter Sprachgebrauch schon im Sommer 1933 auch unter jenen breitmachte, die bislang zum Nationalsozialismus Abstand gehalten hatten.¹⁴¹

WILDT dienen die angeführten Übergriffe in Hessen und Franken dennoch als Überleitung zu den »Rassenschande«-Aktionen«, die sich erst 1935 »als zentrales Feld der lokalen Nazigruppen« herauskristallisiert hätten.¹⁴² Ehe er diese genauer betrachtet, geht es noch um eine dramatische Beschreibung der Verfolgung von Moritz Levi in der Gemeinde Lohra südlich von Marburg.¹⁴³ Ihm wurde vorgeworfen, ein »rassenschänderisches« Verhältnis zu einer verheirateten Nichtjüdin zu unterhalten. Der Gruppe von Männern aus Lohra, die ihn am 13. August 1935 – am Rande von pogromartigen Ausschreitungen gegen jüdische Deutsche in dem Ort – des nachts überfielen, konnte er mit Glück entkommen und ins Ausland fliehen.¹⁴⁴

Im folgenden Unterkapitel »Prangerumzüge 1935« befasst sich Wildt mit solchen Spektakeln in räumlich weit auseinanderliegenden Orten des Dritten Reichs:¹⁴⁵ in Breslau

139 Siehe auch die Feststellung bei Menahem KAUFMAN, dass trotz Akkulturation die Bauern ihre jüdischen Nachbarn in religiöser Hinsicht als ein fremdes Volk betrachtet hätten, das bestraft worden sei, weil es das Evangelium abgelehnt hatte; darauf führt er auch zurück, dass es sehr wenige christlich-jüdische Ehen gab; Menahem KAUFMAN: *The Daily Life of the Village and Country Jews in Hessen from Hitler's Ascent to Power to November 1938*, in: *Yad Vashem Studies* 22, 1992, S. 147–198, hier S. 153.

140 CONFINO: *World* (wie Anm. 121), S. 81

141 Siehe etwa Friedrich: *Volksgemeinschaft* (wie Anm. 122), S. 44, mit Bezug auf eine Formulierung des Marburger Landrats Ernst Schwebel am 28.9.1933 über Margarethe Schmidts »arische Abstammung«; in Frankenberg wurden mehreren Frauen beim Pranger-Umzug am 16.8.1933 Plakate um den Hals gehängt, auf denen sich die Nazis angeblich über eine »Schande für die deutsche Frau« entrüsteten, doch war eine der Frauen, die durch die Straßen getrieben wurde, verheiratet; ebd. S. 34 u. 44.

142 WILDT: *Volksgemeinschaft* (wie Anm. 2), S. 226.

143 Ebd., S. 230–232. WILDT bezieht sich hier auf Barbara HÄNDLER-LACHMANN, Harald HÄNDLER u. Ulrich SCHÜTT: *Purim, Purim, ihr liebe Leut, wißt ihr was Purim bedeutet? Jüdisches Leben im Landkreis Marburg im 20. Jahrhundert*, Marburg 1995, S. 160–163, und das Zeugnis von Jakob SCHLAG: *Meine Erinnerungen an das ›Tausendjährige Reich‹ und an die Juden in Lohra, Lohra o. J.* (1991), S. 177–179.

144 Siehe KLEIN: *Lageberichte* (wie Anm. 138), Bd. 2, S. 833; Barbara HÄNDLER-LACHMANN u. Ulrich SCHÜTT: »unbekannt verzogen« oder »weggemacht«. Schicksale der Juden im alten Landkreis Marburg 1933–1945, Marburg 1992, S. 107, und Barbara WAGNER: *Familie Wetterau in Lohra. Die Denunziationen des NSDAP-Ortsgruppenleiters*, in: Heinz DAUME, Hermann DÜRINGER, Monica KINGREEN und Hartmut SCHMIDT (Hg.): *Getauft, ausgestoßen – und vergessen? Zum Umgang der evangelischen Kirchen in Hessen mit den Christen jüdischer Herkunft im Nationalsozialismus. Ein Arbeits-, Lese- und Gedenkbuch*, Hanau 2013, S. 257–261.

145 WILDT: *Volksgemeinschaft* (wie Anm. 2), S. 232–239.

und im ostfriesischen Norden. Während die SA in der schlesischen Metropole bei sonntäglichen Propagandaumzügen Namen von angeprangerten Frauen auszurufen und Listen an der historischen Prangersäule vor dem Rathaus öffentlich auszuhängen pflegte,¹⁴⁶ ergriff sie in Norden die von ihr Angeprangerten, um sie auf einem Pranger-Umzug mit sich zu führen. Dabei wurden am 22. Juli 1935 die Nichtjüdin Christine Neemann und ihr Verlobter Julius Wolff mit über der Brust getragenen Schildern durch die Straßen geführt, ehe die Polizei sie verhaftete. Wie sich Fotoaufnahmen entnehmen lässt, lautete die Aufschrift auf Wolffs Schild: *Ich bin ein Rasseschänder*. Auf Neemanns Schild stand: *Ich bin ein Deutsches Mädchen und habe mich vom Juden schänden lassen*. Die gleiche Botschaft verkündete das Schild, das Elisa Extra umgehängt wurde, die in einem anschließenden zweiten Umzug (ohne ihren jüdischen Partner) angeprangert wurde.¹⁴⁷ WILDT macht sodann deutlich, dass die NS-Presse 1935 eine wichtige Rolle dabei spielte, die auf öffentliche Ausgrenzung drängenden antijüdischen Gefühlsausbrüche ihrer Leserinnen und Leser zu lenken,¹⁴⁸ angeführt vom Hetzblatt *Der Stürmer*, der seit Ende 1934 an immer mehr Orten öffentlich ausgehängt wurde. Das Anwachsen der judenfeindlichen Propaganda lässt sich zudem in der damaligen (NS-) Tagespresse, aber auch auf Flugblättern beobachten, etwa im Juli 1935 in Hessisch Oldendorf bei Hameln.¹⁴⁹

Nicht deutlich wird allerdings, in welcher Beziehung die Pranger-Umzüge, die bei der nationalsozialistischen Machtaneignung organisiert und inszeniert wurden, zu den im Jahr 1935 getroffenen Entscheidungen standen. Das, was die Geschehnisse des Jahres 1933 ausmachte, kommt hier somit zu kurz. Und wenn WILDT seine Studie mit dem Pranger-Umzug der SA in Marburg beginnt und das auf dem Foto dokumentierte Spektakel beschreibt,¹⁵⁰ so wirkt dies mit den folgenden Ausführungen über die Jahre 1934 und 1935 seltsam unverbunden.

Zu ergänzen wäre hier zunächst ein Vorfall in Cuxhaven. Dort hatten Angehörige der Marine-SA am 27. Juli 1933 einen antisemitischen Pranger-Umzug veranstaltet. Er richtete sich gegen den Geschäftsmann Oskar Dankner (1890–1938) und die Verkäuferin Adele Edelmann (1910–1967), die durch die Straßen Cuxhavens getrieben wurden. Dankner war 1922 aus Ostgalizien nach Cuxhaven gekommen, 1933 wurde er Opfer einer

¹⁴⁶ Siehe PRZYREMBEL: Rassenschande (wie Anm. 8), S. 73–75.

¹⁴⁷ WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 236.

¹⁴⁸ Siehe das Unterkapitel Medien, S. 239–249. Barbara GREVE stellt in der Berichterstattung der Regionalpresse der Gegend um Schwalmstadt seit Januar 1935 eine »bemerkenswerte [...] Veränderung« fest: Es verging nun »kaum ein Tag, an dem [...] nicht auf irgendeiner Seite kleinere Notizen oder Artikel über antijüdische Maßnahmen, Verfehlungen von Juden oder jüdische Probleme erschienen. Dies steigerte sich massiv seit dem Sommer 1935, wobei der Tenor mehr und mehr darauf abzielte, Juden nicht etwa als gemeine Kriminelle, Räuber und Diebe, sondern allgemein als moralisch verkommen darzustellen [...]. Zwar bezog sich ein Großteil der Artikel auf Vorfälle im Ausland oder in weiter entfernten Regionen des Reiches, die Notizen entfalteten aber trotzdem ihre diffamierende Wirkung.« Barbara GREVE: Eine kleine Stadt in Hessen. Neukirchen, die Juden und der Nationalsozialismus (Schriften zur regionalen Zeitgeschichte 23), Kassel 2010, S. 77 f.

¹⁴⁹ WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 242–244; siehe auch KULKA u. JÄCKEL: Juden (wie Anm. 69), CD-Rom, Dok. 1021. Hessisch Oldendorf gehörte bis 1932 als Exklave zur preußischen Provinz Hessen-Nassau.

¹⁵⁰ WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 8–11.

Nazi-Kampagne. Die SA stellte ihn mit seiner Geliebten öffentlich zur Schau. Sie hängten ihm ein bebändertes Schild um, auf dem gereimt zu lesen war: *Ich nehm als Judenjunge / immer / nur deutsche Mädchen / mit aufs Zimmer!*¹⁵¹ Der Bezug auf *deutsch* anstelle von *christlich* wird hier darauf zurückzuführen sein, dass die SA Dankner nicht als deutsch ansah und er jedenfalls kein deutscher Staatsbürger war.

Anhand von weiteren Bezügen, die WILDT zu Ortschaften im ländlichen Raum herstellt, lässt sich anhand seiner Studie außerdem feststellen, dass Nationalsozialisten Pranger-Umzüge auch mit jüdischen Deutschen durchführten, ohne den Vorwurf einer *Rassenschande* zu erheben. So ergriff – wenn wir uns von nun an weitgehend auf die hessischen Gebiete beschränken – in Bad Hersfeld die örtliche SS und SA am 28. März 1933 ausgewählte jüdische Bürger im Vorfeld des nationalsozialistischen Boykotts, der sich gegen Geschäfte richtete, die sich im Besitz jüdischer Deutscher befanden. Die Täter verschleppten sie aus ihren Wohnungen und führten sie in einem Umzug mit sich durch die Stadt, wobei ihnen Schilder umgehängt worden waren, deren Aufschriften zum Boykott der jüdischen Geschäfte aufriefen. Der örtliche SS-Führer war zuvor ins Stammlokal der SA gekommen, wo er eine Hetzrede hielt und damit das Spektakel in Gang setzte; es endete mit einer erzwungenen Erklärung der Mitgeführten gegen das »Weltjudentum« auf dem Marktplatz.¹⁵² Ähnliches wird – wie sich hier ergänzen ließe – über das Vorgehen der SA in der Kreisstadt des waldeckischen Kreises der Eder berichtet: In Bad Wildungen wählte die SA am 30. März 1933 jüdische Geschäftsleute zu Opfern einer Hassattacke aus, zwang sie vor den Augen der Einheimischen und der Kurgäste, bespuckt und beschimpft, vom Kurviertel zur Altstadt zu ziehen. Dem Kaufmann Max Hammerschlag (1889–1945), der dem Zug voranging, war ein Schild umgehängt worden, das ihn völlig willkürlich als »Mörder« bezichtigte.¹⁵³

Katharina STENGEL (*1965) schildert, wie im September 1933 SA-Mitglieder die Hausangestellte Paula Rothschild¹⁵⁴ im »Spießrutenlauf« durch Ziegenhains Straßen trieben. Auch ihr war ein Schild mit einer diffamierenden Aufschrift aufgedrängt worden. Später »wurde dieses Ereignis Gegenstand eines Spruchkammerverfahrens gegen Gerd Koch, einen der beteiligten SA-Männer.«¹⁵⁵ Barbara GREVE (*1946) erinnert mit Bezug auf die Äußerung einer Zeitzeugin an einen eher ungewöhnlichen Übergriff im mittelhessischen

151 FRIEDRICH: Volksgemeinschaft (wie Anm. 122), S. 30 f.

152 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 120.

153 Dazu liegen Fotos vor, die von einem der SA-Täter angefertigt und in eine 1938 von Adolf Gohlke verfasste Handschrift in drei Bänden aufgenommen wurden: Geschichte der Ortsgruppe Bad Wildungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, 1. Bd., Stadtarchiv Bad Wildungen, W 2 Nr. B 14532; siehe Johannes GRÖTECKE: Bäder-Antisemitismus in Bad Wildungen, in: Rundbrief des Vereins zur Förderung der Gedenkstätte und des Archivs Breitenau, Nr. 26, 2007, S. 46–48, <<https://docplayer.org/116422712-Verein-zur-foerderung-der-gedenkstaette-und-des-archivs-breitenau-e-v-rundbrief-nr-26.html>> (abgerufen 11.8.2023), und zuletzt DERS. u. Miriam GRABOWSKI (Red.): Blickwechsel. »Wenn man die Augen zumacht, dann sieht man nichts.« (Jüdisches Sprichwort), Bad Wildungen 2021, S. 26.

154 Paula Rothschild (*1879, Ziegenhain), die nach dem Pranger-Umzug einen Nervenzusammenbruch erlitt, wohnte später in Frankfurt am Main, ehe sie am 22.11.1941 nach dem litauischen Kaunas in den Tod deportiert wurde.

155 Katharina STENGEL: Nationalsozialismus in der Schwalm 1930–1939 (Schriftenreihe der Konvekta C. H. Schmitt Stiftung Ziegenhain 4), Marburg 2016, S. 304.

Oberaula im Kreis Ziegenhain. Die Familie des Kaufmanns Siegmund Rothschild (1882–1938) war hier seit 1933 den Nachstellungen von Nationalsozialisten ausgesetzt. Der Händler musste eine Gefängnisstrafe absitzen, während seine Tochter Marga Rothschild (1912–2014) sich bemühte, die Familiengeschäfte weiterzuführen. Zuvor war sie in Marburg von der Universität gewiesen worden. Ungefähr im Herbst 1934 nun wurde sie, nachdem sie Schulden bei einer Familie im Dorf angemahnt hatte, unter Trommelwirbel von der SA durch das Dorf geführt. Auf dem Schild, das die Täter ihr um den Hals hängten, stand die Aufschrift: *Diese Jüdin beleidigt eine deutsche Familie.*¹⁵⁶

Abgesehen davon waren jüdische Verfolgte Überfällen auf ihre Wohnungen ausgesetzt, etwa in Gersfeld, einem Nazi-Hotspot, wo Kaufmann Bachrach am 4. Februar 1933 auf Veranlassung des örtlichen NSDAP-Führers von drei Nazis zusammengeschlagen wurde.¹⁵⁷ WILDT nennt weitere Angriffe auf Wohnungen und Häuser jüdischer Deutscher, die gewöhnlich nachts und anonym verübt wurden. So kam es von Januar bis April 1934 dazu, dass in Baumbach, Felsberg, Eschwege, Gelnhausen, Gensungen, Korbach, Schlüchtern und Sterbfritz Fensterscheiben zertrümmert wurden.¹⁵⁸ In Schlüchtern, dessen NSDAP-Ortsgruppe erst zu Beginn der 1930er-Jahre entstand und das sich rasant zu einer Hochburg der Hitlerbewegung entwickelte, taten sich beim Boykott am 1. April 1933 wie andernorts SA-Gruppen hervor. Doch wehrten sich hier, wo die jüdische Bevölkerung 10 % erreichte, die gemobbtten Geschäftsleute, indem sie diskriminierende Plakate wieder entfernten – und dann in Haft genommen wurden.¹⁵⁹ Ein Jahr später hetzte hier im April 1934 ein als »Prof. Dr. Werner« bezeichneter Frankfurter Gauschulungsleiter und Pädagoge:¹⁶⁰ Er rufe nicht dazu auf, »die Juden tot[zu]schlagen«, doch wenn es anderntags in der Zeitung stehe, so könne »er auch nichts machen.«¹⁶¹ Im Mai wurde auf einer Schlüchterner Hauptstraße ein Banner gespannt, das jene verunglimpfte, die weiterhin in Geschäften jüdischer Inhaber kauften, und auf der Rückseite verkündete: *Die Juden sind Deutschlands Unglück.*

Armin NOLZEN hebt bei der von 1933 an ausgeübten Gewalt »gegen die Juden« die Rolle der Ortsgruppenleiter der NSDAP hervor. Sie seien es gewesen, welche die »sogenannten Prangerumzüge [...] organisierten.«¹⁶² Im Gau Hessen-Nassau-Nord stifteten Ortsgrup-

156 Barbara GREVE: »... er wäre sogar in den Dschungel gegangen, um aus Deutschland zu kommen«. Ein Bericht von zerbrochenen Lebenskreisen in einem nordhessischen Marktflecken und seiner Umgebung zwischen 1920 und 1942, in: ZHG 104, 1999, S. 209–236, hier S. 223 über ein »Gespräch mit Frau N. (*1915) am 13.7.1997«.

157 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 107

158 Ebd., S. 152 f., 164.

159 Ebd., S. 163.

160 Dr. Magnus Werner (*1880, Straßenaus [heute Broumov-Benešov]), Lehrer; stammte aus Nordböhmen, zeitweise Leiter der Gauführerschule Hessen-Nassau, außerdem von 1933/34 an auch im Frankfurter Bund für Volksbildung tätig; als Professor a. D. und Studienrat kandidierte er im März 1936 von Potsdam aus für den nationalsozialistischen Reichstag, ohne (auf Listenplatz 975) ein Mandat zu gewinnen.

161 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 163. Geäußert wurde dies am 8.4.1934 in der Turnhalle der neuen Stadtschule in der Lotichiusstraße. Ich danke Herrn Bernd Ullrich vom Stadtarchiv Schlüchtern für diesen Hinweis.

162 NOLZEN: Totaler Antisemitismus (wie Anm. 67), S. 184. Siehe auch mit Bezug auf Frankfurter NSDAP-Quellen Carl-Wilhelm REIBEL: Das Fundament der Diktatur. Die NSDAP-Ortsgruppen, 1932–1945

penleiter Jungvolk-Pimpfe an, bei Juden Fensterscheiben einzuwerfen, da den Minderjährigen *ja nichts passieren könne*, woraufhin sich ein Gebietsführer der HJ darüber beschwerte.¹⁶³ Aber dies gilt wohl in erster Linie für die Städte. In den meisten Dörfern wäre die Parteiororganisation im ersten Jahr der NS-Herrschaft dafür gewiss zu schwach gewesen. Daher traten hier SA- und SS-Angehörige in Erscheinung, die ggf. auch aus benachbarten Ortschaften einfielen bzw. herbeigerufen wurden. Angestiftet, angeleitet und beauftragt wurden sie häufig von den NSDAP-Kreisleitungen. Anscheinend ging die Radikalisierung der judenfeindlichen Maßnahmen nämlich oft von den Kreisleitern und ihren engsten Mitarbeitern unter den NS-Funktionären aus: Barbara GREVE nennt für den Kreis Ziegenhain den Schulungsleiter der NSDAP,¹⁶⁴ Anstifter des Pranger-Umzugs in Frankenberg an der Eder am 16. August 1933 war der Propagandaleiter der NSDAP im Kreis Frankenberg, und beim Anprangerungsspektakel zehn Tage später in Marburg stand der Verantwortliche für Presse und Schulung der örtlichen SA-Standarte im Vordergrund.¹⁶⁵

Gewaltaktionen ereigneten sich damals auch im benachbarten Oberhessen, also den nördlich des Mains gelegenen Gebieten des Volksstaats Hessen, im März 1934 in Alsfeld, Altenstadt, Gedern, Büdingen und im nahegelegenen Rohrbach.¹⁶⁶ 1934 verzeichnete man zudem Beschädigungen an den Synagogen in Tann, Hüttengesäß, Melsungen, Korbach, und in Schlüchtern Zerstörungen auf dem Jüdischen Friedhof.¹⁶⁷ Hinzufügen ließe sich noch der tätliche nächtliche Überfall am 30. Juni 1934 auf jüdische Gottesdienstbesucher, die sich auf dem Heimweg von der Synagoge befanden, durch mehrere Dutzend rauflustige SA- und SS-Leute in Hungen.¹⁶⁸

In den Landgemeinden gingen die Übergriffe 1934 einher mit der Aufstellung von Schildern mit antijüdischen Aufschriften. Die Initiative dazu hatten NSDAP-Ortsgruppen ergriffen, obwohl Behörden dagegen einschritten, doch könnten sie – wie berichtet wurde – des ausgrenzenden Aktionismus »von unten« nicht Herr werden. Die Schilder wurden neuerdings *in so großer Zahl an Dorfstraßen und Ortseingängen [...] aufgestellt, dass die Gestapo die Parteigruppen gewähren lasse*.¹⁶⁹ Den antisemitischen Aktivisten gehe es häufig darum, *nachahmenswerte[n] Beispiele[n]* nachzueifern, und die Ortspolizei traue sich *aus Angst vor der Partei* nicht, durchzugreifen.¹⁷⁰

(Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), Paderborn 2002, wo ein Unterkapitel den »Einsatz der Politischen Leiter bei der Judenverfolgung« betrifft, S. 316–327.

163 KULKA u. JÄCKEL: Juden (wie Anm. 69), CD-Rom, Dok. 1215, Stapostelle Regierungsbezirk Kassel, Bericht für September 1935, Kassel, 5. Oktober 1935 (aus: BArch, R 58/3039 b).

164 GREVE: Stadt (wie Anm. 148), S. 55.

165 FRIEDRICH: Volksgemeinschaft (wie Anm. 122), S. 34 u. 36. Siehe oben S. 169.

166 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 164.

167 Ebd., S. 163 f.

168 Siehe Inge WOLTER: Geschichte der Juden in Hungen, in: Susanne DOMNICK-RIEDER (Red.): Der Judenpogrom in Hungen, Gießen 1988, S. 23–46, hier S. 35; zuerst abgedruckt in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde N. F. 41, 1983, S. 253–280, hier S. 266 f.

169 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 166, und KLEIN: Lageberichte (wie Anm. 138), S. 182 (Okt. 1934).

170 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 166, und KLEIN: Lageberichte (wie Anm. 138), S. 211 (Dez. 1934). Im Nov. 1934 war es zu einem Verbot der Aufstellung antijüdischer Schilder auf öffentlichen Grundstücken gekommen, siehe KLEIN: Lageberichte (wie Anm. 138), S. 195 f.

Sodann beschreibt WILDT in zwei Abschnitten die Entwicklung in der Kreisstadt Gelnhausen, aus dem die Nationalsozialisten die jüdische Bevölkerung noch vor den Novemberpogromen restlos vertrieben.¹⁷¹ Einen zweiten hessischen Schwerpunkt bilden die Ausführungen über Gladenbach: den Pogrom vom August 1935 und dessen Vorgeschichte im März 1933.¹⁷² In der zweitgrößten Gemeinde des Kreises Biedenkopf lebten 1933 unter nahezu 1.800 Einwohnern 108 Glaubensjuden. Somit waren in Gladenbach mehr als zwei Drittel der im Kreis wohnenden 150 Jüdinnen und Juden ansässig. Die heftigen, brutalen Übergriffe auf die jüdische Bevölkerung sind mittlerweile recht umfassend dargestellt worden.¹⁷³ Auch in der Kreisstadt Wolfhagen, »einer kleinen Stadt nahe Kassel mit knapp 3.000 Einwohnern«, kam es 1935 zu tumultartigen Ausschreitungen.¹⁷⁴

Zwischen beiden Orten liegt südlich von Kassel die Kleinstadt Gudensberg bei Fritzlar, wo 1933 unter etwa 2.400 ganz überwiegend evangelischen Einwohnern etwa 120 jüdische Menschen lebten. Mit dem Judenpogrom dort, seiner Aufarbeitung durch die Justiz und den politischen Folgen 1934/35 hat sich Winfried MEYER befasst.¹⁷⁵ Er geht aus von einem Beitrag im nationalsozialistischen Hetzblatt *Der Stürmer* vom Juli 1938 – »Gudensberg ist judenfrei« – der wiederum auf einem Artikel in der nationalsozialistischen Kurhessischen Landeszeitung beruhte.¹⁷⁶ Von dort blickt MEYER zurück auf das Jahr 1933, als es am 30. Juni zu gewalttätigen, von SA-Angehörigen inszenierten antijüdischen Ausschreitungen kam. Als ihre Anführer traten der Ortsgruppenleiter der NSDAP Ludwig Herbener (*1895) und der Polizist Georg Bierschenk (*1898) hervor. Demnach wurden »etliche Juden« zum Karlsruhof in Wabern, wo sich die Staatliche Erziehungsanstalt (das sog. Landeserziehungsheim) befand, verschleppt, misshandelt und erst am 2. Juli 1933 wieder freigelassen.¹⁷⁷

Lokale NS-Größen hetzten besonders gegen die Viehhändlerfamilie Hofmann. Am 16. November 1934 rotteten sich vor deren Haus pogromlüsterne Nachbarn zusammen, es kam zu Tötlichkeiten gegen Julius Hofmann, obwohl ihn der Gendarm Jakob Seng in Schutzhaft nahm.¹⁷⁸ 1934/35 schloss sich ein Verfahren vor dem Schöffengericht Kassel an. Unter dem Vorsitz des altgedienten Richters Heinrich Funk (1879–1952) verurteilte es am 4. April 1935 die gewalttätigen Nazis, da sie sich gegen die Staatsgewalt gestellt hätten. Zwei

171 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 167–172 u. 184–191. Siehe dazu auch Daniel HANKE: Die Geschichte der Juden in Gelnhausen 1933–1938, in: ZHG 109, 2004, S. 267–322; <http://www.vhghessen.de/inhalt/zhg/ZHG_109/12_Hanke_Juden%20in%20Gelnhausen%201933-1938.pdf> (abgerufen 11.8.2023).

172 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 287–289.

173 Siehe HARALD MAIER-METZ: Gladenbach, in: FRIEDRICH: Ausgrenzung (wie Anm. 125), S. 74–109; Hans Jürgen RUNZHEIMER: Abgemeldet zur Auswanderung. Die Geschichte der Juden im ehemaligen Landkreis Biedenkopf (Beiträge zur Geschichte des Hinterlandes 3), Biedenkopf 1992, und DERS.: Abgemeldet zur Auswanderung, Bd. 2: Familienforschung, Einzelschicksale, Judenschulen und jüdische Friedhöfe (Beiträge zur Geschichte des Hinterlandes 7), Biedenkopf 1999.

174 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 290 f.

175 Winfried MEYER: »[...] Gewalttaten [...] gegen wehrlose Personen [...] mit Schärfe entgegentreten.« Ein Judenpogrom in der nordhessischen Provinz, seine Aufarbeitung durch die Justiz und deren politische Folgen 1934/35, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 25, 2016, S. 122–153.

176 Ebd., S. 122; Kurhessische Landeszeitung (KLZ), 5.5.1938.

177 MEYER: Gewalttaten (wie Anm. 175), S. 123.

178 Ebd., S. 125.

Haupttäter erhielten mehrmonatige Gefängnisstrafen. Das Gericht entsprach damit in etwa dem vom Vertreter der Staatsanwaltschaft, Gerichtsassessor Dr. Richard Barthel (1901–1946), geforderten Strafmaß.¹⁷⁹ Die Zeitungen schwiegen sich über das Urteil aus – die Verhandlung hatte unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden. Nachdem das Urteil dennoch im Ort bekannt geworden war, schürte besonders Herbener weiterhin eine Pogromstimmung; Julius Hofmann musste zu seinem Schutz abermals in Haft genommen werden.¹⁸⁰ Obendrein wandte sich Herbener im Namen der NSDAP-Ortsgruppe aus *ungeheure[r] Empörung* an Gauleiter Karl Weinrich. Dieser kanzelte am 10. April 1935 seinerseits den Präsidenten des Oberlandesgerichts Kassel Dr. Kurt Delitzsch (1885–1945) ab, wobei er nun gleichfalls seine *Empörung* über das Urteil des Gerichts zum Ausdruck brachte. Er drohte, das NS-Blatt *Der Stürmer* einzuschalten, und warnte ihn mit den Worten, *Richter seien zwar unabsetzbar, aber nicht unverletzlich*.¹⁸¹ Delitzsch legte Funk den Rücktritt nahe, der dies jedoch zurückwies. Die Juristen versicherten sich des Beistands des Kasseler Polizeipräsidenten Fritz Pfeffer von Salomon (1892–1961), der den Schutz Funks und Barthels mehrmals zusagte.¹⁸² Weinrich wandte sich Mitte April 1935 an den Staatssekretär im Reichsjustizministerium Dr. Roland Freisler (1893–1945), der aus Kassel stammte: Funk und Barthel müssten verschwinden, weil sonst Übergriffe der Kasseler und Gudensberger SA drohten. Er Sorge sich, dass

*sich die aufgeregten SA-Männer, die auch Zuzug von Gudensberg bekommen haben, jeden Augenblick zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen können, da kein Nationalsozialist das Geschehen verstehen könne. Es müsse das unrühmliche Schauspiel vermieden werden, dass ein Richter aus seiner Wohnung herausgeholt, verprügelt und durch die Straßen geführt wird. Er, Weinrich, habe Dr. Delitzsch wissen lassen, daß ich selbst in der Lage wäre, den Dr. Funk mit der Hundepitsche zu verhauen, wie er es verdient hätte. Ich lehne es ab, mich noch heute schützend vor Funk zu stellen, weil sonst die Parteigenossenschaft den Glauben an die Gerechtigkeit und auch an die Partei verlieren würde.*¹⁸³

Anfang Mai 1935 kamen die Kontrahenten bei einer Besprechung im Reichsjustizministerium in Berlin überein, den Konflikt zwischen Partei- und Justizorganen dadurch beizulegen, dass Funk von seinem Kasseler Posten abberufen würde. Die Unterschiede in den Auffassungen bestanden danach freilich fort, wie sich beim Kasseler Aufenthalt von Reichsjustizminister Franz Gürtner (1881–1941) auf dem 5. Hessentag der NSDAP Kurhessens zeigte.

¹⁷⁹ Ebd., S. 132 f.

¹⁸⁰ Ebd., S. 133.

¹⁸¹ Ebd., S. 135.

¹⁸² Ebd., S. 137 f.

¹⁸³ Ebd., S. 137, Zitat nach dem Diensttagebuch des Reichsjustizministers, 15.4.1935. Die Gestapo von Hessen-Nassau berichtete für April 1935, [d]ie Bevölkerung lasse sich durch das *anmaßende Verhalten der Juden [...] zu Ausschreitungen und Gesetzwidrigkeiten hinreißen* und die Täter würden dann für ihren Übereifer mit Gefängnis bestraft. Dies habe dazu geführt, dass *die Bevölkerung mehr und mehr das Vertrauen zu den Richtern verliert und eine unbeschreibliche Wut auf die Staatsanwälte hat*. Wie der Berichterstatter von sich aus kritisch hinzufügte, sei deren Verhalten [...] *häufig dem Volksempfinden gegenüber erstaunlich fremd*; KLEIN: Lageberichte (wie Anm. 138), S. 257.

In seiner Rede vor Beschäftigten der Justizbehörden im Oberlandesgericht hob er Funk am 17. Mai besonders hervor, während Weinrich in einer Rede vor NS-Funktionären tags darauf gegen eine *volksfremde Reaktion* in der Justiz wettete, die den *nationalsozialistischen Grundsätzen* noch allzu fern stünden.¹⁸⁴ Richter Funk war nach seiner Beförderung vom 1. Oktober 1935 an beim Kölner Landgericht als Landgerichtsdirektor tätig.¹⁸⁵

In seiner verallgemeinernden Schlussbetrachtung stellt MEYER fest, es seien »wie in Gudensberg [...] häufig lokale Parteifunktionäre« gewesen, »die Pogrome gegen Juden inszenierten und dabei in Konflikt mit Polizei und Justiz gerieten, aber auf Rückendeckung durch regionale Parteiführer [...] hoffen durften«.¹⁸⁶

Nachdem ein SS-Mann und zugleich Zeitfreiwilliger der Reichswehr, der sich bei Ausschreitungen gegen jüdische Metzger in Borken am 1./2. April hervorgetan hatte, vier Wochen später durch ein Kriegsgericht zu einer halbjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, beschwerte sich Weinrich am 15. Mai 1935 übrigens ein weiteres Mal beim Justizminister. Nach Weinrichs Ansicht trug der Oberstaatsanwalt in Marburg¹⁸⁷ die Verantwortung dafür, dass der Fall an die Militärjustiz übergeben worden war. Er warf ihm vor, *nicht mit dem Herzen beim Nationalsozialismus zu sein, sich auf kleine Vergehen von Parteigenossen zu stürzen und jene, die der NSDAP nicht angehörten, ungeschoren zu lassen*. Dagegen ging Weinrich abermals mit massiver Einschüchterung vor. Er ließ dem Oberstaatsanwalt ausrichten, dass *die Partei immer zur rechten Zeit gegen diese Menschen zum Schlag ausholen wird, und daß selbst die Bevölkerung in geeigneter und erzieherischer Weise stark Front machen wird gegen Volksschädlinge*.¹⁸⁸

Justiz und SA gerieten auch andernorts in Konflikt. Barbara GREVE geht in ihrer Darstellung über das am Knüllgebirge gelegene »Neukirchen, die Juden und den Nationalsozialismus« auf das Schächtverbot ein, das der seit 1919 amtierende Landrat des Kreises Ziegenhain, Günther von Steinau-Steinrück (1881–1942), am 19. März 1933 erlassen hatte. Im Dorf Ottrau nahmen daraufhin SA-Männer dem Schochet unter Androhung von Gewalt seine Schächtmesser ab. Als die Angelegenheit im Mai 1934 vor dem Amtsgericht Neukirchen verhandelt wurde, verurteilte Amtsgerichtsrat Karl Steinmetz die vormaligen Hilfspolizisten.¹⁸⁹ Der Bürgermeister musste dann für den Personenschutz des Richters sorgen. In der Meldung des SA-Sturmführers zu dem *tumultartigen Menschenauflauf* heißt es, *[d]as ehrlich arbeitende Volk in Neukirchen habe kein Verständnis dafür aufbringen können, dass SA-Männer, die im März 1933 im Auftrage des deutschen Volkes und des Führers den Juden [sic] ein*

184 Ebd., S. 140–142.

185 Ebd., S. 143

186 Ebd., S. 152. Meyer verbindet dies mit dem Umstand, dass die »Pogrome in der Provinz, die entscheidend zur Konzentration der jüdischen Bevölkerung in den Großstädten beitrugen und damit eine wichtige Voraussetzung für deren massenhafte Deportation und Ermordung schufen, [...] bisher noch nicht systematisch erforscht worden« seien, ebd., S. 152 f.

187 Walther Heintzmann (1873, Kleve – 1939, Marburg), Jurist; 1925–1938 Oberstaatsanwalt am Landgericht Marburg.

188 Ebd., S. 140 f.

189 Zu dem Urteil von Steinmetz vom 17.5.1934 und den wütenden Reaktionen lokaler und regionaler Nazi-Größen siehe Bernd LINDENTHAL: »... gesetzmäßig richtig, aber unklug ...« Zur Strafversetzung eines Neukirchener Richters 1934, in: Hartwig BAMBEY u. a. (Hg.): Heimatvertriebene Nachbarn. Beiträge zur Geschichte der Juden im Kreis Ziegenhain, Bd. 2, Schwalmstadt-Treysa 1993, S. 463–465.

*Schächtmesser wegnahmen, heute Rechenschaft vor Juden und Reaktion ablegen sollen.*¹⁹⁰ Der einflussreiche neue Landrat Wilhelm Wisch (1889–1951) forderte die Versetzung des Richters wegen dessen Verstoß gegen das *nationalsozialistische Staatsinteresse*.¹⁹¹ Steinmetz wurde alsbald strafversetzt.¹⁹²

Die Lage nach den Nürnberger Gesetzen

Den vorläufigen Endpunkt der sich 1935 ständig steigernden Ausgrenzungskampagne bildete die Inkraftsetzung der Nürnberger Gesetze. WILDT erinnert daran, dass im hessischen Spangenberg örtliche Nazis sich bei dieser Gelegenheit anheischig machten, nichtjüdische Haushaltshilfen aus den jüdischen Häusern der Stadt gewaltsam herauszuholen und dabei Tötlichkeiten verübten und Zerstörungen anrichteten.¹⁹³ Die Kasseler Staatspolizeistelle berichtete am 5. Oktober 1935, der Ortsgruppenleiter der NSDAP habe »den SA-Männern nachts [...] den Befehl« erteilt, »die bei den Juden angestellten arischen Dienstmädchen sofort über das neue Gesetz zu belehren. Es kam hierbei zu erheblichen Ausschreitungen.«¹⁹⁴ Konkrete Anschuldigungen über *rassenschänderische* Beziehungen wurden hier gar nicht mehr erhoben.

Angriffe auf Juden setzten sich 1936, so WILDT, in Osthessen – in Steinau und in Neukirchen/Haunetal bzw. Rhina – fort. In Rothenkirchen (heute Ortsteil von Burghaun) gingen Hitlerjungen gegen jene vor, welche die antijüdischen Schilder *an den Dorfeingängen* nicht mehr beachteten.¹⁹⁵ Kinder und Halbwüchsige griffen 1936 jüdische Mitschüler und sogar Erwachsene in Bad Wildungen, Frankenberg, Gemünden/Wohra, Grebenstein, Hoof, Salzmünster und Schlüchtern an.¹⁹⁶

In einem Abschnitt über »Ehre und Schande« bezieht sich WILDT auf (Rechts-)Traditionen, bei denen sich die Nationalsozialisten bedient hätten, um »eine neue rassistische [...] Ordnung im Alltag zu verwirklichen«.¹⁹⁷ Dabei ging es ihnen »um die Durchsetzung einer neuen rassenbiologischen Ordnung der Ungleichheit – [um] die ›Volksgemeinschaft‹«.¹⁹⁸

Wenn er das Thema am Ende noch einmal aufgreift, bezieht er sich allerdings nur auf 1935, als es zu einer »rassistischen Aufladung der Ehre« gekommen sei und die »Fälle« von

190 GREVE: Stadt (wie Anm. 148), S. 42 f.

191 Wischs Bericht für die Staatspolizeistelle siehe HStAM, 165, Nr. 3982/13, Bl. 555–557.

192 Siehe Georg D. FALK: Karl Steinmetz (1893–1955). Amtsgerichtsrat in Neukirchen, in: Heiko MAAS (Hg.): Furchtlose Juristen. Richter und Staatsanwälte gegen das NS-Unrecht, München 2017, S. 199–214.

193 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 266.

194 KULKA u. JÄCKEL: Juden (wie Anm. 69), CD-Rom, Dok. 1215, Stapostelle Regierungsbezirk Kassel, Bericht für September 1935 (aus: BArch, R 58/3039 b).

195 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 293 f.

196 Ebd., S. 294, Anm. 68.

197 Ebd., S. 257, im ersten Unterkapitel »Ehre und Schande«, S. 249–260.

198 Ebd., S. 260.

›Rassenschande‹ im Reich sich »[w]ie ein Lauffeuer« verbreitet hätten.¹⁹⁹ Es seien Fotos »von jenen Umzügen [...] am helllichten Tag in aller Öffentlichkeit« angefertigt worden. »[D]ie Mengen [...], die [sie] begleiteten«, fielen ins Auge, so WILDT:

»Frauen, Kinder, Jugendliche laufen mit, lachen, verhöhnen, beschimpfen, bespucken die Opfer [...]. Mit den ›Rassenschande‹-Aktionen des Jahres 1935 hatten die Nationalsozialisten das Feld gefunden, um im Alltag die Grenzen der Volksgemeinschaft wirksam und mit Zustimmung der nicht-jüdischen Volksgenossen zu ziehen.«²⁰⁰

Dabei entsprach der »übermächtigenden Gewalt der Täter die vollständige, erniedrigende, die Würde der Person auslöschende Ohnmacht des Opfers«. Dies war bei den Spektakeln durchaus beabsichtigt: »Die sichtbare Demütigung des Opfers war konstitutiver Bestandteil der Aktionen.«²⁰¹

Unterdessen setzte ein neues Verständnis von gesellschaftlicher Inklusion und Exklusion die Abspaltung und Ausgrenzung all jener voraus, die der Transformation zur Volksgemeinschaft im Wege standen. War sie doch »ein politischer Prozess, der die gesamte Gesellschaft erfasste [...] gerade in der Provinz, in den Dörfern und kleinen Orten, wo die Nazis zwar die Führungsposten erobert, aber noch nicht die politische Macht errungen hatten«.

Insofern war die Verfolgung der Juden als »›rassische Gegner‹«, so WILDT, »das wesentliche Instrument zur Zerstörung des Staatsvolkes und zur Herstellung der Volksgemeinschaft«.²⁰² Aber wie ließ diese sich gesellschaftlich durchsetzen? Um die Volksgemeinschaft herzustellen, war eine »Komplizenschaft vor Ort, die die geltende Rechtsordnung für Juden in der Praxis außer Kraft setzte, ihnen den Schutz verweigerte und sie der Gewalt preisgab, als Handlungen, die ›von unten‹ ausgingen, ebenso notwendig wie die Erlasse, Gesetze und Maßnahme[n] ›von oben‹.«²⁰³ Solche öffentlich ausgeübte Gewalt stiftete gleichsam Gemeinschaft: »Das NS-Regime vergemeinschaftete die Gewalt [...].« Dabei hätten die »Gewaltaktionen gegen Juden [...] nicht die ›Volksgemeinschaft‹ geschaffen«, sie aber »zeitlich und räumlich begrenzt« vorweggenommen. Indem sie die alte Ordnung außer Kraft setzten, begründeten sie »eine rassistische Volksgemeinschaft« und schufen die Möglichkeit, durch Selbstermächtigung an der Macht teilzuhaben.²⁰⁴

Ausgegrenzt wurden zugleich jene, die ihren jüdischen Landsleuten weiterhin verbunden waren – die »›Verräter‹ an der Volksgemeinschaft«. Sie unterlagen einem zunehmenden »soziale[n] Druck«, der – so WILDT – Wirkung gerade in den kleinen Orten entfaltete, »wo die Einwohner einander kannten. An den ›Pranger‹ gestellt zu werden, konnten sich nur die Unbeugsamen leisten.«²⁰⁵

199 Ebd., S. 365, im zweiten Unterkapitel »Ehre und Schande«, S. 364–366, des »Resümee[s]: Die Herstellung der Volksgemeinschaft«, S. 352–374.

200 Ebd., S. 365 f.

201 Ebd., S. 371.

202 Zitate ebd., S. 361.

203 Ebd., S. 372.

204 Ebd., S. 372–374.

205 Zitate ebd., S. 363, im Unterkapitel »Spaltung«, S. 361–363.

Schaut man genauer auf die Orte, die WILDTs Studie zugrunde liegen, fällt auf, dass es sich in den seltensten Fällen um wirklich »kleine Orte« im Sinn von Dörfern handelt. Vielmehr bilden – was die hessischen Gebiete betrifft – Klein- und Mittelstädte²⁰⁶ den Schwerpunkt, darunter zahlreiche Kreisstädte. Als wichtige Verwaltungs-, Industrie- und Handelszentren waren sie gewöhnlich auch der Ort, in dem der NSDAP-Kreisleiter wohnte und/oder seinen Amtssitz hatte.²⁰⁷

Wie war es nun aber tatsächlich bestellt um den Nationalsozialismus in den dörflich-ländlichen Gebieten in Hitlers Drittem Reich? Welches Verhältnis bestand insbesondere zwischen der Dorfgemeinschaft und Volksgemeinschaft in hessischen Dörfern?

Hessische Dörfer zwischen Dorfgemeinschaft und Volksgemeinschaft

Im Mittelpunkt stehen sollen hier Geschehnisse in den hessischen Ortschaften, die zur damaligen Zeit Bauerndörfer waren, denn über die Entwicklungen dort ist bislang am wenigsten bekannt.²⁰⁸

Lässt sich bei WILDT erfahren, dass der Wahlerfolg der NSDAP schon bei den Reichstagswahlen 1930 in den Kreisen Marburg, Wolfhagen, Ziegenhain besonders groß war,²⁰⁹ so sagt dies noch nichts über die konkrete Lage vor Ort. Denn unterhalb der Kreisebene gab es mitunter große Unterschiede, was die Wahlergebnisse betraf. So standen etwa im Landkreis Marburg a. d. Lahn, der die Stadt Marburg umgab, Hochburgen der NSDAP²¹⁰ Dörfer mit sozialdemokratischen Mehrheiten²¹¹ und – in den katholischen Gemeinden – satten Zentrumsmehrheiten gegenüber. Anders im Hinterland im Altkreis Biedenkopf, wo »die Wählerpräferenz agrarisch geprägter kleiner Dörfer [...] für antisemitisch orientierte Parteien« schon vor 1933 »enorm hoch« war und im Juli 1932 in ein überwältigendes Votum für die NSDAP mündete. Im November 1932 erzielte die NSDAP im Kreis Biedenkopf einen prozentual doppelt so hohen Stimmenanteil wie im Reichsdurchschnitt (69,5 % gegenüber

206 Zu diesen zählte 1933 Marburg mit fast 30.000 Einwohnern.

207 Als Beispiel für die mangelnde Wahrnehmung der Klein- und Mittelstädte des ländlichen Raums in der Forschung zum Stadt-Land-Gegensatz im Nationalsozialismus siehe zuletzt Martina STEBER: Die Eigenkraft des Regionalen. Die ungeschöpften Potenziale einer Geschichte des Nationalsozialismus im kleinen Raum, in: SCHMIECHEN-ACKERMANN u. a.: Ort (wie Anm. 70), S. 50–70.

208 Siehe Wolf-Arno KROPAT: Die hessischen Juden im Alltag der NS-Diktatur 1933–1939, in: Christiane HEINEMANN (Red.): Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen 6), Wiesbaden 1983, S. 411–445.

209 WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 159.

210 Siehe über die NSDAP-Hochburg Leidenhofen Klaus-Peter FRIEDRICH: Zum Lebensweg des SA-Führers Philipp Fus im Marburger Land. Über Nutznießer und Leidtragende der nationalsozialistischen Judenverfolgung, in: HessJbLG 72, 2022, S. 99–144, hier S. 103.

211 Siehe über die Dörfer Moischt und Beltershausen Klaus-Peter FRIEDRICH: Das hessische Dorf Moischt im Nationalsozialismus, Marburg 2024 (im Erscheinen), und <https://static.werdenktwas.de/domain/63/fs/Dialog_und_Vielfalt/MoischtimNS_DARSTELLUNG_2022_6_7_fertig.pdf> (abgerufen 11.8.2023); Anna JUNGE: Rauischholzhausen, in: FRIEDRICH: Ausgrenzung (wie Anm. 125), S. 217–228, hier S. 220 f.

33,1 %), »was insbesondere auf die hohen Zustimmungsraten für die NSDAP gerade in kleinen Dörfern des Kreises zurückzuführen ist«. ²¹²

Schon Anfang der 1980er-Jahre betrachteten Kurt WAGNER und Gerhard WILKE das »Dorfleben im Dritten Reich« am Beispiel eines Dorfs in Hessen. ²¹³ Hier geht es um den Alltag im nordhessischen Körle, wo sich die Industrialisierung (Basaltwerk, Güterbahnhof) bereits ausgewirkt hatte und bei den Wahlen bis 1930 neben der DNVP die SPD den größten Zuspruch fand. Grundlegende Veränderungen betrafen »das Ziel der Sozialisation im Haushaltsverband und in der ›Dorfgemeinschaft‹«, wobei »jedes Haus [...] einen besonderen ›Ruf‹ zu verteidigen und zu bewahren« hatte; die »Entwicklung individueller Bedürfnisse und Neigungen« war ohnehin nicht gefragt. ²¹⁴ Unterdessen ergab sich »für den ›nationalsozialistischen Volksgenossen‹ [...] eine weitgehende ›Befreiung‹ von den traditionellen Loyalitätsgefühlen gegenüber dem Haushalt und der Dorfgemeinschaft. Von ihm wurde jetzt verlangt, daß er diese Gefühle auf Volk und Führer übertrug.« ²¹⁵ Dies ging einher mit der Ausbreitung der »Rassenlehre«. ²¹⁶ Die Verfasser stellen fest, dass »die ersten vier bis fünf Jahre der NS-Herrschaft gekennzeichnet waren von der ›Eroberung‹ sämtlicher Sphären des dörflichen Lebens durch den Primat der Ideologie und Politik«. ²¹⁷

»Bei der ›Ausschaltung unerwünschter Elemente‹ wie der Kommunisten und Juden (die regelmäßig in das Dorf kamen, dort aber – so der NS-Ortsgruppenleiter – ›glücklicherweise nicht wohnten‹) zeigte man im Dorf einerseits Verständnis für die Aktionen des Systems, da die Mehrheit der Bevölkerung diese Gruppen schon immer irgendwelcher Vergehen ›verdächtig‹ hatte, und sei es nur, weil sie ›anders‹ waren als man selbst; andererseits fragte man sich in Einzelfällen, weshalb man gerade diesen Juden abtransportiert hatte, da er nach Einschätzung der Dorfbewohner ›doch eigentlich immer ganz anständig gewesen war‹.« ²¹⁸

Kurt WAGNER hat später noch eine umfassende Geschichte des Dorfs Körle vorgelegt. ²¹⁹ Die Beziehungen zwischen der christlichen und der jüdischen Landbevölkerung spielen hier aber eine nur geringe Rolle. ²²⁰ Körler Nazis gehörten in den frühen 1930er-Jahren den

²¹² MAIER-METZ: Gladenbach (wie Anm. 173), S. 76 f.

²¹³ Kurt WAGNER und Gerhard WILKE: Dorfleben im Dritten Reich: Körle in Hessen, in: PEUKERT u. REULECKE: Reihen fast geschlossen (wie Anm. 47), S. 85–106.

²¹⁴ Ebd., S. 92.

²¹⁵ Ebd., S. 93.

²¹⁶ Ebd., S. 94.

²¹⁷ Ebd., S. 98.

²¹⁸ Ebd., S. 100.

²¹⁹ Kurt WAGNER: Leben auf dem Lande im Wandel der Industrialisierung. »Das Dorf war früher auch keine heile Welt.« Die Veränderung der dörflichen Lebensweise und der politischen Kultur vor dem Hintergrund der Industrialisierung am Beispiel des nordhessischen Dorfes Körle, Frankfurt a. M. 1986; es handelt sich um eine Dissertation an der Universität Kassel von 1984.

²²⁰ Über die Jahre der NS-Herrschaft geht es erst ab Seite 323 der sich über 558 Seiten erstreckenden Studie in Kapitel 10, das 75 Seiten umfasst: »Der Krieg durfte nicht kommen und das mit den Juden, dann wäre alles hundertprozentig in Ordnung gewesen.« Die nationalsozialistische Herrschaft in Körle zwischen 1933 und 1945«.

Ortsgruppen Guxhagen oder Melsungen an. 1930 trat der erste Einwohner aus der mehr als 900 Personen zählenden Dorfbevölkerung der NSDAP bei;²²¹ im Dorf habe es eine Ortsgruppe vermutlich erst seit Ende 1933 gegeben,²²² nachdem viele aus KPD und SPD, spöttisch »Maikäfer« benannt, im Frühjahr 1933 zur NSDAP übergelaufen waren.²²³ Von antijüdischen Übergriffen erfuhr man in Körle aus der Kreisstadt Melsungen. In den Nachbargemeinden Guxhagen und Röhrenfurth gab es bedeutende jüdische Gemeinden, deren Mitglieder als Kaufleute und Handwerker mit Körlern geschäftlich zu tun hatten. Der Druck auf jene nahm zu, die »weiterhin persönliche oder geschäftliche Kontakte« mit Juden pflegten, zumal – wie WAGNER behauptet – (schon) 1934 ein Stürmerkasten eingeweiht worden sei, mit dem einzelne Dorfbewohner denunziert und andere Körler aufgehetzt wurden, auf Karton geschriebene antijüdische Parolen an der Dorfstraße anzubringen. Beides trug zum Ende der Geschäftsbeziehungen bei.²²⁴ Das Körler Sägewerk hatte seit 1926 ein jüdischer Landwaren- und Holzhändler in Besitz, der in Gensungen wohnte; er wurde gezwungen, seinen Betrieb unter Wert zu verkaufen.²²⁵ Wagner stellt schließlich fest, dass im Dorf die »Idealvorstellung einer intakten, konfliktlosen Gemeinschaft« und eine »Wertehierarchie« vorherrschten, »in der der Respekt vor der Autorität und der Wille zu harter Arbeit an oberster Stelle rangierten«, was sehr viele Körler mit dem Nationalsozialismus verband. Zugleich gab es aber »[s]owohl in den Haushalten wie in der Dorfföfentlichkeit [...] eine Vielzahl widersprüchlicher Entwicklungen und verdeckte Konflikte, die dem nationalsozialistischen Ideal von der »intakten Volksgemeinschaft« in keiner Weise entsprachen«.²²⁶

Beim Rückblick auf die Übergriffe und auf das Alltagsleben der Landjuden 1934/35 erinnert ein Jahrzehnt später Christhard HOFFMANN an Vorfälle in Rhina im osthessischen Kreis Hünfeld, wo ein Überfall auf Synagogenbesucher verübt wurde, in Hungen, wo SA-Leute einen Händler und im rheinhessischen Gau-Odernheim, wo »verschiedene nationalsozialistische Verbände« das Schuhgeschäft einer jüdischen Familie drei Mal überfielen.²²⁷ Demnach gestaltete sich die Verfolgung von Ort zu Ort unterschiedlich, beeinflusst nicht zuletzt von individuellen Faktoren, Konkurrenz, schon vor 1933 bestehenden Feindschaften. In den Hochburgen der NSDAP war die Gewaltbereitschaft stärker ausgeprägt. Auch die Ortsgröße selbst spielte eine Rolle, denn die alltägliche antijüdische Gewalt sei am stärksten in Dörfern, schwächer in Klein- und noch geringer in Mittel- und Großstädten gewesen. Und zwar deswegen, weil lokale Parteiführer in der Provinz sich mitunter besonders berufen sahen, »das antisemitische Ausgrenzungsprogramm durch gewaltsame Aktionen und sozialen Terror eigenmächtig zu verwirklichen«, um sich zu profilieren.²²⁸

Vertreter kommunaler Behörden traten mit eigenmächtigen Anordnungen hervor und legten ein schikanöses Verhalten an den Tag. Der Ausschluss vom Markttreiben erwies

221 Ebd., S. 339.

222 Ebd., S. 325.

223 Ebd., S. 340: Sie traten am 1. Mai 1933 erstmals öffentlich in Erscheinung; WAGNER u. WILKE: Dorfleben (wie Anm. 211), S. 92.

224 WAGNER: Leben (wie Anm. 219), S. 367.

225 Ebd., S. 369.

226 Ebd., S. 372.

227 HOFFMANN: Verfolgung (wie Anm. 1), S. 376 f.

228 Ebd., S. 379.

sich am schwierigsten im Bereich des Viehhandels.²²⁹ Er überdauerte vorerst, weil Hessen zu seinen »traditionell[en]« »Hochburgen« zählte und sich schon darum schwer ersetzen ließ. Außerdem boten Juden den Bauern mehr als die *Verkaufsgenossenschaften*.²³⁰ Durch propagandistische Gegenmaßnahmen und Sanktionen, die Zunahme von Kontrollen, etwa der Ein- und Verkaufsbücher, gerieten die hergebrachten Geschäftsbeziehungen unter Druck. Den Ausschluss brachte schließlich die Nichtverlängerung der Gewerbelegitimationskarten²³¹ vonseiten der Landratsämter. 1937 wurden Konzessionen in großer Zahl entzogen.

Christhard HOFFMANN bezieht sich mehrmals auf Menahem KAUFMANS umfangreichen, 1992 in Israel publizierten Aufsatz über das Alltagsleben der Dorf- und Landjuden in Hessen.²³² Wenig beachtet wurde, dass der Verfasser seine Darstellung in leicht verändertem Wortlaut auch auf Deutsch veröffentlicht hatte, und zwar als von der Stadt Hungen zum 9./10. November 1991 herausgegebene »Broschüre im Rahmen einer Vortragsveranstaltung durch Herrn Dr. Kaufmann [sic]«. ²³³ Demnach handelt es sich bei der in sieben Jahren entstandenen Dokumentation um das »Ergebnis eines Forschungsprojektes«, an dem KAUFMAN seitens des Instituts für Zeitgeschichte des jüdischen Volkes an der Hebräischen Universität Jerusalem mitgewirkt hatte.²³⁴

Wie KAUFMAN eingangs erklärt, betrachtet er Gemeinden in den unterschiedlichen hessischen Gebieten; ganz überwiegend befasst er sich aber mit den Verhältnissen im Volksstaat Hessen(-Darmstadt).²³⁵ Seine Darstellung beruht also auf Materialien, die ganz überwiegend mit süd- und oberhessischen Gemeinden verbunden sind. Außerdem hat der Verfasser mit vielen Zeitzeugen und an der Zeitgeschichte Interessierten korrespondiert und ihre Aussagen planmäßig zusammengetragen. Der 1921 als Manfred Kaufmann geborene Verfasser bringt dabei auch eigene Erinnerungen mit ein, stammte er doch aus dem Dorf Geinsheim, von wo er 1934 mit seinen Eltern nach Groß-Gerau verzog.²³⁶

In seinem Aufsatz für Yad Vashem Studies hebt KAUFMAN die unterschiedliche Verfolgungsintensität seit dem 30. Januar 1933 hervor. Sei es in manchen Orten noch »relativ erträglich« gewesen, sei die jüdische Bevölkerung anderswo regelrecht »terrorisiert«

229 Ebd., S. 378.

230 Ebd., S. 383 u. 385.

231 Ebd., S. 384f.

232 KAUFMAN: *Daily Life* (wie Anm. 139), S. 147–198.

233 Menahem KAUFMANN [sic]: Zur letzten Geschichte der hessischen Landjuden: 30. Januar 1933–09. November 1938, Hungen 1991, S. i. Ich ziehe hier nachfolgend diese schwer(er) greifbare deutsche Fassung heran, sofern sie von KAUFMANS Aufsatz in Yad Vashem Studies abweicht bzw. diesen ergänzt.

234 Ebd., S. ii, 2. KAUFMAN dankt hier insbesondere Dr. Ernst Jakobi, dem Leiter der Beratungsstelle für Gemeindearchivpflege beim Hessischen Landkreistag in Darmstadt, der für das Projekt Schriftstücke aus über 150 kommunalen Archiven ermittelt hatte.

235 Für den ländlichen Raum Nordhessens einschließlich Waldecks nennt KAUFMAN nur Arolsen, Borken, Fritzlar, Karlshafen (mehrmals), Spangenberg, Treysa, Ziegenhain.

236 1937 konnte KAUFMAN als Jugendlicher nach Palästina ausreisen. Geinsheim ist heute ein Ortsteil von Trebur im Kreis Groß-Gerau.

worden.²³⁷ Die bis März 1933 festzustellende politische Machtverteilung auf dem Land übte einen großen Einfluss darauf aus, wie sich die Lage der jüdischen Bevölkerung am Beginn des Hitler-Regimes gestalten sollte:

»In the villages and small towns that had been Nazi strongholds before 1933, local leaders made efforts to prove their loyalty to the new regime by immediately attacking Jews and ousting them from social and economic life. In the localities where Nazi control had been far from absolute in the first period of Nazi rule, village heads, usually the Bürgermeister, attempted to mitigate Nazi anti-Jewish excesses, or even halt them completely.«²³⁸

Ausschreitungen ereigneten sich gleich vom 30. Januar 1933 an in Alsfeld, Fulda, Gedern, Gersfeld, Rhina und einer Vielzahl weiterer Landgemeinden.²³⁹ Hinzufügen lässt sich hier noch der Überfall von SA-Leuten aus Ruppertsburg auf Gustav Gonsenhäuser (1869–1943) in Hungen im März 1933.²⁴⁰

»Kurz nach der ›Machtergreifung‹ kam es zu einer Pogromatmosphäre in vielen hessischen Dörfern und Städtchen,«²⁴¹ stellt KAUFMAN fest. Seiner Einschätzung nach waren Dörfer, in denen es keine antijüdische Gewalt gab, die Ausnahme.²⁴²

Die Verfolgung im dörflich-ländlichen Bereich habe früher begonnen als in den größeren Städten.²⁴³ Und überaus rasch verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage »der Dorfjuden«. ²⁴⁴ Dabei war das Geschehen um den Boykott jüdischer Geschäfte in den Dörfern abhängig vom Eifer des örtlichen Nazi-Führers.²⁴⁵ Durch Druck, Sanktionen und Drohungen sei es den Nazis schon vor Verkündung der Nürnberger Gesetze gelungen, geschäftliche und soziale Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden zu beenden und eine Solidarisierung zu unterbinden.²⁴⁶ Manche Nichtjuden handelten dabei aus der Befürchtung, ansonsten Nachteile zu erleiden. Aber »der hergebrachte Antisemitismus erleichterte die Bemühungen der Nazis, die Bevölkerung im Sinn der nationalsozialistischen rassistischen Theorie zu erziehen.«²⁴⁷ Aus vielen Nazi-Hochburgen mussten jüdische Familien 1934 und aus den meisten Dörfern 1935 wegziehen.

²³⁷ KAUFMAN: *Daily Life* (wie Anm. 139), S. 158 ff.

²³⁸ Ebd., S. 158.

²³⁹ Ebd., S. 175, Anm. 85.

²⁴⁰ Inge WOLTER: *Geschichte* (wie Anm. 168), S. 34; <http://www.alemannia-judaica.de/hungen_synagoge.htm> (abgerufen 11.8.2023).

²⁴¹ KAUFMANN: *Geschichte* (wie Anm. 233), S. 26.

²⁴² KAUFMAN: *Daily Life* (wie Anm. 139), S. 177.

²⁴³ Ebd., S. 161; siehe auch KAUFMANN, *Geschichte* (wie Anm. 233), S. 14: »In Dörfern wurden die Juden früher drangsaliiert als in den Städtchen.«

²⁴⁴ KAUFMANN: *Geschichte* (wie Anm. 233), S. 20.

²⁴⁵ KAUFMAN: *Daily Life* (wie Anm. 139), S. 166.

²⁴⁶ Ebd., S. 163.

²⁴⁷ Ebd., S. 162 f.; ebenso geht KAUFMANN: *Geschichte* (wie Anm. 233), S. 16, davon aus, dass »der traditionelle Antisemitismus die ›Umschulung‹ und die Neuerziehung im Geiste der Hitlerideologie erleichtert hat«.

Viehmärkte wurden, wie beschrieben, schon von 1933 an für »judenfrei« erklärt, doch habe, so KAUFMAN, jüdischer Viehhandel in vielen Orten Ober- und Kurhessens noch bis 1936/37 fortbestanden, ehe sich sogenannte *Viehverwertungsgenossenschaften* durchsetzten: »Manchmal wurden Geschäfte nachts oder auf abgelegenen Feldwegen oder am Waldrande abgeschlossen.«²⁴⁸

Anders als die bis zu Beginn der 1990er-Jahre in Deutschland herauskommenden Veröffentlichungen²⁴⁹ nannte Kaufman die vollen Namen der Nazi-Täter vor Ort, sofern sie ihm bekannt waren, wie auch die Namen ihrer Opfer. Unter den Mordopfern erwähnt Kaufman den bereits genannten Moses Moses (Moritz Moses), der Ende März 1935 in Ziegenhain erschlagen wurde.²⁵⁰

Kaufman vermischt allerdings das Geschehen vom Sommer 1935, also die Lage vor den Nürnberger Gesetzen, mit der schon zwei Jahre zuvor, im Frühjahr 1933, umlaufenden Boykottpropaganda gegen jüdische Geschäfte.²⁵¹ Erst seit dem Frühjahr 1935 waren sogenannte Stürmerkästen verbreitet,²⁵² während laut KAUFMAN die Namen »der »Boykottbrecher« – also derjenigen, die seit dem 1. April 1933 gegen den Boykott verstießen –, zur Warnung »an den Pranger geschlagen oder im »Schandkästchen« [im Stürmerkasten?] veröffentlicht« worden seien.²⁵³

»Die Namen der Volksgenossen, die sich weigerten, ihre Verbindungen mit jüdischen Freunden brüsk abubrechen, wurden an der oft am Rathaus aufgestellten Prangertafel und im Lokalblättchen und manchmal auch im *Stürmer* veröffentlicht. [...] Man schloß die »Judenfreunde« aus der Dorfgemeinschaft aus und machte ihnen in jeder Weise das Leben sauer.«²⁵⁴

248 Ebd., S. 21f., Zitat S. 22; KAUFMAN: *Daily Life* (wie Anm. 139), S. 169. Dies bestätigt Thomas KLEIN: *Marburg-Stadt und Marburg-Land in der amtlichen Berichterstattung 1933–1936*, in: Klaus MALETTKE (Hg.): *Der Nationalsozialismus an der Macht. Aspekte nationalsozialistischer Politik und Herrschaft*, Göttingen 1984, S. 110–142, hier S. 121, wonach die *Viehverwertungsgenossenschaften* (hier als »Viehverwertungsgesellschaften« bezeichnet) sich bis 1936 nicht durchgesetzt hätten: »Der jüdische Viehhandel blieb unschlagbar [...]. Die jüdischen Händler [...] hielten engen Kontakt, sprachen immer wieder vor, waren kulant und vor allem zuverlässige Partner.«

249 Siehe etwa WAGNER: *Leben* (wie Anm. 219), S. 343, wo sogar in aus der Lokalzeitung zitierten Artikeln die Namen von Personen herausgestrichen wurden.

250 KAUFMAN: *Daily Life* (wie Anm. 139), S. 159 u. 174, Anm. 81, nennt voneinander abweichende Todesdaten. Siehe auch den Grabstein <<https://www.hna.de/lokales/schwalmstadt/treysa-1938-beim-november-pogrom-wurden-kinder-instrumentalisiert-10543332.html>> (abgerufen 11.8.2023).

251 KAUFMAN: *Daily Life* (wie Anm. 139), S. 167f.

252 Siehe KLEIN: *Marburg-Stadt* (wie Anm. 248), S. 124; KULKA u. JÄCKEL: *Juden* (wie Anm. 69), Dok. 61, S. 101, mit der ersten Erwähnung eines Stürmerkastens am 20. Dezember 1934 in Harburg-Wilhelmsburg (<https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Publikationen/Editionen/kulka-jaeckel_ns-stimmungsberichte-auswahl.pdf?__blob=publicationFile> (abgerufen 11.8.2023)). HOFFMANN: *Verfolgung* (wie Anm. 1), S. 377, erwähnt überdies »Prangertafeln«, auf denen »einzelne Juden des Ortes« und »einzelne Nichtjuden wegen ihrer geschäftlichen oder privaten Kontakte zu Juden öffentlich gebrandmarkt« wurden.

253 KAUFMANN: *Daily Life* (wie Anm. 139), S. 167; DERS.: *Geschichte* (wie Anm. 233), S. 20.

254 Ebd., S. 17.

In Obererlenbach (heute Ortsteil von Bad Homburg) wurde am 26. November 1936 das Verbot, innerhalb der behördlich festgesetzten Öffnungszeiten zu handeln, bekräftigt, um im Schutz der Dunkelheit betriebene Handelsgeschäfte zu unterbinden; dies dient KAUFMAN als fragwürdiger Nachweis darauf, dass der Handel schon gleich zu Beginn des NS-Regimes heimlich getrieben worden sei.²⁵⁵

Wie gesehen wandten sich verschiedene Behörden nicht erst 1936 kurz vor der Berliner Olympiade gegen »Einzelaktionen«,²⁵⁶ sondern schon in der Phase vor den Nürnberger Gesetzen. Nicht zutreffend ist die Behauptung, 1937 seien »alle jüdischen Geschäfte liquidiert worden im Einklang mit eindeutigen Richtlinien der Zentralregierung« und 1938 seien »alle Juden gezwungen worden, ihre Häuser zu verkaufen«.²⁵⁷

Seit KAUFMANS Aufsatz über die Landjuden in Hessen gilt, dass die Verfolgung dazu geführt habe, dass die jüdische Bevölkerung sich auf ihr religiöses/kulturelles Erbe besonnen und ab 1933 untereinander stärker zusammengedrückt sei.²⁵⁸ Außerdem bietet KAUFMAN einen kenntnisreichen Überblick über die Situation der jüdischen Kinder und Jugendlichen. Allzu pauschal erscheint indes die Einschätzung: »Even in the years 1935–1936, conditions in the village remained relatively tolerable for the Jews.«²⁵⁹ Diese Aussage widerspricht dem, was KAUFMAN zuvor über den frühen Beginn und die Intensität der Verfolgung in hessischen Dörfern festgestellt hat. Und sie steht auch dem Umstand entgegen, dass die vor 1933 tätigen Amtsträger auf dem Dorf bis 1936/37 weitgehend ersetzt oder zu Angepassten bzw. zu Anhängern des NS-Regimes geworden waren.²⁶⁰ KAUFMANS Einschätzung wäre daher im Licht des heutigen Forschungsstands einer weitgehenden Prüfung zu unterziehen.²⁶¹

Neuere Forschungsergebnisse über die Mitte der 1930er-Jahre

Von Interesse ist hier, was sich aufgrund neuerer Forschungsergebnisse in der Übergangsphase von 1933 bis 1937 in Dörfern Hessens veränderte, in denen jüdische Familien ansässig waren. Einzubeziehen ist aber auch, wie sich die Lage dort entwickelte, wo dies nicht der Fall war. Als Beispiel kann der damalige Landkreis Marburg a. d. Lahn dienen. Er war im Herbst 1932 neu gebildet worden, indem man ihn durch den Zusammenschluss mit dem bis dahin bestehenden Kreis Kirchhain erweiterte, in dem zwei Fünftel der Bevölkerung

255 Ebd., S. 20, Anm. 58; KAUFMAN: *Daily Life* (wie Anm. 139), S. 167f.

256 Ebd., S. 177.

257 Ebd., S. 171.

258 Ebd., S. 182 ff. Der letzte Abschnitt des Aufsatzes (»Final Expulsion of Jews from Villages and Small Towns«, S. 196–198) ist von der Forschung in vielem überholt.

259 Ebd., S. 158. So räumt Kaufmann selbst ein, dass in »der Rhön [...] 1936 jede jüdische wirtschaftliche Aktivität eine Unmöglichkeit« war, S. 24.

260 Ebd., S. 179.

261 Für WILDT: *Volksgemeinschaft* (wie Anm. 2), S. 291, waren die Jahre 1936/37 von einer »Illusion der Schonzeit« geprägt.

katholisch waren.²⁶² Als im Jahr 1933 die jüdische und die nichtjüdische Bevölkerung in den Gemeinden des neuen Landkreises Marburg a. d. Lahn behördlich nachgewiesen wurde, galten von insgesamt 65.461 Einwohner(inne)n vier Fünftel als evangelisch, rund zwanzig Prozent als katholisch und 778 Personen als jüdisch.²⁶³ Diese lebten in 31 der 127 hier aufgelisteten Ortschaften, also etwa einem Viertel der Gemeinden – in den acht Stadtgemeinden und in 23 in Dörfern; jüdisch-christliche ›Mischehen‹ gab es im größeren Landkreis Marburg a. d. Lahn nur fünf.²⁶⁴

Eine Rolle bei den 1933 aufbrechenden Konflikten spielte, dass der Kreis konfessionell gespalten war, wobei der Mehrheit von protestantischen Gemeinden eine Minderheit von katholischen gegenüberstand, also etwa 52.000 Evangelischen rund 12.000 Katholiken.²⁶⁵

Gerade für das gemischtkonfessionelle Gebiet gilt, was Karl J. MAYER (*1955) schon mit Blick auf die württembergische Gemeinde Illingen im Dritten Reich formuliert hat: dass »trotz aller von Berlin zentral geforderten und angestrebten ›Gleichschaltung‹ Diktatur auf dem Dorf ihre eigene, spezifische Ausprägung haben konnte. Selbst von Nachbarort zu Nachbarort war der Alltag, der Grad der Zustimmung zum Regime oder der Unterdrückung unterschiedlich.«²⁶⁶

Dieter HOFFMANN erklärt über die katholischen Bauern im Limburger Gebiet, sie seien Mitte der 1930er-Jahre »oft noch nicht so weit durch die Propaganda [...] eingeschüchtert« gewesen, dass sie den Kontakt zu jüdischen Geschäftspartnern abgebrochen hätten.²⁶⁷ Den konfessionellen Faktor betont auch KAUFMAN: In katholischen Gebieten sei Antisemitismus weniger heftig aufgetreten als in protestantischen, um freilich hinzuzufügen, dass dies nur mit Einschränkungen gelte.²⁶⁸ So sei das katholische Fulda und seine Umgebung eine unrühmliche Ausnahme gewesen.²⁶⁹ Anscheinend sei die Judenfeindschaft bei Katholiken aber dort schwächer gewesen, wo sie selbst in der Minderheit – in der Diaspora – waren.²⁷⁰

Im Dorf Momberg (heute ein Ortsteil von Neustadt) ganz im Osten des Kreises Marburg lebten Anfang 1933 unter 949 ganz überwiegend katholischen Einwohnern 31 Angehörige

262 Siehe Thomas KLEIN (Hg.): Der Regierungsbezirk Kassel 1933–1936. Die Berichte des Regierungspräsidenten und der Landräte, 2 Bde. (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 64/1), Darmstadt 1985, Bd. 2, S. 878–880.

263 Im Jahr 1925 hatten im Landkreis Marburg (ohne die Stadt) 284 Jüdinnen und Juden gewohnt, im östlich benachbarten, kleineren Kreis Kirchhain hatte ihre Zahl dagegen 621 betragen; <<https://treemagic.org/rademacher/www.verwaltungsgeschichte.de/marburg.html>> (abgerufen 11.8.2023); KLEIN: Regierungsbezirk Kassel (wie Anm. 262), S. 878.

264 HStAM, 180 Marburg, Nr. 4823. Bis Mitte 1935 ging die jüdische Bevölkerung auf 704 zurück; KLEIN: Lageberichte (wie Anm. 138), Bd. 2, S. 852 f.

265 <<https://www.eirenicon.com/rademacher/www.verwaltungsgeschichte.de/marburg.html>> (abgerufen 11.8.2023).

266 Karl J. MAYER: Diktatur auf dem Dorf. Die württembergische Gemeinde Illingen im Dritten Reich, Pforzheim 2005.

267 Siehe Dieter HOFFMANN: »... wir sind doch Deutsche.« Zu Geschichte und Schicksal der Landjuden in Rheinhessen (Alzeyer Geschichtsblätter, Sonderheft 14), Alzey 1992, S. 238.

268 KAUFMAN: Daily Life (wie Anm. 139), S. 160 u. 179 ff.

269 Ebd., S. 170, Anm. 66; siehe auch KLEIN: Regierungsbezirk Kassel (wie Anm. 262), S. 857–862.

270 KAUFMAN: Daily Life (wie Anm. 139), S. 180. Zum katholischen Milieu siehe zuletzt STEBER: Eigenkraft (wie Anm. 205), S. 63–68.

der Jüdischen Gemeinde.²⁷¹ Sie waren Viehhändler, Zwischenhändler und Kaufleute. Fünf jüdische Soldaten hatten im Ersten Weltkrieg ihr Leben gelassen. Der Unternehmer Siegfried Spier wurde noch im März 1933 in den Gemeinderat gewählt, den Vertreter der Zentrumspartei dominierten. Der Nationalsozialismus wurde von außen ins Dorf hineingetragen. SA-Männer schlugen im Herbst 1933 auf einen im Dorf ansässigen Juden ein, weil er »deutsche Mädchen in Momberg belästigt haben sollte«.²⁷² Zwei Jahre später, am 7. August 1935, veranstalteten auswärtige SA- und SS-Männer einen Pranger-Umzug mit dem Landwirt Hermann Lecher²⁷³ und seinem 20-jährigen *Landhelfer* Willi Lotter,²⁷⁴ nachdem die beiden eine Vogelscheuche mit der Mütze einer SA-Uniform ausgestattet hatten.²⁷⁵ Sie mussten Schilder – *Ich bin ein Volksverräter* – über der Brust tragen und wurden durchs Dorf (und später auch durch Neustadt²⁷⁶) getrieben. Man begab sich schließlich zum Schulhof, wo die Gezüchtigten laut *ich bin ein schwarzes Schwein* ausrufen sollten. Die Racheaktion begleiteten Schläge und Tritte der im Kreis Umherstehenden. Durch die Gewalttat sollten die tatsächlichen Machtverhältnisse im Land zum Ausdruck gebracht werden, in ihr kann aber auch ein öffentlicher Umerziehungsversuch gesehen werden. Am Ende verluden die Täter vom Sturm II der SA-Standarte Jäger 11, ihren »Triumph« mit dem Singen von SA-Liedern untermalend, Lecher und Lotter auf einen Lastwagen und brachten sie nach Marburg ins Gefängnis. Sie kamen erst nach fünf Tagen wieder frei.²⁷⁷ Im Bericht des Landratsamts vom 26. August heißt es, das gegen Lecher eingeleitete Strafverfahren habe eingestellt werden müssen. Die Misshandlung des Bauern durch die SA-Leute ohne vorherige *genaue Prüfung der Sachlage wegen vermuteter Verächtlichmachung der SA* wird scharf kritisiert: Sie mindere nicht nur *das Ansehen der NSDAP und ihrer Gliederungen in rein katholischen Orten*, sondern auch *die Staatsautorität*, zumal der örtliche Gendarm *von der SA nach einem anderen Ort gelockt worden* war, um dessen Einschreiten zu vereiteln.²⁷⁸

Auf andere Weise weicht ein Vorfall im nordosthessischen Dorf Herleshausen von der üblichen Konstellation bei den Pranger-Umzügen ab. Am 25. August 1935, einem Sonntag, lud der junge Otto Nölker aus Wiesbaden, der bei seiner Großmutter zu Besuch war, Adelheid Müller (*1909), die Alice genannt wurde, zu einem Kaffee ins örtliche Gasthaus ein. Die Tochter des Herleshäuser Kaufmanns Isidor Müller (*1873) und seiner Frau Marianne geb. Wertheim (*1872) hatte kurz zuvor ihre Verlobung mit einem jungen Mann aus

271 Harald MAIER-METZ: Momberg, in: FRIEDRICH, Ausgrenzung (wie Anm. 125), S. 145–160, hier S. 145. 272 Ebd., S. 150, mit Bezug auf HÄNDLER-LACHMANN u. a.: Purim (wie Anm. 143), S. 151 f.

273 Hermann Lecher wurde 1939 Soldat der Wehrmacht; er überlebte, nahm nach seiner Rückkehr aber davon Abstand, die Täter des Pranger-Umzugs zur Rechenschaft zu ziehen und ließ offenbar alles auf sich beruhen.

274 Wilhelm (Willi) Lotter (*1915) starb 1940 als Gefreiter der Wehrmacht bei Amiens in Frankreich.

275 KLEIN: Lageberichte (wie Anm. 138), Bd. 2, S. 833. Ich folge hier im Wesentlichen der Beschreibung von Willy SCHMITT: Momberg. Eine Chronik, Neustadt 1985, S. 158–160. Hier auch ein Foto der Vogelscheuche, das die SA-Leitung im Nachhinein dem Vater Willi Lotters zusandte, um ihr Tun zu rechtfertigen.

276 KLEIN: Regierungsbezirk Kassel (wie Anm. 262), S. 491.

277 MAIER-METZ: Momberg (wie Anm. 271), S. 151 u. 485, Anm. 44 u. 45.

278 KLEIN: Regierungsbezirk Kassel (wie Anm. 262), S. 491.

Eisenach auflösen müssen.²⁷⁹ NSDAP-Ortsgruppenleiter Heinrich Salzmann (*1895) nahm das Tête-à-Tête zum Anlass, Nölker nachträglich aus dem Haus der Großmutter herauszuholen und ihn von SA-Männern aus dem Ort zum Anger treiben zu lassen. Nölker wurde ein Schild um den Hals gehängt, das Schauspiel zog zahlreiche Gaffer an, die den Angeprangerten beschimpften. Ein Zeitungsbericht – *Rassenschande in Herleshausen* – schilderte die Pogromstimmung:

*Ein nachhaltiger Denkkzettel wurde [...] dem zurzeit in Herleshausen weilenden Otto Nölker aus Wiesbaden, einem gebürtigen Herleshäuser, zuteil. Er glaubte, trotz aller Warnungen, sich in ärgerniserregender Weise mit einer übel beleumundeten jüdischen Frauensperson zeigen zu können. Eine erregte Menschenmenge führte ihn mit einem Schild mit der Aufschrift ›Ich bin ein großes Schwein, lass mich mit einer Jüdin ein‹ durch die Straßen des Ortes, wo er zuletzt auf dem Anger der Einwohnerschaft als abschreckendes Beispiel gezeigt wurde. Da die Einzelheiten des Vorganges, der die Ursache der Empörung war, nicht allen Anwesenden genauer bekannt waren, wurde aus der Menge heraus die Bekanntgabe vom Ortsgruppenleiter Salzmann gefordert. Bei seinen Ausführungen steigerte sich die Erregung in der Volksmenge immer mehr, so daß der Ortsgruppenleiter zuletzt den Oberwachmeister bat, den Nölker seiner Sicherheit halber in Schutzhaft zu nehmen.*²⁸⁰

Die Großmutter des Misshandelten erreichte mit Hilfe des Bürgermeisters die Freilassung ihres Enkels, der noch in derselben Nacht nach Wiesbaden zurückfuhr. Alice Müllers Vater Isidor Müller wurde als Opfer eines separaten Spektakels von den örtlichen Nationalsozialisten gezwungen, die Toilette seiner früheren Stammkneipe zu reinigen.²⁸¹

Vorausgegangen war diesen Schilderungen Barbara GREVES Porträt des jüdischen Lebens in Oberaula im früheren Kreis Ziegenhain, das die Stellung der Minderheit in einer mittelhessischen Dorfgemeinschaft – in all ihrer Ambivalenz – ganz grundsätzlich thematisiert.²⁸² Der Beitrag ging aus Nachforschungen für ein Ausstellungsprojekt hervor, aus dem sich eine Vielzahl von Gedenkinitiativen und Publikationen²⁸³ ergeben hat. Trotz allen wirtschaftlichen Aufeinanderangewiesenseins überwog auf dem Dorf im frühen 20. Jahrhundert das auf religiöser und kultureller Verschiedenheit beruhende, Abstand gebietende Unverständnis. Einige Nachbarn nutzten die Judendiskriminierung unter dem Nationalsozialismus zur eigenen Bereicherung. Nachdem SA-Leute in Oberaula mehrfach bei den Kaufleuten Rothschild und Rosenberg eingebrochen und Gegenstände gestohlen hatten,

279 Mit ihren Eltern floh sie 1936 in die USA, wohin ihr jüngerer Bruder Max schon 1933 ausgereist war; siehe Karl KOLLMANN unter Mitarbeit von Thomas LEHMANN, Franziska MAYER und Helmut SCHMIDT: *Herleshausen in der Zeit des Nationalsozialismus*, in: Karl KOLLMANN (Red.): *Herleshausen 1019–2019. 1000 Jahre Geschichte in der Mitte Deutschlands*, Eschwege 2019, S. 205–246, hier S. 217 ff.

280 Eschweyer Tageblatt, 29.8.1935.

281 Klaus-Peter FRIEDRICH: Zum Lebensweg der jüdischen Kindergärtnerin Rosel Leschziner geb. Wolf aus Herleshausen, in: *Eschweyer Geschichtsblätter* 30, 2019, S. 164–194, hier S. 167 f.

282 GREVE: *Dschungel* (wie Anm. 156).

283 Ein »Stadtgeschichtlicher Arbeitskreises« in Schwalmstadt hatte 1993 zwei Bände über die Geschichte der Schwälmer jüdischen Gemeinden publiziert: Hartwig BAMBEY u. a. (Hg.): *Heimatvertriebene Nachbarn. Beiträge zur Geschichte der Juden im Kreis Ziegenhain*, 2 Bde., Schwalmstadt-Treysa.

kam es im Februar 1935 zur holprig verlaufenden Strafverfolgung, die der Mob zu behindern versuchte.²⁸⁴ Das Marburger Schöffengericht urteilte unter dem Beifall der Ziegenhainer Zeitung vom 29. März 1935 milde über die letztlich doch belangten Angeklagten.²⁸⁵

Wie sich für die Bedrängten und Verfolgten aus dem ländlichen Hessen die komplizierte Ausreise aus dem Dritten Reich bewältigen ließ, griff GREVE in zwei weiteren Beiträgen auf.²⁸⁶ Sie blickt auf acht Landgemeinden im früheren Kreis Ziegenhain, aus denen heraus seitens der jüdischen Bevölkerung Anträge auf Reisepässe gestellt wurden. Sie waren seinerzeit Voraussetzung für Auslandsreisen, mussten von Behörden und Stellen der NSDAP befürwortet bzw. genehmigt werden. GREVES Auswertung ergab,²⁸⁷ dass 1933 Reisepassanträge seit dem 30. März besonders häufig in Frielendorf und Breitenbach ausgefüllt wurden, wo »der Druck auf die jüdische Bevölkerung [...] besonders hoch war«.²⁸⁸ Frielendorf war eine »Hochburg der Nazibewegung« im Kreis.²⁸⁹ Zur Sprache kommen hier außerdem die Dörfer Gilserberg, Großropperhausen, Merzhausen, Oberaula, Ottrau, Willingshausen und die Landstädte Neukirchen, Treysa und Ziegenhain. Auf das Geschehen in der Kreisstadt Mitte der 1930er-Jahre geht auch Hans GERSTMANN ein.²⁹⁰ Hier berichtete das Lokalblatt am 20. März 1935 über die feierliche Übergabe eines *durch freiwillige Spenden* ermöglichten Stürmerkastens *an die Ortsgruppe der NSDAP*. Er sollte der Stärkung des *rassischen Empfindens im Volke* dienen und stets das *Treiben des Judentums und der anderen überstaatlichen Mächte* anprangern.²⁹¹

Auch die Geschichte zweier jüdischer Familien aus dem Kreis Ziegenhain zeichnet GREVE nach. Dabei geht es zum einen um den im Viehhandel tätigen Oberaulaer Kaufmann Siegmund Wallach (1893–1971), dessen Tochter Senta unter den Übergriffen nichtjüdischer Kinder immer mehr zu leiden hatte, nachdem die jüdische Schule im April 1934 geschlossen worden war. Mit Glück gelang dem Ehepaar Wallach und ihren drei Kindern im August 1939 die Überfahrt in die USA. Um die Ausreise ins Mandatsgebiet Palästina bemühte sich Familie Plaut in Willingshausen.²⁹² Zuerst begab sich 1935 die 23-jährige Tochter Erna dorthin. Der als Vieh- und Manufakturwarenhändler um seine Existenz gebrachte Kaufmann Josef Plaut (1878–1971), seine Frau und deren jüngere Tochter folgten ihr im März 1937. GREVE schildert an diesem Beispiel detailliert, mit welcher Art Handhabungen die Behörden des NS-Staats sich die Palästina-Auswanderung zunutze machten.

284 GREVE: Dschungel (wie Anm. 156), S. 225.

285 Ebd., S. 226.

286 Barbara GREVE: Exil oder Tod. Flucht und Vertreibung der Juden aus den Landgemeinden des Altkreises Ziegenhain, in: Bernd LINDENTHAL (Hg.): Heimatvertriebene Nachbarn. Beiträge zur Geschichte der Juden im Kreis Ziegenhain, Bd. 3, Schwalmstadt-Treysa 2008, S. 1–55.

287 Grundlage der Auswertung ist der Bestand Landratsamt Ziegenhain im HStAM, 180 Ziegenhain, Nr. 4510, 4553, 1589 u. 4279.

288 GREVE: Exil (wie Anm. 286), S. 16 u. Tabelle S. 17.

289 Ebd., S. 9.

290 Hans GERSTMANN: April 1939: Ziegenhain ist »judenfrei«, in: LINDENTHAL: Nachbarn (wie Anm. 286), S. 267–293.

291 Ebd., S. 269.

292 Barbara GREVE: Fragebögen – Stempel – Formulare. Die »geordnete« Flucht der Familie Josef Plaut aus Willingshausen, in: LINDENTHAL: Nachbarn (wie Anm. 286), S. 473–492.

Die Älteren unter den Verfolgten schoben ihre Ausreisepäne häufig auf. Und den meisten gelang dann die Flucht nicht mehr. Zu ihnen zählten besonders jene, die unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen litten, keine Kinder im arbeitsfähigen Alter oder Verwandte im Ausland hatten. Ein Beispiel dafür ist Rosel Leschziner (1903–1941/42) aus Herleshausen. Nachdem die Tochter des Viehhändlers Seligmann Wolf als Kindergärtnerin nicht mehr arbeiten konnte, suchte sie in der 1.300-Seelen-Gemeinde, darunter 65 jüdische Deutsche, ihren Lebensunterhalt anderweitig zu bestreiten. Sie bemühte sich, vom Bürgermeister – trotz Widerspruchs von NSDAP-Stellen – die Erlaubnis für den Weiterbetrieb eines jüdischen Pensionsgästen offen stehenden »Fremdenheims« in ihrem Haus zu erhalten.²⁹³ Dazu bediente sie sich auch juristischen Beistands. Solche Ausdrucksformen von Widerständigkeit haben bislang wenig Beachtung gefunden.

Wie sich vor dem Hintergrund einer Familiengeschichte die erzwungene Auswanderung in einem Schwälmer Dorf abspielte, ist am Beispiel von Julius Spier und seiner Familie gezeigt worden.²⁹⁴ Er wurde in seinem Haus in Schrecksbach am 8. März 1933 von der als »Hilfspolizei« auftretenden SA mit seinem jüngsten Sohn Max zu einem nahegelegenen Waldstück verschleppt und mit aller Brutalität zusammengeschlagen. Der schwer verletzte Max Spier musste in der Marburger Universitätsklinik operiert werden und blieb danach stark sehbehindert. Julius Spier wurde in seinem Haus von einem Arzt versorgt, dann verhaftet und tagelang eingesperrt. Er half 1935/36 seinen beiden Söhnen – der ältere war der bereits erwähnte Jakob Spier – und der Tochter Bertel zur sicheren Ausreise; da er die Hoffnung hegte, dass die Zeiten sich bessern würden, zögerte er seine eigene immer wieder hinaus, ehe er und seine Frau Ende 1938 zu ihrer Tochter flohen, die sich inzwischen in den Niederlanden eingerichtet hatte.²⁹⁵

Unterdessen traf der Bannstrahl des Schrecksbacher NSDAP-Ortsgruppenleiters im September 1937 den als *Judenfreund* beargwöhnten Heinrich Best, als dieser sich um Aufnahme in die NSDAP bewarb. Der verquere Vorwurf lautete, dass er *die intimsten Beziehungen mit dem hier [bis Dezember 1936] wohnenden Juden [Julius Spier] hatte*.²⁹⁶

Aufgegriffen wird dies in der Regionalstudie von Katharina STENGEL über den »Nationalsozialismus in der Schwalm 1930–1939«.²⁹⁷ Die Anfeindung, Verfolgung und Ermordung der Schwälmer jüdischen Bevölkerung ist hier durchgehend Thema, augenfällig etwa durch ein Foto von der sogenannten Hutzeltkirmes 1936, auf der sich manche schadenfrohe Besucher in entsprechender Verkleidung über die Verfolgten lustig machten.²⁹⁸ Das letzte Kapitel widmet STENGEL denjenigen, die seinerzeit als »Feinde des »Dritten Reichs« in der

293 FRIEDRICH: Lebensweg (wie Anm. 281). Zu weiteren Einzelschicksalen, auch aus dörflichen Lebenswelten, siehe etwa die ortsbezogenen Beiträge über Allendorf, Betziesdorf, Breidenbach, Bürgeln, Cölbe, Ebsdorf, Fronhausen, Josbach, Laisa, Leidenhofen, Mardorf, Niederklein, Oberwalgern, Roth a. d. Lahn, Schweinsberg und Wohra in DERS.: Ausgrenzung (wie Anm. 125).

294 Klaus-Peter FRIEDRICH: Julius Spier aus Schrecksbach. Republikaner, Sozialdemokrat und Verfolgter des NS-Regimes, in: ZHG 121, 2016, S. 265–284; <http://www.vhghessen.de/inhalt/zhg/ZHG_121/Friedrich_Spier.pdf> (abgerufen 11.8.2023).

295 Ebd., S. 278.

296 Ebd., S. 265f.

297 STENGEL: Nationalsozialismus (wie Anm. 155), S. 312 f. Rezension in: ZHG 122, 2017, S. 292 f.

298 STENGEL: Nationalsozialismus (wie Anm. 155), S. 224.

Schwalm« angesehen wurden.²⁹⁹ Juden waren brutalen Übergriffen aber schon Anfang 1933 weitgehend schutzlos ausgesetzt. Die örtliche Presse berichtete kaum noch darüber. SA-Männer bedienten sich der Einschüchterung und erpressten bei jüdischen Kaufleuten unter Gewaltandrohung Gelder. Und diese waren dann »schon mit schärfsten Repressalien bedroht, wenn sie nur von den Bedrohungen erzählten, denen sie ausgesetzt waren«.³⁰⁰ Hier wird auch auf die letzten Jahre der Treysaer Familie Moses eingegangen. Es findet sich ein Foto des am 5. September 1933 Misshandelten mit dem an einer Latte befestigten, wohl von der SA im Voraus angefertigten Schild, das er auf dem Pranger-Umzug in Treysa vor sich hertragen musste – und auf dem in geschwungener Schönschrift die Selbstbezeichnung zu lesen ist: *Ich wollte ein Christenmädchen schänden*.³⁰¹ Das Klima verschärfte sich 1935. »Die aufgeheizte Stimmung kostete in Ziegenhain [...] einem ersten Menschen das Leben«, als »angetrunkene Ortsbewohner« Moses Moses belästigten und auf ihn einschlugen. Dieser war nach einer Kriegsverletzung wegen Geistesschwäche entmündigt worden, ängstlicher Natur, lebte als Sonderling im Ort. Brutal zusammengeschlagen, fuhr Moses dann allein nach Treysa, starb aber noch am selben Abend im Hephata-Krankenhaus an seinen Verletzungen.³⁰² Im Juni 1935 wurde dieses Verbrechen vor dem Marburger Schwurgericht verhandelt und der Täter Ernst Hillebrecht (*1909, Niederzwehren) wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.³⁰³ In dem Folgeband über die Kriegs- und Nachkriegsjahre in der Schwalm kommt Vanessa CONZE (*1970) beim Thema Entnazifizierung auf Moritz bzw. Moses Moses zurück.³⁰⁴

Am ausführlichsten betrachtet »[a]ntisemitische Ausgrenzung und Verfolgung« im dörflich-ländlichen Raum Annamaria JUNGE vor dem Hintergrund der mittelhessischen Landgemeinde (Rauisch-)Holzhausen, wo 1933 unter 700 Personen 20 jüdische gezählt wurden.³⁰⁵ Die Darstellung beginnt mit einem einführenden Abschnitt über jüdisches Leben »im Dorf zu Beginn des 20. Jahrhunderts« und mit Familienporträts. Im Hauptteil – überschrieben mit »Rauischholzhausen und die Shoah« – geht es zunächst um den Zeitraum von der Machtübertragung an Hitler bis zu den Nürnberger Gesetzen von 1935. Dies teilt sich wiederum auf in die Themen nationalsozialistische Machtaneignung vor Ort und in die gesellschaftliche sowie die wirtschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Dorfbewölkerung

299 Ebd., S. 277–340.

300 Ebd., S. 116 u. 298 f., Zitat S. 301.

301 Ebd., S. 304. Der Pranger-Umzug mit Moses wird von STENGEL fälschlich auf den 4.10.1933 datiert, vgl. GREVE: Dschungel (wie Anm. 156), S. 220.

302 Der Witwe Clothilde Moses gelang es noch, ihrem 16-jährigen Sohn Ernst 1936 die Flucht nach Palästina zu ermöglichen, und damit gehörte er zu der Minderheit unter den Schwälmer Juden, die ihrer Ermordung entgingen. Aber seine Mutter ist sechs Jahre später im Vernichtungslager Sobibór ermordet worden.

303 Siehe HStAM, Best. 274 Marburg, Nr. 152; <<https://schuelerzeitung.schwalmgymnasium.de/2019/06/27/stolpersteine-gedenken-an-juedische-familien-aus-treysa>> (abgerufen 11.8.2023).

304 Vanessa CONZE: Krieg und Nachkriegszeit auf dem Land. Die Schwalm 1939 bis 1955, Marburg 2023. Das Foto von Moses ist hier S. 260 (mit falscher Jahresangabe 1935 statt 1933) abermals abgedruckt. Laut Bildnachweis ist die Aufnahme der Akte des Prozesses gegen den SA-Mann Heinrich Bing entnommen: HStAM, Best. 274, Nr. 841–1.

305 Das wenige Kilometer östlich von Marburg gelegene Dorf Holzhausen wird seit 1934 amtlich als Rauischholzhausen bezeichnet.

(Rauisch-)Holzhausens. Im folgenden Abschnitt über die drei Jahre bis zu den Novemberpogromen 1938 stehen die »Zunahme der Gewalt«, die »Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz« und schließlich die »Vertreibung« im Fokus.³⁰⁶

Der gesellschaftlichen Ausgrenzung unterlagen Mechanismen der Verfolgung, die wiederum von bestimmten Kräften und Personen, die in diesem Sinn handelten, vorangetrieben wurden. Den seit 1919 tätigen Bürgermeister Heinrich Amend löste im September 1935 der NSDAP-Zellenleiter und Ortsbauernführer Heinrich Otto (1903–1983) ab, dem 1933 (von Roßdorf aus) amtierenden Gendarmen Karl Heise (*1880) folgte Ende 1934 Justus Seipel (*1893). Gleich nach dem Machtwechsel entlud sich »individueller Terror einer Gruppe aggressiver Antisemiten und Antisemitinnen im Dorf«, organisiert waren sie »insbesondere [...] innerhalb der SA«.³⁰⁷ Es kam »zu einer Vielzahl gewaltsamer, auch körperlicher Übergriffe gegen die jüdische Bevölkerung in Rauischholzhausen, von denen sehr wahrscheinlich nur die wenigsten überliefert sind«. Solche antijüdischen »Aktionen Einzelner« wurden jedoch schon bald von der Bevölkerungsmehrheit mitgetragen. Bei der wirtschaftlichen Verdrängung und Ausschaltung sollten 1933/34 NSDAP-Mitglieder, Bürgermeister und Gemeinderäte durch ihr Beispiel vorangehen. Doch rasche Veränderungen widerliefen den ökonomischen Erfordernissen, welche den für die Wirtschaft im Dritten Reich Verantwortlichen am Herzen lagen. Das sich daraus ergebende Spannungsverhältnis beschrieb die Kasseler Gestapo im Mai 1934, indem sie über das *Mißverständnis in der Judenpolitik* feststellte: *Der einfache Kämpfer versteht nicht, daß er für Handlungen, die aus der Propaganda der Bewegung erwachsen sind, zur Rechenschaft gezogen wird.*³⁰⁸ Handwerksbetriebe und Handelsgeschäfte mussten im Dorf wegen Boykotts teils schon 1933/34 zumachen. Eine Metzgerei wurde unter fadenscheinigem Vorwand behördlich geschlossen. Unterdessen wuchs der Druck auf die nichtjüdischen Kunden – auch durch das, was man aus den benachbarten Dörfern über entsprechende Repressalien erfuhr. Schon von 1933 an fand, so JUNGE, ein großer Teil des Handels im Dorf nur noch heimlich statt. Den Rauischholzhausen am nächsten gelegenen Kirchhainer Viehmarkt erklärten die Behörden Ende 1933 für *judenfrei*. Auswärts tätige Vieh- und Pferdehändler mussten sich nun vor Nachstellungen stets in Acht nehmen.

Einzelne taten sich bei Gewaltübergriffen hervor, darunter der Bäcker Ludwig Grün, NSDAP-Mitglied seit 1933, und der Waldarbeiter Heinrich Ebinger (*1898), NSDAP-Mitglied seit 1937. Einen Einschnitt bedeutete das von der SA inszenierte Spektakel Anfang August 1933: Nachdem sich bei einer jüdischen Verlobungsfeier Dorfburschen eingefunden hatten, um für das Paar zu singen, denunzierte ein Holzhäuser SA-Mann diesen nichtantisemitischen Ausdruck deutscher Geselligkeit seinem Führer. Dieser kam mit einigen Dutzend SA-lern aus dem stramm nationalsozialistischen Nachbardorf Leidenhofen, um die Junggesellen zu belehren. Als sie in der Wirtschaft um das von den Eltern der Verlobten

306 Annamaria JUNGE: Niemand mehr da. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Rauischholzhausen 1933–1942, Marburg 2012. Engl. Fassung: Anna JUNGE: »There's nobody left.« Anti-Semitic Exclusion and Persecution in Rauischholzhausen, 1933–1942, Marburg 2012. Online-Ressource: Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam 2018. Die weiteren Kapitel über die Zeit nach den Nürnberger Gesetzen lasse ich hier außer Betracht.

307 Ebd., S. 55 f.

308 Ebd., S. 61, 63 u. 70, und KLEIN: Lageberichte (wie Anm. 138), S. 111. Siehe auch KAUFMAN: Daily Life (wie Anm. 139), S. 164 f. (mit ungenauer Datierung).

spendierte Bierfass versammelt waren, beendete der Sturmführer das fröhliche Beisammensein: Er ließ die 13 Beteiligten noch am gleichen Abend vorführen, das restliche Bier auslaufen, und beschloss den Überfall der SA mit einer Gardinenpredigt, die *das schamlose Verhalten* der Gemaßregelten geißelte.³⁰⁹ Ein von Häme geprägter Bericht in der Oberhessischen Zeitung machte diesen Akt der Einschüchterung einem größeren Leserkreis als nachdrückliche Warnung bekannt.³¹⁰

Wie sich neueren Forschungen entnehmen lässt, war der SA-Überfall in Holzhausen nur der Auftakt zu einem Sommer der Anprangerung im Marburger Land. Etwas Ähnliches hat sich womöglich auch in anderen Landesteilen abgespielt. Denn die sozialen Beziehungen im dörflich-ländlichen Raum Hessens wurden mit aller Gewalt neu ausgerichtet. Ein widerkehrendes Element, mit dem dies bewerkstelligt werden sollte, waren Pranger-Umzüge. Sie waren – wie kürzlich gezeigt werden konnte – ursprünglich ein (klein-)städtisches Phänomen.³¹¹ Inwieweit sie über Momberg hinaus in den Dörfern veranstaltet wurden, ist bislang aber kaum erforscht.

Seit 1935 stand ein Stürmerkasten in Rauischholzhausen, an immer mehr Geschäften und Privathäusern wurden Schilder mit antisemitischen Parolen angebracht.³¹² Im Sommer 1935 verselbstständigten sich »rassistische Wahnfantasien« im unweit gelegenen Dorf Moischt schon soweit, dass ein älterer Jude aus Rauischholzhausen verdächtigt wurde, sich an einer jungen Frau sexuell vergangen zu haben.³¹³ Die zuvor bereits Zwangssterilisierte widerrief ihre Anschuldigungen schließlich, somit ging dies für den Händler glimpflich aus.³¹⁴ Aufgrund der Nürnberger Gesetze durften dann in den jüdischen Häusern auf dem Land keine christlichen Haushaltshilfen mehr arbeiten.

Trotz solcher Widrigkeiten waren die Handelsgeschäfte damals »noch nicht vollständig zum Erliegen gekommen«.³¹⁵ Einen weiteren Einschnitt bedeutete aber der Einbruch in die Synagoge an Silvester 1935, bei dem die Tora-Rollen und weiteres Inventar entwendet wurden. Dies bedeutete das Ende des jüdisch-religiösen Gemeindelebens. Verwüstungen auf dem Jüdischen Friedhof folgten, ebenso Gewaltakte von Kindern und Jugendlichen, die von Erwachsenen – darunter der Bürgermeister und die Lehrer – aufgehetzt worden waren.³¹⁶ Die wohl häufigste Art der Sachbeschädigung war das Einwerfen von Fensterscheiben. Das Ende ihrer wirtschaftlichen Existenz vor Augen, reisten immer mehr jüdische Familien aus dem Dorf und aus den benachbarten Dörfern aus, wobei sie einen Teil ihres Besitzes zurückließen, der erzwungenermaßen verkauft werden musste. Nachdem der An- und Verkauf von Liegenschaften bis 1937/38 weitgehend abgeschlossen war, waren nahezu jegliche

309 JUNGE: Niemand mehr da (wie Anm. 306), S. 57 f., mit Bezug auf HÄNDLER-LACHMANN u. a.: Purim (wie Anm. 143), S. 148. Zitat aus Oberhessische Zeitung, Nr. 181, 5.8.1933, S. 9: Das Judenbier von Holzhausen. Siehe auch die ausführlichere Darstellung bei FRIEDRICH: Lebensweg (wie Anm. 210), S. 101–105.

310 Das Judenbier von Holzhausen (wie Anm. 309).

311 Siehe FRIEDRICH: Volksgemeinschaft (wie Anm. 122), S. 44–50.

312 JUNGE: Niemand mehr da (wie Anm. 306), S. 60.

313 Ebd., S. 72.

314 Siehe auch die Darstellung bei FRIEDRICH: Moischt (wie Anm. 211).

315 JUNGE: Niemand mehr da (wie Anm. 306), S. 69.

316 Ebd., S. 74 u. 76.

zwischenmenschliche Kontakte zwischen der nichtjüdischen Bevölkerung und der jüdischen Restbevölkerung des Dorfs abgebrochen.

In Anlehnung an Saul FRIEDLÄNDER gelangt JUNGE zu dem Fazit, dass 1933 ein nationaler Gründungsmythos um sich gegriffen habe, durch den »rassische« Reinheit und ethnische Homogenität zur Kraftquelle des deutschen Volkes erhoben wurde. Gefährdet schien sie durch die *parasitäre* jüdische Rasse, die beim Endkampf um Erlösung zum Feind erklärt wurde. Und zwar mithilfe des Rechts, wie sie – Michael WILDT folgend – begründet: Es »diente der Festigung und Verteidigung der ›Volksgemeinschaft‹. Nicht das subjektive Recht der Einzelnen, sondern das Wohl der ›Gemeinschaft‹ wurde zum Grundprinzip staatlicher Ordnung erhoben, die ›Volksgemeinschaft‹ zur ›Quelle des Rechts‹ erklärt. [...] Gewalt wurde ›vergemeinschaftet‹.«³¹⁷

Was das dörfliche Leben betraf, so konnte die Herrschaft des Volkes hier »eine besondere Ausprägung erfahren«, indem sich umfassende Kontrollmöglichkeiten eröffneten. Es ließ Anonymität nicht zu. Zwar drohten denjenigen, die ihren jüdischen Bekannten halfen, keine behördlichen und »auch keine unmittelbaren körperlichen oder materiellen Sanktionen« durch eine Minderheit gewaltbereiter Schläger. Auf dem Spiel stand aber die Zugehörigkeit zur Dorfgemeinschaft. Wenn jede gebilligte Tat Grundlage einer neuerlichen Radikalisierung sein konnte, so erweiterte jede Radikalisierung »das Recht des ›Volkes‹«, und mit zunehmender Herrschaft über den »Feind« wuchs der Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft. Eine solche »›Kopplizenschaft‹ im Dorf war damit ebenso notwendig wie die staatliche Rechtssetzung, um die Herrschaft des ›deutschen Volkes‹« und die Gemeinschaft aller »Volksgenossen« Wirklichkeit werden zu lassen.³¹⁸

Mittlerweile liegt auch eine Darstellung über den Pogrom in der nordosthessischen Kleinstadt Spangenberg vor. Dieter VAUPEL hat seine Schilderung mit einem Porträt des dafür hauptverantwortlichen lokalen Naziführers Theobald Fenner (1884–1969) verbunden.³¹⁹ Die Jüdische Gemeinde zeichnete vor 1933 ein lebhaftes gesellschaftliches Leben aus, das traditionell-religiös geprägt war. Zu Beginn der NS-Zeit gab es in Spangenberg unter über 2.000 Einwohnern noch mehr als 100 jüdische Menschen. Die meisten waren als Kaufleute, zwei jüdische Unternehmer mit ihren Betrieben in der Peitschen- und Stockfabrikation tätig. In wenigen Jahren wanderten wegen des wirtschaftlichen Boykotts, der zunehmenden Entrechtung und Unterdrückung alle ab, die meisten nach Städten innerhalb Deutschlands, vor allem nach Kassel. In der Nacht des 15. September 1935 kam es zu »ersten massiven Ausschreitungen gegen die Spangenger Juden«.³²⁰ Zur Feier der in Nürnberg verkündeten Gesetze begaben sich SA-Angehörige auf einen Fackelumzug durch die Stadt, dabei brachen sie gewaltsam Häuser jüdischer Bürger auf und richteten erhebliche Zerstörungen an. Die bei jüdischen Familien beschäftigten *arischen* Hausangestellten verschleppten sie in das Lokal des SA-Sturms, um sie zu *belehren*. Polizeiliche Ermittlungen

³¹⁷ Ebd., S. 175, Zitat S. 176.

³¹⁸ Ebd., alle Zitate S. 177.

³¹⁹ Dieter VAUPEL: »Und wenn einer umfällt und nicht gleich wieder aufsteht, so kann uns das gleich sein.« Theobald Fenner und das Pogrom vom September 1935 in Spangenberg, Marburg 2021. Rezension in: HessJbLG 72, 2022, S. 304–306.

³²⁰ Ebd., S. 78 f.

lassen an der den Pogrom auslösenden Rolle von Bürgermeister Fenner keinen Zweifel.³²¹ Die Staatsanwaltschaft unternahm aber keine weiteren Schritte gegen ihn. In Spangenberg war der Einschnitt vom September 1935 tiefer als der im November 1938.³²² Die Gewalterfahrungen bewogen die jüdischen Familien zur beschleunigten Abwanderung.³²³ Barbara GREVE schildert die Entwicklung in Neukirchen, doch hier war 1935 »geballter, vor allem aktionistischer Antisemitismus [...] kein Thema«,³²⁴ An anderer Stelle hat GREVE allerdings eine große Zahl von Kurzbiografien von jüdischen Verfolgten herausgearbeitet, die teils fundierte Rückschlüsse auf die Lebenswelt jüdischer Familien Mitte der 1930er-Jahre in Neukirchen, Ottrau und Umgebung zulassen.³²⁵

Wie in Süddeutschland gab es in den 2010er-Jahren auch in Hessen ein umfangreiches Museumsprojekt zur Geschichte der jüdischen Landbevölkerung. Das Freilichtmuseum Hessenpark, wo sich u. a. – am ursprünglichen Ort abgerissen und dann wieder aufgebaut – die ehemalige Synagoge aus Groß-Umstadt befindet, hat seit Mai 2016 die Dauerausstellung »Sie waren hier« präsentiert.³²⁶ Darin wird zunächst die alltägliche »Geschichte ausgewählter jüdischer Familien in (Süd-)Hessen« seit dem Jahr 1871 erzählt. Es geht dabei um die Familien Herzfeld aus Oberursel, Rapp aus Groß-Umstadt, Oppenheimer aus Fränkisch-Crumbach, Krämer aus dem Frankfurter Umland sowie Joseph und Wormser aus Michelstadt, die über Generationen in Hessen beheimatet waren. Die biografischen Angaben haben mehrere forschend Tätige erarbeitet und dem Museum zur Verfügung gestellt. Zu erfahren ist hier auch, wie die jüdischen Familienangehörigen »nach 1933 unterdrückt, zur Flucht gezwungen, verschleppt oder ermordet wurden«. Denn ihr Lebensweg bildet einen roten Faden beim Gang durch die Ausstellung.³²⁷ Ein mit »Sie waren hier« vergleichbares Vorhaben mit Schwerpunkt auf der Lebenswelt des jüdischen Landjudentums im nördlichen Hessen steht bislang noch aus.

Zur Lage in Rheinhessen

Früher als in anderen Gebieten Hessens hat man sich mit der Geschichte der Landjuden in den westlich des Rheins gelegenen hessischen Landesteilen befasst. Dieter HOFFMANN (*1958) erforschte in seiner Studie, die auf einer 1990 verteidigten Dissertation an der Universität Köln beruht, das Auf und Ab der landjüdischen Bevölkerung in Rheinhessen.³²⁸ Das Schwergewicht liegt auf dem Geschehen seit den 1920er-Jahren, als die NSDAP ihren

321 Ebd., S. 95. Die juristische Abrechnung nach 1945 misslang, weil sich der Hauptschuldige seiner Bestrafung erfolgreich entzog.

322 Ebd., S. 115.

323 Ebd., S. 242.

324 GREVE: Stadt (wie Anm. 148), S. 79.

325 Barbara GREVE: Jeder Mensch hat einen Namen. Was man den Juden aus Neukirchen am Knüll angetan hat – 1933 bis 1942, in: LINDENTHAL: Nachbarn (wie Anm. 286), S. 307–446.

326 Kristin KUBE: Sie waren hier. Jüdisches Landleben in Südhessen. Eine neue Dauerausstellung im Freilichtmuseum Hessenpark, in: Hochtäunuskreis. Jahrbuch Hochtäunuskreis 25, 2017, S. 161–168.

327 Petra NAUMANN: Sie waren hier. Jüdisches Landleben in Südhessen, in: Hessischer Museumsverband. Mitteilungen 51, 2016, S. 12 f.

328 HOFFMANN: Deutsche (wie Anm. 267). Ich beziehe mich im Folgenden auf den Abschnitt S. 223–246.

Aufstieg begann. Der Verfasser schildert die Jahre der Verfolgung seit 1933 zunächst bis zu den Nürnberger Gesetzen, dann bis 1938, als jüdische Deutsche »Bürger zweiter Klasse« geworden waren.

Mitte der 1930er-Jahre war die Verfolgung vom Ehrgeiz jener geprägt, die Juden »rassenschänderische[r] Beziehungen zu deutschen Mädchen« verdächtigten. Die wirtschaftliche Existenz zu sichern, erwies sich für die jüdische Bevölkerung als immer schwieriger. So war für den Handel eine Legitimationskarte erforderlich, deren Erneuerung die Interessenten jedes Jahr neu beantragen mussten – und die dann nicht immer ausgestellt wurde. Die Verordnung über den Handel mit Vieh vom 25. Januar 1937 bot eine behördliche Handhabe, jüdische Viehhändler auszuschließen.

Dabei brachte die »Entjudung« für die Gemeinden, und nicht zuletzt für die Stadt Alzey, Nachteile mit sich. Dazu, dass jüdische Deutsche 1938 »sozial Aussätzige geworden« waren, trug die Verhetzung der Kinder bei.³²⁹ In der Dorfschule wurde ihnen beigebracht, lauthals antijüdische Lieder zu singen. Auch gegen »Halbjuden« richtete sich die Ausgrenzung – und gegen all jene, die sich ihr zu verweigern versuchten. Sie wurden im Hetzblatt *Der Stürmer* bloßgestellt, nachdem *rassebewußte* Nachbarn durch ihre Einsendungen auf in ihren Augen ungebührliches Verhalten von *Judenknechten* hingewiesen hatten.

Im 2010 erschienenen und von Michael KISSNER (*1960) herausgegebenen Sammelband über »Rhein Hessische Wege in den Nationalsozialismus« finden sich die Erträge eines fünf Jahre zuvor vom Förderverein der KZ-Gedenkstätte Osthofen angeregten Forschungsvorhabens über »Rhein Hessische Landgemeinden in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus«.³³⁰ Die von KISSNER herausgegebene Aufsatzsammlung geht auf Entwicklungen in mehreren rhein Hessischen Dörfern im heutigen Landkreis Alzey-Worms ein, wo damals einige der mehr als 30.000 Ortsgruppen beheimatet waren, über die die NSDAP insgesamt verfügte. Der Archivar Walter RUMMEL (*1958) führt eingangs in den Forschungsstand ein und schildert das Zustandekommen des Förderverein-Projekts. Er hebt dabei den nun unbeschränkten Zugang zu den Spruchkammer-Akten hervor, denn damit ließen sich Lücken füllen, die aufgrund von Vernichtung und anderweitigem Verlust einschlägiger Akten entstanden sind.³³¹ Gunter MAHLERWEIN (*1961) erkennt in Alsheim in der Frühphase des Dritten Reichs eine »[g]ebremste »Machtergreifung««.³³² Das Geschehen war von Machtkämpfen »innerhalb des rechten Lagers« geprägt. »Einige jüdische Bürger Alsheims bekleideten [vor 1933] wichtige Positionen innerhalb des Dorflebens«, heißt es hier. Doch werden sie nachfolgend nicht mehr erwähnt.³³³ Hedwig BRÜCHERT (*1945) blickt auf Bodenheim bei Mainz,

329 Ebd., S. 229.

330 Volker GALLÉ: Vorwort, in: Michael KISSNER (Hg.): Studien zu rhein Hessischen Landgemeinden von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Diktatur (Rhein Hessische Wege in den Nationalsozialismus 1), Worms 2010.

331 Walter RUMMEL: Regionen im Nationalsozialismus. Ein Forschungsbericht aus rheinland-pfälzischer Sicht, in: KISSNER: Studien (wie Anm. 330), S. 9–59, hier S. 50 f.

332 Gunter MAHLERWEIN: Gebremste »Machtergreifung«. Alsheim vor dem 30. Januar 1933 und in der Frühzeit des »Dritten Reiches«, in: KISSNER: Studien (wie Anm. 330), S. 61–90.

333 Ebd., S. 70.

eine ganz überwiegend katholische Gemeinde von über 3000 Einwohnern.³³⁴ Der evangelische Pfarrer Richard Olff (1882–1960) gehörte hier zu den führenden Nazis, ehe er 1934 zum Oberlandeskirchenrat in Darmstadt aufstieg.³³⁵ Ein eigener Abschnitt über die 45 Personen umfassende jüdische Ortsbevölkerung schildert ihre »Ausgrenzung, Vertreibung und Ermordung«.³³⁶ Lothar Mayer, der einer jüdischen Familie entstammte, musste im Mai 1933 auf Kommando von SA-Männern ihnen unliebsame Parolen von den Hauswänden entfernen.³³⁷ Am 16. August 1935 beschloss der Bodenheimer Gemeinderat rechtliche Diskriminierungen von Nichtjuden, die mit Juden geschäftlich und privat zu tun hatten, und verbot den »Zuzug von Juden«.³³⁸

Dieter HOFFMANN schildert die Geschichte im früh radikal nationalsozialistischen Dorf Framersheim.³³⁹ Hier bestand seit Ende 1925 eine NSDAP-Ortsgruppe, unterstützt u. a. vom Arzt Dr. Reinhold Daum (1892–1945), einem SS-Sturmführer. Extremer Antisemitismus verband sich mit Feindseligkeit und Hass. Dies äußerte sich im März/April 1933 beim nächtlichen Überfall auf die Familie von Albert Koch durch den SA-Obersturmführer Theodor Rupp, der Kochs Frau anschoss und die Tochter Alice Koch (*1898) schwer verletzte. Der Schütze kam in Untersuchungshaft, wurde aber noch im selben Jahr entlassen und erst 1949 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt;³⁴⁰ Alice Kahn geb. Koch deportierten die Nationalsozialisten im September 1942 von Darmstadt aus in den Tod (vermutlich in einer Gaskammer von Treblinka). Mitte Juli 1933 begingen mehrere Täter Zerstörungen am Haus des jüdischen Gemeindevorstehers Edmund Scheuer (1876–1944), sodass die Familie nach Mainz umziehen musste.³⁴¹

Zwei Beiträge befassen sich mit der Framersheim benachbarten Gemeinde Gau-Odernheim, einer früheren Reichsstadt mit in den 1930er-Jahren rund 1.800 Einwohnern, darunter 55 jüdische Menschen. Michael KISSENER ermisst die Bedeutung des Ortes für den (frühen) Nationalsozialismus in Rheinhessen, wo anders als im übrigen Deutschen Reich nationalistische Radikalität noch verstärkt wurde durch eine lang andauernde französische Besatzungsherrschaft und die Auseinandersetzung um den von Frankreich unterstützten Separatismus.³⁴² Kaufmann Heinrich Ritter (1891–1966) war 1930 der erste NSDAP-Bürgermeister in Rheinhessen und später Bürgermeister in Bingen, 1934–1942 Oberbürgermeister

334 Hedwig BRÜCHERT: Bodenheim in der Zeit des Nationalsozialismus, in: KISSENER: Studien (wie Anm. 330), S. 91–122.

335 Ebd., S. 96 u. 100.

336 Ebd., S. 113–116.

337 Ebd., S. 106, Abb. 1, u. S. 107.

338 Ebd., S. 113.

339 Dieter HOFFMANN: Framersheim. Eine Keimzelle der Bewegung, in: KISSENER: Studien (wie Anm. 330), S. 123–159.

340 Ebd., S. 131 u. 138–140. Siehe auch Edith RAIM: Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Wiederaufbau und Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland 1945–1949, München 2013, S. 664.

341 HOFFMANN: Framersheim (wie Anm. 339), S. 142 f.

342 Michael KISSENER: Gau-Odernheim. »Stütze für das nationalsozialistische Werden in Rheinhessen«, in: DERS.: Studien (wie Anm. 330), S. 161–179, hier S. 169. Siehe auch Markus WÜRZ: Kampfzeit unter französischen Bajonetten. Die NSDAP in Rheinhessen in der Weimarer Republik (Geschichtliche Landeskunde 70), Stuttgart 2012.

in Gießen, dann in Mainz. Kreisleiter in Alzey war der Gau-Odernheimer Arzt Dr. Karl Schilling (1889–1973), der 1937 nach Darmstadt wechselte. Auch der evangelische Pfarrer Martin Walldorf war schon vor 1933 in der NSDAP, seine Frau in der NS-Frauenschaft.³⁴³ »Juden hatten es«, wie KISSENER feststellt, »in einem so nationalsozialistischen Klima zwangsläufig besonders schwer«, was sich bei der »Arisierung« der Liegenschaften jüdischer Deutscher niederschlug, die tatsächlich eine (Teil-)Enteignung bedeutete.³⁴⁴ Monica KINGREEN (1952–2017) zeichnet Biogramme der 22 jüdischen Menschen aus Gau-Odernheim nach, die unter dem Nationalsozialismus deportiert wurden und nicht überlebten.³⁴⁵

Markus WÜRZ (*1980) schildert die Zustände in Stackeden, einer ganz frühen Hochburg der NS-Bewegung im nördlichen Rheinhessen.³⁴⁶ Dem örtlichen Naziführer Moritz Cramer (1897–1952), einem Bankangestellten aus Wiesbaden, der Mitte 1923 in die NSDAP und SA eingetreten war und 1925 nach Stackeden einheiratet hatte, drohte im Herbst 1933 Ungemach. Gegen den Hinzugezogenen, nun als Bürgermeister Eingesetzten verbreiteten zwei seiner Parteigenossen im Ort das Gerücht, dass »die Großeltern Cramers Juden gewesen seien«. Im Zuge einer Verleumdungsklage bemühte sich Cramer um die Beweisführung seiner nichtjüdischen Abkunft, was ihm per Auszug aus den Niederseelbacher Kirchenbüchern auch gelang, sodass die Angeklagten gerichtlich zu Geldstrafen verurteilt und vermutlich zugleich aus der NSDAP ausgeschlossen wurden.³⁴⁷ Die allemal rufschädigende Affäre führte dennoch Anfang 1934 zu Cramers Versetzung als Bürgermeister nach Hechtsheim.³⁴⁸

Caroline KLAUSING schildert, wie Ingelheim am Rhein nationalsozialistisch wurde.³⁴⁹ Die gemischtkonfessionellen Ortsteile Ober-Ingelheim, Nieder-Ingelheim und Frei-Weinheim, aus denen 1939 die Stadt Ingelheim entstand, waren aber schon zuvor keine Bauerndörfer mehr. Am Ende stellt KLAUSING fest, dass drei Kriterien die Affinität zum Nationalsozialismus besonders begünstigten, nämlich Zugehörigkeit zur Kriegsjugendgeneration, zur Mittelschicht – und zur evangelischen Konfession.³⁵⁰

Dieter MICHAELIS (*1930) hat sich als evangelischer Pastor im Ruhestand mit der jüdischen Gemeinde Guntersblum beschäftigt. Mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Erscheinen von HOFFMANNs Überblick für Rheinhessen veröffentlichte er das Ergebnis

343 KISSENER: Gau-Odernheim (wie Anm. 342), S. 171.

344 Ebd., S. 174 f.

345 Monica KINGREEN: Die Gau-Odernheimer Opfer des Holocaust, in: KISSENER: Studien (wie Anm. 330), S. 180–191.

346 Markus WÜRZ: »Gruß aus Hitlerhausen (z. Zt. noch Stackeden genannt)«, Die »Burg« der NS-Bewegung im nördlichen Rheinhessen, in: KISSENER: Studien (wie Anm. 330), S. 235–260.

347 Ebd., S. 258.

348 Ebd., S. 259 f. Von 1937 an war Cramer Kreisleiter in Unterwesterwaldkreis und profilierte sich von Montabaur aus durch antijüdische Initiativen, siehe RUMMEL: »Ein Ghetto für die Juden im Tal der Verbannten«. Die Umwandlung der ehemaligen Bergarbeitersiedlung in Friedrichsgegen (Lahn) zum Wohnlager für jüdische Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen 1938–1942, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 30, 2004, S. 419–507.

349 Caroline KLAUSING: Die »Revolution des Geistes« oder Wie Ingelheim am Rhein nationalsozialistisch wurde, in: KISSENER: Studien (wie Anm. 330), S. 193–233.

350 Ebd., S. 231 f.

seiner Nachforschungen.³⁵¹ Der ereignisgeschichtliche Abschnitt seiner Darstellung nimmt schwerpunktmäßig die Phase ab den 1920er-Jahren in den Blick, geht allerdings sprunghaft und ziemlich unsystematisch vor, sodass sich eher wenig über die Zeit Mitte der 1930er-Jahre in Erfahrung bringen lässt. Den Abschnitt über den »Nationalsozialismus und seine Folgen in Guntersblum« von 1920 bis 1938 füllen Unterkapitel über die Vorgeschichte der NS-Herrschaft – »Finstere Wolken am politischen Horizont« – und die im Herbst 1938 über die jüdische Bevölkerung hereinbrechende »Katastrophe in Guntersblum«.³⁵² In den folgenden Unterkapiteln hat MICHAELIS kurze Berichte über das »[v]erzweifelte und doch vergebliche Kämpfen ums Überleben«, auch im Ausland, zusammengestellt.³⁵³ Breiten Raum nehmen zudem die Guntersblumer lokale Erinnerungskultur und Gedenkinitiativen ein, woran MICHAELIS als Pfarrer mitwirkend selbst beteiligt war: Im Abschnitt »Gedenken und Erinnern« geht der Verfasser auf die Guntersblumer Nachgeschichte des Dritten Reichs ein, auf »[g]eerbte Geschichte« und eine »[u]nbewältigte Vergangenheit«.³⁵⁴ MICHAELIS zeichnet dabei Stationen einer (Wieder-)Aneignung des jüdischen Anteils an der Ortsgeschichte nach. Kurzbiografien von jüdischen Verfolgten und ein Personenregister schließen den Band ab. Besonders hervorzuheben sind die zahlreichen Fotos, die einen eindrücklichen, bleibenden Eindruck vom jüdischen Leben im Süden Rheinhessens vermitteln.

Drei Jahrzehnte nach Dieter HOFFMANNs Überblick für Rheinhessen schloss sich – als zweiter Band der Veröffentlichungsreihe *Rheinhessische Wege in den Nationalsozialismus* – »eine vergleichende Regionalstudie« über die Entwicklung »in ausgewählten rheinhessischen Landgemeinden« an.³⁵⁵ Diese neueste Untersuchung zum Landjudentum, die Christian MÜLLER 2021 als Masterarbeit an der Universität Mainz vorlegte, ist im Jahr darauf erschienen. MÜLLER geht es um die rheinhessischen Gebiete »zwischen Bingen, Mainz, Oppenheim und Worms«; er sieht darin »eine subjektive, wenn auch nicht komplett willkürliche Auswahl rheinhessischer Gemeinden«, die getroffen wurde »aus strukturell-historischen wie forschungspragmatischen Gründen«.³⁵⁶

Entsprechend seinem Ansatz zieht MÜLLER Quellen aus den Staats(haupt)- und Landes(haupt)archiven in Speyer, Koblenz, Darmstadt und Wiesbaden heran, außerdem Materialien aus dem New Yorker Leo Baeck Institute und aus einer Reihe von Privat- und Stadtarchiven. Um ortsübergreifende Netzwerke ausfindig zu machen, wurden Spruchkammerakten ausgewertet.³⁵⁷

351 Dieter MICHAELIS: *Die Jüdische Gemeinde Guntersblum. Von den Anfängen bis zur Vernichtung durch den Nationalsozialismus*, Berlin 2014.

352 Sie bildet das Kernstück des Buchs. Hier auf S. 118f. zwei Fotoaufnahmen des Pranger-Umzugs am 10.11.1938, bei dem SA-Männer Tora-Rollen tragende jüdische Guntersblumer durch die Straßen treiben.

353 MICHAELIS: *Guntersblum* (wie Anm. 351), S. 127–136.

354 Ebd., S. 149.

355 Christian MÜLLER: *Die Novemberpogrome in den rheinhessischen Landgemeinden – eine vergleichende Regionalstudie* (*Rheinhessische Wege in den Nationalsozialismus* 2), Worms 2022.

356 Ebd., S. 15 u. 18. Zur genaueren Abgrenzung der Orte in den Landkreisen Bingen und Mainz sowie im Landkreis Oppenheim, der am 1.11.1938 aufgelöst wurde, siehe auch die Karte im Rückumschlag des Buchs.

357 Ebd., S. 16, 24, 28 u. 50–52.

MÜLLERS Hauptthema sind die Novemberpogrome in den rheinhessischen Landgemeinden, ein erheblicher Teil seiner Untersuchung handelt aber über die Phase bis Mitte der 1930er-Jahre, der somit hier in Betracht kommt. Im Zusammenhang mit den Boykottaufrufen zum 1. April 1933 wird deutlich, dass die NSDAP-Ortsgruppen von der Parteileitung dazu aufgefordert wurden, »sog. ›Aktionskomitees‹ zu bilden, welche die Maßnahmen in die kleineren Dörfer hineintragen sollten«. ³⁵⁸ Ortsgruppenleiter Hugo Eckes in Nieder-Olm drohte am 9. September 1933 mit der Anprangerung von »Widerspenstigen und Oppositionellen«. ³⁵⁹ Im Sommer 1934 traten öffentliche antijüdische Parolen in Erscheinung, im Jahr darauf gab es den ersten Stürmerkasten. ³⁶⁰ Über die 1935 eingesetzten Zwangsmittel heißt es, bei Verstößen gegen Verordnungen sei es »v. a. zu Verhaftungen oder Vorladungen, nicht aber zu den berüchtigten ›Prangerumzügen‹« wie in Schlesien und Ostfriesland gekommen. In diesem Zusammenhang missliebige Personennamen hätten die Gemeindeverwaltungen auf einer *Prangertafel* in Amtsblättern veröffentlicht, auf der nicht nur Juden, sondern auch diejenigen verzeichnet wurden, »welche mit Juden geschäftlich bzw. privat verkehrten«. ³⁶¹ Mit der Zeit wurden die jüdenfeindlichen Maßnahmen »so kleinteilig«, dass in Essenheim »die Gemeindebullen nicht mehr zum Sprung überlassen werden« sollten an jene, »die noch von Juden Vieh kauften«. ³⁶² MÜLLER resümiert, dass die »mitunter wilde[n] Szenen im Jahr 1933 [...] Tat- und Gewaltmuster [schufen], welche bei den Novemberpogromen im Jahr 1938 erneut angewandt und perfektioniert wurden«. ³⁶³

Ausblick

Auch dort, wo jüdische Menschen nicht wohnhaft waren und als Nachbarn in Erscheinung traten, spielte die Haltung zur nationalsozialistischen Judenverfolgung eine mehr oder minder große Rolle. ³⁶⁴ Und zwar dadurch, dass im Handel tätige jüdische Deutsche im dörflich-ländlichen Raum Hessens in einem benachbarten Dorf oder einer nahe gelegenen Kleinstadt ansässig waren. Viele betätigten sich hauptberuflich als Vieh- und Pferdehändler, andere verkauften Waren im Wandergewerbe, auch als Hausierer, wieder andere

³⁵⁸ Ebd., S. 68.

³⁵⁹ Ebd., S. 79.

³⁶⁰ Ebd., S. 70 u. 79.

³⁶¹ Ebd., S. 78 f. mit Bezug auf WILDT: Volksgemeinschaft (wie Anm. 2), S. 232 f.

³⁶² Ebd., S. 77.

³⁶³ Ebd., S. 63. MÜLLER entschuldigt sich übrigens, dass er in seiner Masterarbeit überhaupt Personennamen genannt habe: Es gehe ihm nicht darum, »persönliche Abrechnungen vorzunehmen. [...] ortsspezifische Sympathien oder Antipathien bezüglich Personen« seien ihm »fremd« (S. 11). Am Beispiel Guntersblum macht er zudem klar, dass die Nennung von ortsbekannten Familiennamen bis heute heikel sei und »zu Diskussionen« führe (S. 26 f.).

³⁶⁴ Ein Handelsgeschäft des Wittelsberger Viehhändlers Anselm Baum um 1935 in Moischt schildert Konrad LUDWIG: Dörfliches Leben, in: Hartmut SEELIG, Helmut KRAUSE und Martin ZEKL (Hg.): Moischt – Vergangenes und Gegenwärtiges. Ein Beitrag zum Jubiläum eines Marburger Stadtteils. 750 Jahre Ersterwähnung, Marburg 1998, S. 105–169, hier S. 161.

handelten als Kaufleute mit von den Bauern erzeugten bzw. in der Landwirtschaft und von den Dorfbewohner(inne)n benötigten Gütern.³⁶⁵ Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme setzten staatliche Behörden und der NSDAP unterstehende Einrichtungen alles daran, jüdische Gewerbetreibende aus der ländlichen Wirtschaft auszuschalten. Die Bauern wurden gedrängt, den Handel mit jüdischen Deutschen zu unterlassen. Einige wollten sich eine solche Bevormundung nicht gefallen lassen, sie schätzten ihre über Jahre entstandenen Geschäftskontakte. Daraus ergab sich eine Vielzahl von Konflikten. Insofern wirkten sich die nationalsozialistischen antijüdischen Verfolgungsmaßnahmen auch in Orten aus, wo Juden nicht wohnten. Dies lässt sich etwa bei einem Blick auf das seinerzeit östlich der Stadt Marburg gelegene Dorf Moischt zeigen. Hier kam es dazu, dass ein einheimischer Bauer gemäßregelt wurde, weil er vom Handel mit Juden nicht lassen wollte: Er musste im Juni 1935 aus dem Gemeinderat ausscheiden.³⁶⁶ Gegen einen jüdischen ambulanten Händler aus Rauschholzhausen wurde, wie bereits angesprochen, 1935 der Vorwurf eines mit *Rassenschande* verbundenen Sittlichkeitsverbrechens erhoben, nachdem er in Moischt eines Nachmittags ein Haus aufgesucht und dort nur Kinder und eine junge Frau angetroffen hatte, die Vertreter der NS-Erbgesundheitspolitik im Jahr zuvor hatten zwangsweise sterilisieren lassen.

Den radikalen Ton gaben oftmals diejenigen an, die als nationalsozialistische Funktionsträger und »kleine Hitler« im Dorf danach trachteten, ihre fanatische Gesinnung auszuleben. Ein junger Mann aus Moischt, der verwandtschaftliche Beziehungen nach Gladenbach hatte, war im August 1935 als einer der Pogromtäter an den tätlichen Angriffen auf jüdische Menschen in Gladenbach beteiligt.³⁶⁷ Auf diese Weise trug er zu ihrer Vertreibung bei, noch ehe die Deportationen einsetzten. Letztere wurden aber durch die soziale Isolation der Verfolgten erleichtert. Als mittelbare Folge der Gewaltakte, die den ländlichen Raum Mitte der 1930er-Jahre in Unruhe versetzten, kam es bis 1937/38 dazu, dass die wirtschaftliche Betätigung jüdischer Händler weitgehend eingeschränkt war, noch ehe sich darauf abzielende behördliche Maßnahmen auswirkten. Jene, die zuvor noch über Land gegangen waren, vermochten nun aus ihren Wohnorten kaum mehr herauszukommen.

Abschließend ist noch auf aktuelle Entwicklungen jenseits der hessischen Landesgrenzen einzugehen. Sie könnten auch die hierzulande diskutierten Gedenkinitiativen bereichern. 1988 beschloss der Rhein-Sieg-Kreis in Nordrhein-Westfalen anlässlich des 50. Jahrestages der Novemberpogrome, einen Beitrag zur Erinnerungsarbeit zu leisten. Es sollte das jüdische Leben an der Sieg thematisiert werden. Hilde Seligmann stellte dafür das ehemalige Wohnhaus ihres verstorbenen Schwiegervaters in Windeck-Rosbach zur Verfügung, das wiederum dessen Vater 1919 erworben hatte. Max Seligmann überlebte als einziges von vier Geschwistern den nationalsozialistischen Judenmord, und bis 1971 war das Haus in der Bergstraße Wohnstätte und Arbeitsplatz für den Altwarenhändler und seine Familie.

Das Kreisarchiv in Siegburg betreut die Gedenkstätte wissenschaftlich und personell und ist um die weitere Erforschung und Aufbereitung der jüdischen Geschichte im Rhein-Sieg-Kreis besorgt. Die 1994 eröffnete Gedenkstätte »Landjuden an der Sieg« dokumentiert

365 Siehe HÄNDLER-LACHMANN u. SCHÜTT: »unbekannt verzogen« (wie Anm. 144); HÄNDLER-LACHMANN u. a.: Purim (wie Anm. 143), S. 69–96.

366 Siehe FRIEDRICH: Moischt (wie Anm. 211).

367 Ebd.

in den neun Räumen des zweigeschossigen Fachwerkhauses und der Werkstatt Arbeit und Alltag, aber auch Verfolgung und Ermordung der ehemals im Land beiderseits des unteren Siegtals lebenden Juden.³⁶⁸ Ein Veranstaltungsgebäude bietet Platz für Vorträge, Konzerte und die Arbeit mit Schulklassen. Nach einer umfassenden Sanierung des Fachwerkbaus zeigt die Gedenkstätte nach Wiedereröffnung im Mai 2023 eine nun völlig neu konzipierte Dauerausstellung.

Vielleicht könnte diese Initiative zum Vorbild dienen, damit auch die unter dem Nationalsozialismus untergegangene Lebensform des hessischen Landjudentums endlich eine öffentlich sichtbarere Präsentation erfährt.

³⁶⁸ Siehe <https://www.rhein-sieg-kreis.de/freizeit-kultur/Kunst-Kultur/4_die-gedenkstaette-landjuden-an-der-sieg.php> (abgerufen 11.8.2023).